

21

Bonn, 11. Juli 1961

Sprecher: Adenauer, Barzel, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Burghbacher, Dufhues, von Eckardt, Fricke, Gerstenmaier, Heck, Hellwig, Kopf, Kraske, Krone, Lücke, Oberländer, Schmidt, Schröder, [Schwarz], Stingl, Frau Weber, Zimmer.

Bericht zur politischen Lage; Rede des Bundestagspräsidenten vor dem Deutschen Bundestag zum Ende der Legislaturperiode. Stand der Vorbereitung und Richtlinien für den Bundestagswahlkampf.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 16.30 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr, daß Sie so zahlreich hier sind.

Entschuldigt haben sich Dr. Gradl, Dr. Fay, Kiesinger, Scheufelen, Adorno, Altmeier, Dr. Stoltenberg, Dr. Gurk, Dr. Meyers, von Hassel, Etzel, Bauknecht, Dr. Wuermeling, Dr. Seebohm, Schmücker, Lemmer, Dr. Dittmar, Dr. von Merkatz. Ich bedaure aufrichtig, daß so viele Entschuldigungen vorliegen. Ich hätte gedacht, daß so kurz vor der offiziellen Eröffnung des Wahlkampfes, die am nächsten Sonntag in Dortmund stattfinden soll, die maßgeblichen Leute aus den einzelnen Ländern hier wären. Ich möchte sehr offen sagen, daß ich es sehr bedaure, daß das nicht der Fall ist.

Die Tagesordnung ist absichtlich so gehalten, daß nichts daraus geschlossen werden kann, vor allem von Journalisten. Damit komme ich sofort zu einem sehr wichtigen Punkt: Wie halten wir es mit der Information – das ist ein sehr diplomatischer Ausdruck – der Presse über unsere heutige Tagung und über das, was hier gesprochen wird? Ich möchte zunächst den sehr dringenden Appell an Sie richten, daß nicht jeder von Ihnen nachher, wenn er einem Journalisten in die Hände fällt, auspackt. Sonst ist eine wirklich ehrliche und offene Besprechung überhaupt nicht möglich. Wir haben hier heute ernste Dinge zu besprechen; sonst würde ich Sie nicht so schnell mit einer so kurzen Frist gebeten haben, hierher zu kommen.

Zum Ablauf des Tages darf ich folgendes sagen. Wie immer, wenn der

Parteivorstand hier ist, haben wir vorgesehen, daß eine Tasse Suppe gereicht wird und wir ein kaltes Büffet haben. Die Frage ist, wann wir die Pause machen sollen. Ich möchte bitten, in Aussicht zu nehmen, daß wir die Pause gegen 1 Uhr eintreten lassen. Wir wollen nicht durchtagern, weil das immer eine Hetze mit sich bringt und weil wir sehr wichtige und ernste Dinge zu besprechen haben.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE; REDE DES BUNDESTAGSPRÄSIDENTEN VOR DEM
DEUTSCHEN BUNDESTAG ZUM ENDE DER LEGISLATURPERIODE

Adenauer: Lassen Sie mich Ihnen zunächst das letzte Ergebnis von EMNID mitteilen, das gerade jetzt gekommen ist. Das können Sie ruhig aufschreiben und auch der Presse sagen. (*Heiterkeit.*) Es ist vom Juni: CDU 39 %, SPD 28 %, FDP 7 %, Gesamtdeutsche Partei 3 %, Sonstige 2 %, ohne Angabe 21 %, Deutsche Friedensunion 2 % – die ist sehr lebhaft. Ich meine, man muß sie beobachten, nicht von vornherein mit Grobem an sie herangehen. Lassen wir sie sich mal entwickeln; dann kann man immer noch sehen, was man macht.

Dufhues: Die Friedensunion hat einzelne kommunistische Kandidaten aufgestellt. Die kommunistischen Kandidaten sollten wir verbieten. Damit wahren wir absolut das Gesicht und stören nicht die Entwicklung, die wir aus anderen Gründen für richtig halten.

Adenauer: Wissen Sie, daß die früheren Kommunisten auch heute noch Kommunisten sind?

Dufhues: Das erklären sie.

Adenauer: Wir wollen das Thema nicht weiter erörtern.

Schröder: In der Mittagspause sprechen wir einmal mit Herrn Dufhues.

Adenauer: Herr Schröder, legen Sie sich nicht fest. So kurz vor der Wahl soll man sich nicht festlegen. (*Heiterkeit.*)

Wenn man die Meinungslosen nicht berücksichtigt, würden wir statt 39 % 49,3 % haben, die Sozialdemokraten 35,4 % statt 28 %, die FDP 8,8 % statt 7 %; das andere interessiert nicht. Wenn wir die Splittergruppen weglassen, wird das Ergebnis für uns noch besser; es wird aber auch für die Sozialdemokraten besser.

Lassen Sie mich eines vorwegnehmen. Wir haben einen großen Feind zu überwinden: eine zu große Siegeszuversicht. Eine solche große Siegeszuversicht ist absolut unangebracht. Wir haben heute den 11. Juli, und die Wahl ist am 17. September; das sind noch zwei Monate und acht Tage. Zweitens ist die außenpolitische Situation noch in der Nähe keiner vorhergehenden Wahl so unübersichtlich für die nächsten Monate gewesen wie jetzt. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Flugzeuge, die in Moskau gezeigt worden sind, großen Eindruck hervorgerufen haben; Sie haben das ja in der Presse gelesen. Es kann auch gar keinem Zweifel unterliegen, daß Sowjetrußland in einzelnen Zweigen sowohl seiner Wirtschaft wie auch seiner Bewaffnung einen sehr hohen Grad erreicht hat. Der hohe Grad in einzelnen Zweigen

der Wirtschaft ist allerdings nicht einfach auf die Wirtschaft als Ganzes zu übertragen, da geht es sehr viel tiefer herunter.

Nach Berichten, die man bekommt – ich darf Sie auf einen Artikel in der letzten Nummer der „Zeit“ hinweisen¹ –, sind allerdings in der heranwachsenden oder herangewachsenen Jugend, also in dem Nachwuchs der Kommunisten, doch sehr starke Fäulniserscheinungen zu bemerken. Ich glaube, es liegt auch in der Natur der Sache, daß in einem Volk, das bewußt den Atheismus pflegt, eine solche Staatssklaverei auf die Dauer gar nicht durchzuführen ist. Wenn eine solche Allmacht des Staates – hier ist das Gott sei Dank nicht der Fall, aber ich denke an Moslemstaaten – auch religiös fundiert ist, dann hat ein solcher Staat natürlich eine sehr viel größere Dauer. Das fällt jedoch bei den Russen weg. Daher bleibe ich nach wie vor der Überzeugung, daß auf die Dauer gesehen Sowjetrußland nicht dieses Stadium beibehalten wird, das es jetzt hat. Wann eine Änderung eintreten wird, kann jetzt kein Mensch sagen.

Es kommt hinzu, daß die Nachbarschaft von Rotchina für Rußland eine sehr große Gefahr bedeutet; die mögen auch noch so oft zusammenkommen und reden. Diese Gefahr hat namentlich auch Chruschtschow erkannt; darüber hat er bei mir schon gesprochen, als ich im Jahre 1955 in Moskau war.

Daher hilft bei uns nur eines: Geduld. Wir müssen in Freiheit am Leben bleiben. Im gegenwärtigen Zustand der Welt nach einem Friedensvertrag mit Sowjetrußland zu rufen, halte ich für einen politischen Fehler allererster Ordnung. Das würde Sowjetrußland nur ermutigen, bei seiner Aufrüstung zu bleiben.

Sie alle kennen wahrscheinlich das Buch „Das russische Perpetuum mobile“², ein ausgezeichnetes Buch. Es ist nicht etwa ein Buch, mit dem man einige Stunden mit einer angenehmen Lektüre ausfüllen kann, sondern es enthält sehr viel Zahlenmaterial und verfolgt die russische Entwicklung jahrhundertweit zurück. Aus diesem Buch habe ich gestern einige Zahlen in Essen auf einer großen Frauenversammlung³ vorgetragen.

Das war übrigens eine wirklich großartige Versammlung. Da waren 11.000 Frauen da. (Weber: Wieviel? 13.000!) Ich akzeptiere lieber 13.000 als 11.000. 11.000 erinnert mich so sehr an die 11.000 Jungfrauen; das war sicher nicht der Fall. (Heiterkeit. – Zuruf: 15.000!) Meinetwegen 15.000. Man kann das ja nicht mehr schätzen. Aber es war ein großartiger Eindruck. Herr Krone, der eine sehr gute Rede gehalten hat, wird das bestätigen. Ich habe da einmal ganz offen über unsere Gefahren und speziell auch über Sowjetrußland gesprochen. Das möchte ich auch Ihnen mitteilen, weil wir

1 „Sie lebten unter Stalins Schatten. Eindrücke einer Reise durch Sowjetrußland“ von Louis Fischer („Die Zeit“ vom 7. Juli 1961).

2 Vgl. Dieter FRIEDE.

3 Am 10. Juli 1961 bei einer Frauenkundgebung der CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen (TERMINKALENDER). Vgl. dpa vom 10. Juli 1961: „Adenauer gegen Friedensvertrag mit Sonderstatuten. Nur über Abrüstung zum Frieden. Seitenhiebe gegen SPD und FDP“, sowie FAZ und „Die Welt“ vom 11. Juli 1961.

in der Hauptsache heute zusammengekommen sind, um eine völlige Klarheit über die Richtung unseres Wahlkampfes zu schaffen und um klarzulegen, was uns von der Sozialdemokratie und von der FDP trennt. Es kann doch gar keine Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie und wir in der Außenpolitik übereinstimmen. Das ist doch ein ganz großer Irrtum.

Aber lassen Sie mich jetzt einmal vorlesen, was die Sowjetunion mit ihren Verträgen tut. Seit 1925 hat sie 58 Verträge, Vereinbarungen, Abkommen politischen Inhalts mit fremden Regierungen abgeschlossen. Von diesen 58 Verträgen hat die Sowjetunion nicht weniger als 47 gebrochen, verletzt oder einseitig gekündigt. Da ist die einseitige Kündigung, die jetzt vorgenommen worden ist, noch nicht drin enthalten. Im einzelnen hat die Sowjetregierung von elf Nichtangriffspakten zehn gebrochen, davon vier nach 1945. Von 18 Bündnissen hat sie 15 gebrochen, davon elf nach 1945. Die Sowjetregierung hat nach 1946 sechs Friedensverträge abgeschlossen und davon drei gebrochen. In dem eben genannten Buch sind alle Einzelheiten aufgezählt, so daß man nicht sagen kann, das seien propagandistische Gemälde. Nein, das sind absolute Tatsachen.

Daher – und das lassen Sie mich bitte an die Spitze meiner Ausführungen stellen – hilft kein Friedensvertrag mit Sowjetrußland, solange nicht die kontrollierte Abrüstung da ist. Schutz bietet gegen die jahrhundertealten Offensiven Rußlands nur die kontrollierte Abrüstung. Ohne daß die freien Völker so stark wie Sowjetrußland sind, können wir nicht zur kontrollierten Abrüstung kommen. Wenn wir unterhalb der vereinbarten Linie dann abrüsten würden, würden wir auch keinen Frieden haben. Gerade wir von unserer Partei müßten uns darüber absolut klar sein. Das ist nun schon seit Jahr und Tag der Weg unserer Politik.

Nun, meine Damen und Herren, begrüße ich Herrn Bundestagspräsidenten Gerstenmaier und freue mich über seine Anwesenheit. Man kann dann sehr viel ruhiger und unbefangener sprechen, und man läuft nicht Gefahr, daß Herr Präsident Gerstenmaier von irgendeiner Seite falsch informiert wird.

Bei Abschluß des Bundestages in der vergangenen Woche hat Herr Präsident Gerstenmaier, wie Sie wissen, eine Rede gehalten⁴, die diesmal außer der Übersicht über die Arbeit und den Gang der zu Ende gehenden Legislaturperiode auch sehr umfangreiche und sehr dezidierte Ausführungen hochpolitischen Inhalts enthielt. Diese Ausführungen hat weder der Bundeskanzler vorher gekannt, noch hat sie der Außenminister gekannt. Wir waren natürlich nicht in der Lage, dazu etwas zu sagen, da die Sitzung geschlossen wurde und es ja auch für unsere Partei nicht ratbar gewesen wäre, wenn dem Bundestagspräsidenten, der einer unserer führenden Männer ist, da von Herrn von Brentano und von mir widersprochen worden wäre. Mit großem Applaus des ganzen Hauses ist also die Sitzung geschlossen worden.

⁴ Am 30. Juni 1961. Vgl. Sten.Ber. 3. WP Bd.49 S.9762–9766; ACDP I-210-075/1. – GERSTENMAIER S. 446–451.

Ich habe in der Zwischenzeit mit maßgebenden Parteipolitikern und auch sonst maßgebenden Herren verschiedener Länder gesprochen. Es ist eine gewisse Unklarheit entstanden, wie wir uns im Wahlkampf in der Frage der Außenpolitik und gegenüber der SPD zu verhalten hätten.

Nun, meine Freunde, ist es ja so, daß die Sozialdemokratie die NATO niemals in allen Konsequenzen anerkannt hat. Das ist einfach nicht wahr. Das haben auch auf dem Hannoverschen Parteitag⁵, wo diese Wendung in der Außenpolitik – diese teilweise Wendung oder äußerliche Wendung – proklamiert wurde, Ollenhauer, Schmid und Lipschitz⁶ hinsichtlich der nuklearen Bewaffnung der Bundeswehr ganz klar gesagt.

Dazu möchte ich Ihnen in diesem vertrauten Kreise eines sagen. Es befindet sich eine große Anzahl von nuklearen Köpfen in Westeuropa, auch in der Bundesrepublik. Die sind da, und sie stehen unter amerikanischem Verschuß. Nach einem amerikanischen Gesetz dürfen sie nur abgefeuert werden, wenn der Präsident der Vereinigten Staaten die Anordnung trifft. Militärs, insbesondere der General Heusinger, den ich wegen seiner sehr großen Abgeklärtheit außerordentlich schätze, haben mir erklärt: Aus militärischen Gründen kann dadurch ein ganz großes Unglück geschehen, weil bei einem etwaigen sowjetrussischen Angriff unter Umständen eine Stunde die ganze Sache entscheidet, wenn nicht zurückgeschlagen wird. Es kann kein Mensch garantieren, daß der Präsident der Vereinigten Staaten zu jeder Stunde, bei Tag und bei Nacht, gleichgültig, wo in der Welt er sich befindet, erreichbar ist, um die Entscheidung zu treffen. Es kann weiter auch gar nicht erwartet werden, daß innerhalb dieser Stunde dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von seinen Ratgebern ein Bild über die ganze militärische Situation im Falle eines Angriffs von der anderen Seite gegeben werden kann. Die Ratgeber müssen ja auch erst ins Bild gesetzt werden.

Das ist der Grund, warum Norstad nun schon seit einem Jahr darauf hinarbeitet, daß einer Formation – so will ich mich mal sehr vorsichtig ausdrücken – des NATO-Rates die Entscheidung in Notfällen übertragen wird, ob nukleare Waffen eingesetzt werden sollen oder nicht. Er hat diese Vorschläge schon im vergangenen September der Administration Eisenhower gemacht. Eisenhower hat aber so kurz vor der Wahl in den Vereinigten Staaten und vor seinem Abtreten diese Entscheidung nicht mehr getroffen. Dieser Antrag des General Norstad ruht noch in Washington im Weißen Haus. Es ist noch keine Entscheidung darüber getroffen.

Aber die Sozialdemokraten gehen ja weiter, als Norstad hier geht. Sie wollen, daß die Bundeswehr unter keinen Umständen irgendwie mit nuklearen Waffen zu tun hat. Ich kann Ihnen das nur in ganz großen Strichen klarlegen, erstens mangels Zeit und zweitens, weil ich nicht die Detailkenntnisse habe.

5 Vom 21. bis 25. November 1960 in Hannover. Druck: Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der SPD in Hannover 21. bis 25. November 1960. Bonn o.J.

6 In der Vorlage: Lippschütz. – Joachim Lipschitz (1918–1961), 1951–1961 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses (SPD), 1955–1961 Berliner Innensenator. – Lipschitz redete in Hannover nur zu Fragen der inneren Sicherheit (Vgl. SPD, Parteitag 1960 S. 197–201).

Stellen Sie sich vor, daß die NATO einen Schild vor Europa errichten soll. Stellen Sie sich weiter vor, daß auf alle Fälle Sowjetrußland nuklear hoch aufgerüstet ist. Denken Sie weiter daran, daß Chruschtschow noch vor wenigen Tagen Diplomaten in Moskau erklärt hat – nicht unserem Botschafter, aber Botschaftern anderer NATO-Staaten –, daß, wenn es wegen Berlin zum Krieg käme, dieser Krieg dann von Anfang an nuklear geführt werden wird. Stellen Sie sich weiter vor, daß in der Mitte dieses Schildes die deutschen Truppen stehen, und zwar in einer Stärke – es sind jetzt 300.000 Mann unter den Fahnen, dazu kommen noch ein paar hunderttausend Reservisten – von, sagen wir, 500.000 Mann. Würde in einer solchen Situation ein nuklear hoch aufgerüsteter Gegner von seinen nuklearen Waffen Gebrauch machen – denn er weiß ja, daß ihm gegenüber keine nuklearen Waffen stehen –, dann würden die deutschen Truppen in den sicheren Tod gehen. Ich nehme diese Sache so ernst, denn der Bundeskanzler hat ja im Ernstfall den Oberbefehl über unsere Wehrmacht. Ich habe gesagt, wenn es so bleibt, dann würde ich niemals im Ernstfall die deutschen Truppen in den sicheren Tod schicken.

So ist die ganze Situation, und das muß man wissen, wenn man die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur NATO richtig verstehen will. In Hannover hat Ollenhauer unter größtem Beifall des ganzen Parteitages⁷ – und er hat allein solchen Beifall bekommen auf dem Parteitag, kein anderer – erklärt, der Beschluß der SPD, daß unter keinen Umständen deutsche Truppen nukleare Waffen bekommen sollen, bleibe nach wie vor bestehen. Herr Carlo Schmid hat auf demselben Parteitag gesagt⁸, wenn die NATO-Truppen einem Gegner gegenüberstehen, der nuklear hoch aufgerüstet ist, dann müßten sie selbstverständlich auch nukleare Waffen haben. Aber er hat weiter gesagt: Die anderen sollen nukleare Waffen haben, aber nicht die Deutschen. Also die Holländer, die Luxemburger, die Belgier, die Italiener, die Franzosen, aber nicht die Deutschen. Herr Lipschitz – das ist der Senator in Berlin, der in SPD-Kreisen viel gilt – hat erklärt, man müsse sich darüber klar sein, daß darüber die NATO eventuell auseinandergehe.⁹ Damit hat er vollkommen recht. Wenn tatsächlich die deutschen Truppen, falls ein Gegner den Kampf beginnt, der nuklear aufgerüstet ist, keine nuklearen Waffen verwenden dürfen, dann ist das Ganze eine Tragödie, mehr nicht, eine Tragödie in einem Akt, nicht in drei Akten. Die ganze Sache ist dann sehr schnell zu Ende. Nach meiner Überzeugung wäre die NATO, wenn wirklich eine sozialdemokratische Regierung ans Ruder käme, die an dieser Maxime festhält, erledigt. Ich habe Ihnen das einmal so kraß und knapp dargelegt, damit Sie sehen, daß die Stellung der SPD in außenpolitischen Fragen – insbesondere in bezug auf NATO – himmelweit von der unsrigen verschieden ist.

7 Druck: Ebd. S. 69–95, bes. S. 75.

8 Druck: Ebd. S. 151–155, bes. S. 154.

9 Auf einer Landeskongferenz der Jungsozialisten des SPD-LV Schleswig-Holstein am 4. Dezember 1960 („Die Welt“ vom 5. Dezember 1960).

Nun hat ja Herr Brandt die Katze aus dem Sack gelassen.¹⁰ Wenn man die Politik der Sozialdemokratie von 1949 an analysiert, dann stellt man fest, daß sie ein neutralisiertes Deutschland wollen. Sie leben in der Idee, daß ein neutralisiertes Deutschland sich zwischen den Blöcken halten könne. Wenn Sie sich vorstellen, in den vergangenen zwölf Jahren hätte hier eine Regierung gesessen, die auch für die Neutralisierung Deutschlands gewesen wäre, dann würde mit Sowjetrußland schon lange über Deutschland verhandelt worden sein; aber dann hätte der Aufbau nicht stattfinden können.

Wenn Sowjetrußland die Bundesrepublik mit ihrer wirtschaftlichen und militärischen Kapazität in die Hand bekommt, dann ist Sowjetrußland auf dem Weltmarkt in einer ganzen Reihe von lebenswichtigen Sparten den Vereinigten Staaten überlegen. Dann wäre es für Sowjetrußland eine Kleinigkeit – dadurch, daß es Produkte zu einem Preis auf den Weltmarkt wirft, der den amerikanischen Preis unterbietet –, in den Vereinigten Staaten, die jetzt schon sechs Millionen Arbeitslose haben, ein innerpolitisches, wirtschaftlich für die Vereinigten Staaten sehr gefährliches Klima zu erzeugen. Wenn wir in diesen Sog kämen, dann könnten sich Italien und Frankreich auch nicht mehr halten; das ist ganz klar. Dann müßte also auch der Gedanke an die europäische Föderation – die Sozialdemokraten haben sie nie haben wollen – und Westeuropa abgeschrieben werden.

Die Außenpolitik, die die Bundesregierung befolgt, ist also entscheidend für Westeuropa und damit auch für die Vereinigten Staaten. Glauben Sie doch bitte nicht, daß von den anderen Ländern eines aus Liebe und Verehrung für das Deutschtum hier steht. Kein einziges! Das müssen Sie sich wirklich nicht einbilden. Die Deutschen neigen ja dazu, sich etwas Derartiges einzubilden. Die anderen sind nur hier und verteidigen Westeuropa nur – und zwar mit voller Kraft verteidigen sie es –, weil hier auch das amerikanische Schicksal entschieden wird. Hier wird entschieden, ob der Kommunismus oder die Freiheit die Welt regiert.

Das steht für uns auf dem Spiele, das ist unsere Verantwortung. Das ist unsere Aufgabe, die wir zwölf Jahre lang mit allen Konsequenzen zu erfüllen versucht haben. Diese Aufgabe wollen wir auch weiter zu erfüllen versuchen.

Die Sozialdemokratie steht auf einem anderen Standpunkt. Herr Brandt hat ja – ich habe hier die „Welt“ vom Samstag – vergangenen Freitag hier in Bonn eine Pressekonferenz abgehalten.¹¹ Auf dieser Pressekonferenz hat er die Anregung gegeben, zunächst alle 52 ehemaligen Kriegsgegner des Deutschen Reiches zu einer Art Superkonferenz einzuladen, auf der ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland ausgehandelt werden soll. Meine Damen und Herren, meine Phantasie reicht nicht aus, wenn ich so etwas lese, mir vorzustellen, was das geben wird. Ich bin aber

¹⁰ Brandt hielt auf einer Pressekonferenz am 7. Juli 1961 die Eingliederung Deutschlands in eine atomwaffenfreie Zone für erwägenswert. Vgl. „Die Welt“ vom 8. Juli 1961; DUD Nr. 129 vom 10. Juli 1961 S. 1.

¹¹ Vgl. Anm. 10.

überzeugt, der größte Teil der früheren Kriegsgegner Deutschlands würde nicht kommen; kommen würden die Kommunisten, kommandiert von Sowjetrußland. In der Pressemeldung heißt es dann weiter:

„Brandt hält es für wichtig, daß bei einer derartigen Konferenz auch der außenpolitische Status Gesamtdeutschlands einschließlich der möglichen Eingliederung in eine atomwaffenfreie Zone diskutiert werde.“

Der außenpolitische Status bedeutet Neutralisierung Deutschlands! Nun hat sich die Schweiz für neutral erklärt und ist immer neutral geblieben. Man hat Österreich neutralisiert. Aber die Bundesrepublik mit ihren 53 Millionen Einwohnern und mit dieser Wirtschaft zu neutralisieren, das ist völlig ausgeschlossen. Wer das behauptet – von Amerika her oder von Sowjetrußland her –, der sagt die Unwahrheit. Dafür ist – ich glaube, ich habe das eben doch klargelegt – der Besitz Westdeutschlands, der Bundesrepublik, zu entscheidend in dem ganzen weltpolitischen Ringen zwischen West und Ost, das wir nach wie vor erleben müssen.

Und was die atomwaffenfreie Zone angeht – das ist der militärische Status –, so ist folgendes zu sagen: Die Sozialdemokratie hat vor mehreren Jahren – namentlich Herr Erler hat das getan – von dem außenpolitischen Status und dem militärischen Status gesprochen. Der Rapacki-Plan¹² ist, wenn er jemals etwas wert gewesen wäre – er war es nach meiner Überzeugung nicht –, durch die Entwicklung der Waffentechnik seit jener Zeit derart überholt, daß auch die Polen ihn vor Jahren als obsolet bezeichnet haben.

Und jetzt kommt der gute Brandt damit heraus und klärt damit in einer Weise die innere politische Meinung der Sozialdemokraten, daß wir ihm dafür nur von Herzen dankbar sein können. Nicht daß wir ihn wählen, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich hier folgendes sagen; ich fahre ja morgen nach Berlin und muß etwas vorsichtig sein, bis ich zurück bin. Ich kann ja Herrn Brandt selber meine persönliche Meinung nicht so ungeschminkt sagen. Wenn jemals einer seine außenpolitische Unfähigkeit dokumentiert hat, dann ist es der Herr Brandt, der in diesem ersten Stadium einer Verhandlung zwischen den Westmächten und Sowjetrußland Dinge ausspricht, die in den Ohren Chruschtschows und seiner Leute geradezu Musik sind. Denn das will der ja, was ihm hier vorgeschlagen wird. Er wird nun mit Recht darauf hinweisen: „Aber Berlin, vertreten durch seinen Regierenden Bürgermeister, will es doch. Warum seid Ihr so dagegen?“

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, Ihnen die ganze Situation vorzutragen, weil für den Wahlkampf eine unbedingte Klarheit geschaffen werden muß, wo wir stehen und wo die Sozialdemokraten stehen; auf die FDP komme ich noch zu sprechen.

Wir müssen also klären, wo wir stehen und wo die Sozialdemokraten stehen; auf keine andere Weise können wir erwarten, wieder die Mehrheit im Bundestag zu bekommen. Darf ich Sie bitten, immer daran zu denken, daß eine gar nicht kleine

12 Vgl. Nr. 2 Anm. 97.

Schicht von Wählern sich weder für die SPD noch für die CDU/CSU entschieden hat. Sie stimmen bei der Wahl ab nach Erwägungen, die sie dann anstellen, die sie aber nicht durch Zugehörigkeit zu einer Partei bestimmen lassen. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß bis zur Wahl jeder Wähler auch über den genannten entscheidenden Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und uns Klarheit hat. Dann, bin ich überzeugt, wird es so werden wie das letztmal auch, wo wir gerade durch diese außenpolitische Situation den großen Wahlsieg errungen haben.

Lassen Sie mich Ihnen zum Schluß folgendes sagen. Ich glaube nicht, daß es Krieg gibt. Ich bin fest davon überzeugt, daß es keinen Krieg gibt, und zwar deswegen, weil Sowjetrußland genau weiß, daß – wenn es auch in dem einen oder anderen überlegen sein wird – der Krieg so nuklear geführt würde, daß auch Rußland zu den Besiegten gehörte. Deshalb glaube ich nicht, daß Chruschtschow überhaupt Krieg will. Er spielt natürlich auf das Letzte heraus, um zu bluffen. Daher muß gerade unser Volk Klarheit haben und dann ruhige Nerven bewahren, damit Chruschtschow dieses Spiel nicht gelingt.

Ob diese Auseinandersetzung – zunächst nur diplomatisch – über Berlin vor unseren Bundestagswahlen kommen wird oder nicht, das läßt sich jetzt schwer überschauen. Ich habe bis vor kurzem geglaubt – dieser Glaube stützte sich auf Informationen aus Moskau –, daß er wirklich erst mit ernstern Verhandlungen zu beginnen bereit sei, wenn er den kommunistischen Kongreß, der am 17. Oktober beginnt und nach den Erfahrungen drei bis vier Wochen dauert, hinter sich hat, also Ende dieses Jahres. Aber die ganze Sache ist jetzt sehr stark angeheizt, um den schönen Ausdruck zu gebrauchen. Ich hoffe jedoch, daß die Frage vor der Wahl wirklich nicht so akut werden wird, wie sie später einmal wird. Jedenfalls würde das nicht in unserem Interesse liegen. Wir müssen auch bei unseren Verbündeten darauf hinwirken, daß die Sache nicht forciert wird.

Meine Freunde, es lag mir besonders am Herzen, Ihnen das einmal klarzulegen und Ihnen die Fronten zu zeigen, die nach wie vor in der Bundesrepublik zwischen der Sozialdemokratie und uns bestehen. Wenn Sie meine Meinung teilen, dann müssen wir gemeinsam überlegen, wie wir die Wahlpropaganda während der nächsten zweieinhalb Monate führen.

Ich möchte Ihnen dazu eine Wahrnehmung sagen. Ich habe eine Reihe großer Versammlungen hinter mir. Ich habe in Nürnberg gesprochen; da waren 7.000 oder 8.000 Menschen. Ich habe in Hamburg gesprochen; da waren es ein paar Tausend mehr. Ich habe in Frankfurt gesprochen vor der Jungen Union; an diesem schrecklich heißen Sonntag waren es 20.000 Menschen. Ich habe ferner die beiden Frauenversammlungen gehabt, die eine in Stuttgart und gestern die andere in Essen.¹³

13 Vor der Jungen Union am 14. Mai 1961 in Nürnberg, am 28. Mai in Hamburg und am 2. Juli in Frankfurt. Die Frauenkundgebung in Stuttgart fand am 22. Juni, die in Essen am 10. Juli 1961 statt (TERMINKALENDER).

Die Frage unseres Wohlstandes wird als beantwortet angesehen. Den Leuten geht es gut; es geht ihnen wirklich gut, und sie sind auch so zufrieden, wie der Mensch zufrieden sein kann. Ganz zufrieden ist der Mensch nie; das liegt in seiner Natur. Die Leute haben höchstens Sorge, daß sie den Wohlstand nicht auf die Dauer genießen können. Ich glaube, es macht auf die Frauen nichts mehr Eindruck als das Gefühl der Sicherheit, auch der materiellen Sicherheit. Sie interessieren sich mehr dafür, daß die Renten bleiben, daß die Preise nicht plötzlich ansteigen; das interessiert sie mehr als eine weitere Hebung ihres ganzen Standes. Sie wollen die Sicherheit, daß sie das Erreichte behalten. Ebenso haben sie ein sehr feines Empfinden für die Sicherheit gegenüber den Russen. Da stößt man auf die größte Aufmerksamkeit und auf sehr großes Verständnis. Das habe ich namentlich bei den beiden Frauenversammlungen gemerkt, die ich gehabt habe. Ich weiß nicht, wie Ihre Erfahrungen auf dem Gebiet sind.

Ich meine, daß wir auch danach unsere Wahltaktik und unsere Wahlpropaganda etwas einrichten müssen. Also, die Leute wollen Sicherheit; sie wollen Sicherheit in der Wirtschaft, im Innern und nach außen. Das Gefühl der Sicherheit ist dasjenige, das sie am meisten berührt. – Vielleicht wird jetzt Herr von Brentano noch einiges sagen.

Von Brentano: Ich bin gerne bereit dazu, wenn Sie es wünschen. Ich weiß nur nicht, ob es nicht besser wäre, wenn Kollege Krone jetzt etwas sagen würde. Es geht ja darum, daß wir hier jetzt eine Diskussion über die Erklärung von Herrn Gerstenmaier führen. Ich habe ihm einen langen Brief geschrieben.¹⁴ Ich habe ihm meine Bedenken über seine Äußerung mitgeteilt.

Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, daß wir diese Frage kontrovers diskutieren sollten. Wir sollten zu einer Übereinstimmung kommen. Diese Übereinstimmung brauchen wir, denn wir sollen ja auf eine Anfrage der FDP antworten.¹⁵ Ich glaube, wenn wir wollen, können wir das ohnehin.

Herr Gerstenmaier, ich habe Ihnen geschrieben, daß die ersten zwei Drittel dieser Erklärung sicherlich von jedem von uns ohne Einschränkung unterschrieben werden können. Aber wenn mich der Bundeskanzler auffordert, möchte ich gern ein Wort sagen und offen meine Meinung äußern.

Ich will nicht die Frage diskutieren, ob es zur Zuständigkeit des Bundestagspräsidenten gehört, Erklärungen dieser Art abzugeben. Ich habe meine Bedenken dagegen. Ich glaube nicht, daß der Bundestagspräsident in politischen Dingen der Sprecher des

14 Von Brentano an Gerstenmaier vom 8. Juli 1961 in ACDP I-210-017/1. Vgl. GERSTENMAIER S. 448f.; Arnulf BARING: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1963. Hamburg 1974 S. 319, 326. – Brentanos Brief enthielt formale und inhaltliche Kritik an der Erklärung Gerstenmaiers mit dem Hinweis auf die negativen innen- und außenpolitischen Folgen für die Bundesregierung.

15 BT-Drs. 2980 vom 24. Juli 1961 (Beantwortung der FDP-Anfrage vom 6. Juli 1961 betr. Deutschland- und Berlin-Politik von Bundestag und Bundesregierung, BT-Drs. 2956).

Parlaments ist. Das gibt es in der ganzen Welt nicht. Wir sollten uns nicht in eine solche Übung begeben, die uns später vielleicht noch sehr unwillkommen sein kann. Aber darüber zu entscheiden ist letztlich Sache des Parlaments. Darüber bin ich mir klar. Wenn die Fraktionen den Bundestagspräsidenten beauftragen und ermächtigen, solche Erklärungen abzugeben, dann haben sie die Verantwortung zu tragen. Als Mitglied der Fraktion äußere ich diese Bedenken.

Der Hauptgrund meiner Bedenken ist folgender: Ich kann mir eigentlich nicht denken, daß es anderswo möglich wäre, daß eine politische Erklärung in einer so ernsten, ungewöhnlich ernsten und kritischen Situation wie der gegenwärtigen abgegeben wird, ohne daß die Regierung über den Inhalt der Erklärung unterrichtet oder auch nur zu Rate gezogen wird und ohne daß – soweit ich informiert bin – auch die zuständigen Mitglieder der Fraktion über diese Erklärung gefragt wurden. Ich wiederhole, daß die Situation, in der wir stehen, es nicht zuläßt, daß Erklärungen abgegeben werden, die dann zu kritischen Bemerkungen und zu kontroversen Diskussionen Anlaß geben.

Die kritischen Bemerkungen sind natürlich nicht ausgeblieben. Ich habe in der Öffentlichkeit nicht zu diesen Dingen gesprochen. Niemand von uns konnte aber verhindern, daß die Presse und der Rundfunk in Deutschland und außerhalb Deutschlands sich mit dieser Situation beschäftigt und Gegensätze festgestellt haben zwischen der Politik der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung auf der einen Seite und der Erklärung auf der anderen Seite, die der Bundestagspräsident am 30. Juni abgegeben hat.

Wo sind diese Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze? Unser Parteivorsitzender hat eine Frage angeschnitten, und ich möchte sie aufgreifen. Es wird in der Erklärung in behutsamer, aber doch klarer Weise folgendes festgestellt:

„Es spricht für die Nüchternheit des politischen Denkens in Deutschland, wenn diese Möglichkeiten“ – der deutschen Politik – „nur noch vor dem Hintergrund und unter der Deckung der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft gesehen werden. In diesem Hause besteht, soweit ich sehe, deshalb heute auch die unangefochtene Bereitschaft, unsere Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft der freien Welt im allgemeinen und der NATO im besonderen auf das pünktlichste zu erfüllen.“

Meine Damen und Herren, niemand wäre glücklicher als ich in meiner Position als Außenminister, wenn er eine solche Feststellung unterschreiben könnte. Ich habe so oft die Opposition beschworen, Bedenken und Vorstellungen zurückzustellen und die Bundesregierung im außenpolitischen Bereich mit einer stärkeren Legitimität, mit einer stärkeren Autorität auszustatten. Aber alle diese Bemühungen waren umsonst. Wir haben damals am 30. Juni die überraschende Erklärung des Herrn Wehner gehört¹⁶; wir kennen aber auch die Äußerungen und Diskussionen auf dem

16 Außenpolitische Regierungserklärung und Debatte im Bundestag (Sten.Ber. 3. WP Bd. 46 S. 7052–7061).

Parteitag von Hannover und die Bekanntgabe des Regierungsprogramms in der Beethovenhalle in Bonn durch den Kanzlerkandidaten Brandt.¹⁷ Ich kann mir nicht denken, daß irgend jemand der Überzeugung ist, daß die Sozialdemokratie tatsächlich in ihrer Gänze oder in ihrem entscheidenden Teil einen solchen Gesinnungswandel vollzogen hat, daß sie entschlossen sei zu verbrennen, was sie angebetet hat, und anzubeten, was sie vorher verbrannt hat.

Ich könnte eine ganze Fülle von Äußerungen prominenter Sozialdemokraten zitieren, die ganz klar ausgesprochen haben: „Wir brauchen eine andere Wahlpropaganda; laßt uns die Wahl gewinnen. Was wir dann tun, ist unsere Sache.“ Ich brauche das gar nicht alles zu zitieren. Ich brauche nur die Praxis zu zeigen, die auch nach dem 30. Juni 1960 vorhanden war: Auch nach dieser Rede und nach diesen Bekenntnissen auf dem Parteitag hat die Sozialdemokratie bis in die letzten Stunden der parlamentarischen Tätigkeit alle Gesetzesvorlagen bekämpft und abgelehnt, die mit der Erfüllung des NATO-Bündnisses zu tun haben, zuletzt das Leistungsgesetz¹⁸, das wirklich das primitivste war, was man verlangen konnte. Ich rede gar nicht von der tragischen Entwicklung des Notstandsgesetzes¹⁹, nicht von den Erklärungen im Hause und außerhalb des Hauses, in den Wahlkämpfen und außerhalb der Wahlkämpfe, die bis in die jüngsten Tage hinein abgegeben worden sind. Wir erleben ja schon die ersten Zeichen des Wahlkampfes. Jeder von uns hat diese Dinge draußen schon gehört und muß sich mit ihnen auseinandersetzen.

Ich habe wirklich das Gefühl – ich bitte unseren Präsidenten Gerstenmaier, es nicht übelzunehmen, wenn ich das so offen sage –, daß wir uns selber betrügen würden, wenn wir eine solche Feststellung treffen und wenn wir auch nach außen hin einen Eindruck erwecken, den ich gar nicht erwecken möchte, und zwar aus staatspolitischen Gründen und aus Anstand nicht. Ich möchte nicht draußen den Eindruck erwecken, als sei in den außenpolitischen Fragen eine Übereinstimmung erzielt worden. Sie besteht nicht. Ich rede gar nicht davon, daß es auch aus parteipolitischen Gründen unbegreiflich wäre, wenn wir eine solche Übereinstimmung gegen unsere Überzeugung nun feststellen würden. Was sollen wir denn dann unseren Wählern draußen noch sagen? Warum sollen sie uns dann noch wählen? Dann können sie mit demselben Recht – zumindest was die außenpolitische Entwicklung angeht – auch die Opposition wählen.

17 Außerordentlicher Kongreß der SPD am 28. April 1961 (AdG 1961 S. 9066–9068).

18 BT-Drs. 2045 vom 23. August 1960 (Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesleistungsgesetzes), BT-Drs. 2907 vom 22. Juni 1961 (Bericht des Innenausschusses über den o.a. Entwurf), Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9608–9617, 9711f. (Anlage 15/Umdruck 950: Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Gesetzentwurf vom 27. Juni 1961).

19 BT-Drs. 1800 vom 20. April 1960 (Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes betr. das Notstandsrecht); Sten.Ber. 3. WP Bd. 47 S. 7174–7227 (Erste Beratung des Gesetzentwurfs – Protokoll der 124. Sitzung vom 28. September 1960). Vgl. Nr. 17 Anm. 27.

Ich wiederhole: Die Glaubwürdigkeit der politischen Konversion der sozialdemokratischen Partei müßte erst noch erwiesen werden. Es müßte einmal von einem Sozialdemokraten gesagt werden, dem nicht widersprochen wird: „Wir geben zu, daß wir uns elf Jahre lang geirrt haben, daß wir auf einem anderen Kurs waren.“ Das haben Sie nicht gehört, und das werden Sie nicht hören.

Jeder von uns weiß – von meinem Bereich kann ich das bestimmt sagen –, daß die Haltung auf der unteren Ebene der Sozialdemokratie eher kritischer und härter geworden ist als früher. Dort hat man sich keineswegs auf irgendeinem Bereich der Außenpolitik uns angenähert. Wenn Sie die offiziellen und vertraulichen Berichte über die großen Bezirkskonferenzen lesen – ich kenne beispielsweise solche aus Hessen –, dann reicht Ihnen das. Deshalb würden wir einen falschen Eindruck erwecken, wenn wir eine Gemeinsamkeit hervorheben würden, die nicht besteht.

Ein Letztes habe ich Ihnen geschrieben, lieber Gerstenmaier, daß mir die Formulierung, daß ein Friedensvertrag abgeschlossen werden soll, der den politischen und militärischen Status klarstellen soll, bedenklich erscheint. Ich gebe Ihnen ohne weiteres zu, daß Sie die Formulierung in einen Zusammenhang gestellt haben, daß Sie ausdrücklich das Verhandeln über diesen Friedensvertrag von der innerdeutschen Vorentscheidung der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung aufgrund freier Wahlen in Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes abhängig machen. Trotzdem hat die Formulierung, den militärischen und politischen Status im Friedensvertrag auszuhandeln, irgendeinen un guten Klang. Denn diese Formulierung ist nämlich nicht bei uns, sondern in den Vorschlägen der Opposition entstanden.

Die Opposition hat damit etwas ganz Bewußtes verbunden, was auch jetzt wieder zu lesen ist. Sie verbindet damit das Angebot, Deutschland politisch aus dem Westen zu lösen und militärisch zu neutralisieren im Sinne irgendwelcher Vorstellungen des europäischen Sicherheitspaktes, der Rapacki-Pläne oder was weiß ich.

Ich glaube, es ist gefährlich, hier eine solche Formulierung zu wählen, die dann mißverstanden wird. Ich habe in meinem Brief im übrigen auf die Kommentare hingewiesen. Sie sagen dazu: „Ich kann nichts für die Kommentare.“ Das weiß ich natürlich. Aber die Kommentare zeigen, daß man solche Formulierungen notwendigerweise so mißversteht, wie ich es befürchtet habe.

Ich darf noch auf folgendes hinweisen. Wenn eine außenpolitische Erklärung von dieser Bedeutung abgegeben wird, dann darf, wie ich meine, die Erklärung nicht mit den Worten schließen: „Die Sitzung ist geschlossen.“ Damit wird ein legitimes, ein verfassungsmäßiges Recht der Bundesregierung einfach ausgehöhlt. Die Regierung hat das Recht – das steht in der Verfassung –, jederzeit das Wort zu ergreifen. Es war natürlich eine Situation – bitte, verstehen Sie, wenn ich es für mich so empfunden habe, ich habe nicht das Recht, für andere zu sprechen –, die außerordentlich peinlich war.

Ich war am Abend vorher von Herrn Krone und vom Herrn Bundeskanzler noch gebeten worden, hier herüberzukommen. Ich habe eine andere wichtige Verpflichtung gestrichen und bin dieser Bitte nachgekommen und habe versucht, den Entwurf

der Erklärung zu sehen zu bekommen. Ich habe weiter versucht zu erreichen, daß wenigstens Herr Carstens²⁰ noch einige Dinge mit Ihnen bespricht.

Um 2 Uhr habe ich dann diese Erklärung gehört, mit der ich in wichtigen Punkten nicht einverstanden war. Ich mußte schweigen und wollte es auch, weil ich die Diskussion nicht in die Öffentlichkeit tragen wollte. Ich habe bis jetzt auch draußen geschwiegen.

Hier muß ich aber jetzt ein Wort dazu sagen. Sie wissen, daß sich die FDP die Gelegenheit nicht hat entgehen lassen, eine Kleine Anfrage einzubringen.²¹ Irgendwann und irgendwie müssen wir diese Anfrage beantworten. Ich habe die Überzeugung, daß es uns gelingt, auch diese Anfrage zu beantworten. Ich brauche dabei auf die staatspolitischen Überlegungen nicht einzugehen. Das geht die Freie Demokratische Partei nichts an. Vielleicht werden wir eine politische Antwort geben. Ich habe schon eine Formulierung gemacht, die vielleicht die Grundlage für die Antwort an die FDP abgeben kann.

Hier kommt es nicht darauf an, die Meinungsverschiedenheiten, die wir haben, in dieser Situation nach außen zu tragen. Wir sind es uns aber gegenseitig schuldig, daß wir diese Meinungsverschiedenheiten hier in offener und ehrlicher Freundschaft diskutieren.

Krone: Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst sagen, daß ich das, was der Bundeskanzler gesagt hat, vollinhaltlich bejahe. Er hat eine sehr reale Darstellung der Situation gegeben, wie sie durch das Vorgehen Chruschtschows in der Welt erzeugt worden ist. An der Erkenntnis, daß die Lage so ist, kann keiner von uns vorbeigehen. Welche Konsequenzen ergeben sich für uns daraus? Wir vertreten hier ein Axiom, an dem wir seit Jahren festhalten. Es gibt dann einige aktuelle Fragen bezüglich Amerikas und der NATO, über die wir uns noch nicht entschieden haben. Wir sind eben alle nüchtern genug, um die Probleme klar zu erkennen.

Was haben wir aus dieser Situation für Konsequenzen zu ziehen? Man muß die vorhandene Situation der Öffentlichkeit in der entsprechenden Form mitteilen und darauf den Wahlkampf einstellen. Ich habe das gestern abend in Essen²² in einer – fast möchte ich sagen – zu harten Form vor den Frauen getan; es kam gut an. (*Weber:* Ja, es kam gut an!)

Unser Freund Gerstenmaier wird auf das, was der Außenminister gesagt hat, selber antworten. Wir müssen uns hier auch über den Vorgang in seinen Einzelheiten

20 Dr. Karl Carstens (1914–1992), Professor für Staats- und Völkerrecht; 1954–1966 im Auswärtigen Dienst (1960–1966 Staatssekretär des AA), 1966–1967 Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, 1968–1969 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1972–1979 MdB (CDU), 1973–1976 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1976–1979 Bundestagspräsident, 1979–1984 Bundespräsident. – Memoiren: Erinnerungen und Erfahrungen. Hg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel. Boppard 1993.

21 Vgl. Anm. 15.

22 Gemeint ist Krones Ansprache auf der Frauenkundgebung in Essen am 10. Juli 1961. Vgl. Anm. 3.

unterhalten. Ich will zum Thema meinen Beitrag leisten und sagen, wie ich die Dinge sehe. Kollege Gerstenmaier weiß, daß ich das Recht des Bundestagspräsidenten, etwas zu sagen, bejaht habe, soweit es allgemeine Überzeugung des ganzen Bundestages ist. Ich stimme mit ihm überein, soweit er als eine Antwort auf die Bedrohung durch Rußland sagt: Das wollen wir abwehren. Die Schwierigkeit fängt an, wenn man sich darüber hinaus mit der Methodik des Abwehrens beschäftigt. Hier sind nämlich verschiedene Meinungen vorhanden. Kollege Gerstenmaier weiß, wie ich in dieser Frage denke. Ich habe nach seiner Rede, die hinsichtlich der Abwehr hart und fest und klar war, den Bundeskanzler gebeten – ich habe mich auch daran gehalten –, daß wir sagen, die Interpretation, die die Linke der Rede gibt, war eine extensive Interpretation, der wir nicht zustimmen können. Ich habe das auch in der Erklärung zum Ausdruck gebracht, die ich auf dem Parteitag in Rendsburg abgegeben habe.²³ Dort habe ich das ganz deutlich festgestellt.

Ich würde es für richtig halten, wenn wir uns nach einer offenen Aussprache über das Für und Wider in diesem Kreise auf dieser Linie finden. Ich bin nämlich folgender Meinung: Wir würden uns im Wahlkampf sehr schädigen, wenn wir uns in dieser elementaren und wichtigen Frage auseinandermanövierten. Ich glaube, wir sollten auf der Linie beharren, die der Bundeskanzler in seiner Rede hier, in seiner Frankfurter Rede²⁴ und in der Erklärung der Fraktion²⁵ gezeichnet hat.

Gerstenmaier: Ich habe das Gefühl, alles lauscht mit Andacht, was der Angeklagte nun zu sagen hat. Der Angeklagte hat einiges zu sagen.²⁶ Aber vor allem fühlt er sich gar nicht als der Angeklagte. Er ist der Angegriffene. Aber Angriffe bin ich gewohnt. Zwischen Lob und Tadel gibt es einen Grat, den der Mann gehen muß, so gut er eben kann und es versteht. Das werde ich auch jetzt versuchen, sine ira et studio, soweit das mein Temperament zuläßt.

Zunächst zur Initiative! Es war nicht Wehners Werk, wie eine scharfsinnige rheinische Zeitung behauptet hat²⁷, was auf einige unserer Freunde Eindruck gemacht hat. „Es war Wehners Initiative“, diese Schlagzeile hat sogar Eingang in das ausführliche Schreiben gefunden, mit dem mich gestern der Herr Bundesaußenminister bedacht hat. Meine Damen und Herren, es war weder Wehners Initiative, noch war es Gerstenmaiers Initiative; es war auch kein Duett Gerstenmaier – Wehner.

23 Der 13. Parteitag der CDU Schleswig-Holstein in Rendsburg fand vom 3. bis 4. Juli 1961 statt. Akten (u.a. Krone-Ansprache) in ACDP III-006-025.

24 JU-Kundgebung am 2. Juli 1961 in Frankfurt. Vgl. „Frankfurter Neue Presse“ vom 3. Juli 1961 („Der Kanzler attackiert die SPD“), dpa-Meldung vom 3. Juli 1961 („SPD über Adenauers Rede in Frankfurt empört“).

25 Vermutlich vom 25. März 1958 (Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1169).

26 Zur folgenden Auseinandersetzung vgl. GERSTENMAIER S. 445–451; MENDE S. 471f.

27 „Der Mittag“ (Düsseldorf) vom 4. Juli 1961. Vgl. dazu Brentano an Gerstenmaier vom 8. Juli 1961 in ACDP I-210-017/1.

Es war schlicht und einfach die Bitte des stellvertretenden Vorsitzenden des gesamtdeutschen Ausschusses²⁸, der im Drang der Geschäfte zu mir kam und mich fragte, ob ich dazu bereit wäre – nun will ich auch sagen, warum –, zur Vermeidung einer außenpolitischen Debatte in einer Schlußrede vor dem Bundestag den Gesichtspunkten Rechnung zu tragen, die den gesamtdeutschen Ausschuß, der in dieser Sache für das Haus federführend sei, in der Berlin- und Deutschlandfrage beschäftigten. Ich habe gesagt, das kommt darauf an, ob wir uns interfraktionell darüber verständigen können. Wenn man so eine außenpolitische Debatte vermeiden will, dann will ich das gerne versuchen.

Ich habe auch Unterlagen. Die Unterlagen wurden am 21. Juni 1961 geliefert. An diesem Tage hat der gesamtdeutsche Ausschuß eine Sitzung²⁹ abgehalten, von der ich nichts gewußt und an der ich nicht teilgenommen habe. Diese Sitzung hat sich mit dem Problem befaßt. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Wehner, hat längere Ausführungen gemacht. Dabei hatte er die Freundlichkeit, im wesentlichen Gesichtspunkte aus meiner Rede zu zitieren, die ich am 25. März 1958 vor dem Bundestag gehalten hatte.³⁰

Als Vertreter der Bundesregierung war der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen³¹ da. Der Herr Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen hat dabei auch einiges gesagt. Manchmal hat es doch einen Sinn, wenn Wortprotokolle angefertigt werden. Ich ärgere mich als Präsident immer wieder darüber, daß unsere Stenographen so oft in Anspruch genommen werden, obwohl das für eine Reihe von Ausschüssen nicht so notwendig wäre. Es ist aber so üblich geworden, daß jeder Ausschuß, der sich für wesentlich hält, wünscht, daß für ihn Wortprotokolle angefertigt werden. In diesem Falle kommt mir das nun einmal zustatten.

Ich habe also hier das Protokoll der 38. Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen vom 21. Juni 1961. Zunächst eine längere Rede von Herrn Wehner, der gar nicht widersprochen wird, sondern der einhellig zugestimmt wird, und keineswegs nur von den – ich benutze ein Wort des Herrn Bundesaußenministers – dafür zuständigen Mitgliedern der Fraktion. Oh nein, der Vertreter der Bundesregierung, der Herr Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, erklärt in diesem Ausschuß nach den Ausführungen des Herrn Wehner:

„Wenn der Herr Bundestagspräsident der Anregung Folge leisten sollte – was ich glaube –, ein Schlußwort zu sprechen, dann darf das sich um Gottes willen nicht nur in dem Berliner Kreis bewegen, sondern es muß weitergesteckt sein, so wie es die Diskussion in diesem Ausschuß jetzt hat erkennen lassen ... Ich möchte betonen, daß ich als Positivum in dieser Debatte den Hinweis gesehen

28 Dr. Johann Baptist Gradl. Vgl. Nr. 1 Anm. 59.

29 38. Sitzung des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen am 21. Juli 1961. Protokoll in Auszügen mit Vermerk „VS-vertraulich“ in ACDP I-210-017/1.

30 Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1067–1085.

31 Ernst Lemmer. Vgl. Nr. 1 Anm. 4.

habe, daß unsere Gedanken um den Friedensvertrag stärker von der politischen Seite offensiv herausgestellt werden müssen. Wir dürfen uns nicht gefallen lassen, daß die Berlin-Frage eines Tages hochgespielt wird.“ – Anschließend Abgeordneter Dr. Gradl (CDU/CSU): „Ist der Ausschuß nicht der Meinung, daß es gut wäre, wenn der Herr Vorsitzende beauftragt würde, in diesem Sinne mit dem Präsidenten zu sprechen?“ – Allgemeine Zustimmung. – „Wir haben das in einem vergleichbaren Fall schon einmal gemacht. Damals hatten wir allerdings keinen Erfolg. Aber es lag nicht am Präsidenten. Es war höhere Gewalt. Damals ging es um die Berliner Bundestagssitzung³².“ – Vorsitzender Wehner: „Wenn Sie einverstanden sind, ja.“

Nach diesem einstimmigen Beschluß des gesamtdeutschen Ausschusses meldeten sich die beiden Herren bei mir. Ich habe gesagt: „Es wäre doch viel besser, Sie würden Ihre Gesichtspunkte nicht mir allein vortragen, sondern Sie würden das in Anwesenheit des ganzen Ältestenrates vortragen, damit alle im Ältestenrat vertretenen Fraktionen gleich hören, von welchen Gesichtspunkten, Motiven und Zielsetzungen Sie sich leiten lassen.“ Und so geschah es. Die beiden Herren wurden in den Ältestenrat gebeten. Ich habe mit Herrn Wehner – außer im Beisein von Herrn Gradl – kein Wort mehr, weder vorher noch nachher, gesprochen.

Im Ältestenrat trug dann Herr Wehner vor. Er trug im wesentlichen die Gesichtspunkte der Rede vor, die er im gesamtdeutschen Ausschuß gehalten hatte. Herr Gradl bestätigte alle diese Gesichtspunkte, und es wurde ausdrücklich gesagt, daß der Friedensvertrag offensiv herausgestellt werden sollte. Die goldenen Worte des Herrn Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen sollten mindestens dem Sinne nach wiederholt werden. Der gesamte Ältestenrat erklärte sich damit einverstanden, daß auf dieser Linie operiert werden sollte.

Ich sagte dann: „Gut, wir werden einen Text ausarbeiten.“ Ich hatte in meines Herzens Einfalt zunächst an eine wörtlich abgestimmte Erklärung gedacht. Ich sagte also: „Dann wollen wir jetzt einmal einen Text machen. Wie wäre es, wenn sich der gesamtdeutsche Ausschuß bzw. seine Vorsitzenden dieser Aufgabe unterzögen?“ Einwurf im Ältestenrat: „Nein, das geht nicht. Der Präsident des Hauses genießt als Präsident die Vollmacht des Hauses, und mit seiner Stimme und seiner Gedankenführung muß er eine solche Sache machen. Dazu ist er legitimiert, und dazu besitzt er das Vertrauen und die Zustimmung des Ältestenrates.“ Dann habe ich gesagt: „Das genügt mir nicht; ich hätte das gern von den Fraktionen gehört.“

Nun tut es mir leid, daß ich einen Mann in Ungelegenheiten bringen muß; aber es ist leider so. Darauf wurde mir von seiten der CDU/CSU, von ihrem im Ältestenrat führenden Sprecher erklärt: „Herr Präsident, von unserer Seite haben Sie plein pouvoir.“ Das war der Fraktionsgeschäftsführer Rasner. Daraufhin habe ich die SPD gefragt: „Was haben Sie für Vorstellungen?“ Darauf die Antwort: „Wir sind mit dem einverstanden, was hier vorgetragen worden ist.“ Auch die FDP hat auf Befragen

32 Zur Berlin-Sitzung des Bundestags am 1. Oktober 1958 vgl. Rundfunkansprache Gerstenmaiers vom 3. Oktober 1958 in ACDP I-210-085/1.

erklärt: „Wir sind auch einverstanden. Wir bitten Sie, die Sache auf dieser Linie zu machen.“ Daraufhin habe ich gesagt: „Ich werde mich bemühen, einen Text möglichst rechtzeitig fertigzustellen; vielleicht können wir noch einmal darüber reden.“

Ich bedaure aufrichtig, daß es mir in dem qualvollen Gedränge des zu Ende gehenden Bundestages, der mit einer Sitzung von 65 Tagesordnungspunkten unbedingt über die Hürden gebracht werden mußte, und unter dem Druck von allen Seiten einfach nicht möglich war, diese Sache vor der Nacht vom Donnerstag auf den Freitag zu schreiben. Bis dahin habe ich mich bemüht, soweit ich konnte, noch Eindrücke, Ideen zu sammeln und Abstimmungen durchzuführen. Erst in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag habe ich mich dann hingesezt und habe die Sache geschrieben.

Ich gestehe hier offen, daß mich bei der Niederschrift dieser Erklärung ein Gespräch, das ich einige Stunden vorher mit dem Bundeskanzler und unserem Fraktionsvorsitzenden geführt habe, sehr beeindruckt und mich veranlaßt hat, sowohl in der Diktion wie insbesondere der Gedankenführung den jetzt vom Herrn Außenminister so arg kritisierten Schluß in dieser Weise abzufassen. In meinem ursprünglichen Entwurf, den ich am Donnerstag vormittag diktirt hatte, endete die ganze Sache mit dem Appell an den Resistenzwillen, an den Widerstandswillen des deutschen Volkes.

Bei dem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Krone ging es darum, wie man sich auf das Ulbricht-Telegramm³³ verhalten sollte. Der Herr Bundeskanzler warf die Frage auf, ob es richtig sei, darauf überhaupt keine Antwort zu geben. In diesem Gespräch stellte der Herr Bundeskanzler sehr eindruckliche Überlegungen an, die mir nachts an meinem Schreibtisch wieder ins Bewußtsein kamen. Ich gestehe, daß ich sie für richtig hielt. Der Bundeskanzler hatte die Überlegung angestellt: Wie kommt das eigentlich an? Nicht in Moskau, darüber sind wir uns völlig einig; denen ist es völlig wurscht, was wir machen. Das macht den Russen überhaupt nichts aus. Die werden wir von ihren zwei Friedensverträgen mit allem, was wir sagen, überhaupt nicht herunterbringen. Gewürfelt wurde vielmehr um die Stimmung bei den westlichen Alliierten und im neutralen Ausland. Es wurde auch darum gewürfelt: Wie ist die Stimmung in Deutschland am zweckmäßigsten zu beeinflussen? Es galt, eine Panikstimmung zu verhindern. Deshalb habe ich auch kein Wort vom Krieg geredet; es sollte nur der ganze Ernst der Situation deutlich gemacht werden.

Der Herr Bundeskanzler hatte bei der Überlegung, ob er Ulbricht überhaupt nicht antworten sollte, geltend gemacht, daß man sich doch überlegen müsse, wie ein solches hartes Verhalten Ulbricht gegenüber in der westlichen Welt ankommt. Ich halte die Überlegung für berechtigt. Sie hat mich in der Nacht noch lange beschäftigt. Ich habe mir gesagt, die ganze Sache ist nicht sehr attraktiv, wenn sie nur in einem geharnischten Protest gegen Moskau ausgeht. Ich habe mir noch einmal angesehen,

33 Telegramm des DDR-Staatsrats an Bundestag und Bundesregierung vom 28. Juni 1961. Druck in AdG 1961 S. 9202; zum „Friedensplan“ vgl. DUD Nr. 128 vom 7. Juli 1961 S. 2f.

was der gesamtdeutsche Ausschuß gesagt hat. Vom gesamtdeutschen Ausschuß wurde einstimmig gebilligt: „... unsere Gedanken um den Friedensvertrag stärker von der politischen Seite offensiv herauszustellen“. Das war das Votum des Vertreters der Bundesregierung. Ich bleibe an diesem denkwürdigen Rezept hängen und habe mich gefragt, was machen wir daraus. – Soweit zur Initiative!

Ich komme jetzt zu einem Punkt, der mich in den letzten Tagen eigentlich etwas geärgert hat. Es hat mich auch nicht erfreut, was ich heute so gehört habe. Es hat zwar niemand gesagt – mit Ausnahme des Herrn von Guttenberg³⁴ –, der Gerstenmaier sei zu den Sozis übergegangen und betreibe neuerdings die Neutralisierung. Nur der Herr Außenminister meint, daß ich das nicht neuerdings täte, sondern daß ich das eigentlich früher schon getan hätte. Er hat mir in einem Brief geschrieben: „Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, daß nicht zu erkennen sei, wie der Status aussehen solle. Jedoch würden die früher von Ihnen vertretenen Vorstellungen einer Neutralisierung und eines Disengagements dahinter gesucht.“³⁵

Von Brentano: Das habe ich doch nicht behauptet! Ich habe doch die Pressestimmen zitiert!

Gerstenmaier: Das gibt gar keinen Anlaß zur Aufregung.

Von Brentano: Ich wehre mich dagegen ...

Gerstenmaier: Ich will nur einmal zeigen, wie Legenden zustande kommen. Ich wiederhole also noch einmal: Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, daß nicht zu erkennen sei, wie der Status aussehen solle. Jedoch würden die früher von Ihnen vertretenen Vorstellungen einer Neutralisierung und eines Disengagements dahinter gesucht.

Ich habe mir die Mühe gemacht, die „Neue Zürcher“ vom 2. Juli noch einmal herauszusuchen. Hier heißt es in einem Satz: „Ob Gerstenmaier durch seine eher unbestimmte Formulierung nicht die Diskussion um eine Neutralisierung Deutschlands in der Bundesrepublik und im Westen wieder anheizt, wird abzuwarten sein.“ Meine Damen und Herren, ich finde, es ist ein ganz charakteristisch gravierender Unterschied zwischen dem, was die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, und dem, was der Herr Außenminister in der Sache behauptet.

Ich darf vielleicht noch ein paar Bemerkungen zu dem machen, was den Herrn Außenminister veranlaßt hat, mir den Vorwurf zu machen, daß ich entweder simpel, treuherzig oder zu unkritisch sei oder gar einer bewußten Täuschung – das bleibt alles offen – unterlegen sei, wenn ich das In- und Ausland und die Welt glauben machen wollte, daß die Sozialdemokraten sich wirklich bekehrt hätten. Herr Bundeskanzler, ich erlaube mir nicht, eine Feststellung darüber zu treffen, ob bei den Sozialdemokraten sozusagen aus dem Saulus ein Paulus, ein Paulus der CDU,

34 Von Guttenberg auf dem CSU-Parteitag in München am 8. und 9. Juli 1961. Dazu „Süddeutsche Zeitung“ vom 10. Juli 1961 („Ehrenmonarch von Bayern“).

35 Vgl. NZZ vom 2. Juli 1961 („Manifestation für die Einheit“). Ähnlich auch NZZ vom 7. Juli 1961 („Kontroversen um die deutsche Außenpolitik“).

geworden sei. Eine Aussage darüber erlaube ich mir nicht zu machen. Ich habe zwar auch, wie jeder andere, so meine Anschauungen und meine Gefühle. Es ist aber nicht Sache des Bundestagspräsidenten, Motivforschung zu treiben.

Ich stehe hier vor folgender Situation: Der Bundestagspräsident hat eine Feststellung getroffen, die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in diesem Augenblick ausdrücklich bestätigt worden ist. Er folgt damit der Übung des Hauses, nach der der Präsident lediglich feststellt, was ist. Ob das zu Recht so ist, ob dem Glauben zu schenken ist, ob das eine Täuschung ist, muß er dahingestellt sein lassen, dazu hat er kein Wort zu sagen. Der Bundestagspräsident hat lediglich eine Feststellung aufgenommen, die die Bundestagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getroffen und die sie im Plenum noch ausdrücklich bestätigt hat und von der sie meines Wissens in der Zwischenzeit auch nicht abgerückt ist.

Ich habe nämlich die Herren gefragt, ob sie denn die Verträge – ich dachte keineswegs nur an die NATO-Verträge, ich dachte dabei vor allem an die Verträge seit dem Generalvertrag mit seinem Art. 7 bis zu den NATO-Verträgen – einschließlich der NATO-Verträge auf das Pünktlichste zu halten gesonnen seien und ob ich eine solche Erklärung abgeben könne. Darauf hat die SPD durch ihren bevollmächtigten Vertreter erklärt: „Jawohl, diese Erklärung können Sie für uns jedenfalls abgeben.“

Adenauer: Gott segne Ihren Glauben! Das ist eine Naivität, Herr Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, jetzt muß ich doch sagen, so geht das nicht! Der Bundestagspräsident hat Erklärungen der Fraktionen, die diese abgeben, zur Kenntnis zu nehmen, ohne daß er dabei erklärt: Das glaube ich nicht!

Adenauer: Das hat er eben nicht. Das Recht bestreite ich Ihnen.

Gerstenmaier: Der Bundestagspräsident ist nicht der Vertreter einer Fraktion. Er vereidigt Sie, Herr Bundeskanzler. Ich würde es mit meinem Diensteid nicht für vereinbar halten, in dieser Weise eine Feststellung zu ignorieren, die ein Teil des Hauses abgibt. Ob Sie mich deshalb für einen Tor oder einen leichtgläubigen Menschen halten, lasse ich dahingestellt. Der Bundestagspräsident hat zu tun, was seines Amtes ist, und er darf sich nicht einfallen lassen, Motivforschung zu treiben. Wenn die Fraktionen eine Erklärung abgeben, muß er sie zur Kenntnis nehmen. Weiter ist in dieser Sache von mir überhaupt nichts geschehen.

Der Begriff des Friedensvertrages! Woher er kommt und wieso er in diese Erklärung hineingekommen ist, habe ich Ihnen anhand des Wortprotokolles des gesamtdeutschen Ausschusses vor Augen geführt.

Noch ein Wort zu dem Status! Ich bin mir darüber im klaren, daß dieses Wort da und dort Unlustgefühle auslösen kann und auslösen konnte. Die SPD hat in der Tat früher von einem militärischen Status gesprochen. Worum geht es hier? Am 1. Juli hat der britische Premierminister Macmillan eine Rede gehalten, in der er erklärte: „Wir im Westen waren stets gewillt, über die Zukunft Deutschlands, von dem Berlin selbstverständlich ein Teil ist, zu sprechen.“³⁶ Dieser Satz wird auch

36 In Bowood. Auszüge in MACMILLAN S. 396.

von der „Stuttgarter Zeitung“ bestätigt.³⁷ Zwei Tage später erklärte der englische Außenminister^{37a}, er hoffe, daß es möglich sein werde, in Ruhe über die Zukunft Deutschlands zu sprechen.

Ich bin der Meinung, daß es ein legitimes Recht des ganzen deutschen Volkes ist, daß die vier Mächte über die Zukunft Deutschlands nicht sprechen, ohne daß Deutschland in einer angemessenen Weise dabei zugegen ist und dabei beteiligt ist, damit es nicht erst mit dem Ergebnis einer solchen Besprechung konfrontiert wird; es muß vielmehr in jedem Stadium der Verhandlung zugegen sein. Ich sehe nicht, wie man es machen kann, wenn man das, was den vier Mächten zukommt, nämlich die Verhandlungen über das Verfahren zu einem Friedensvertrag, gleichzeitig mit der Erörterung des zukünftigen Status verbindet und wenn man das den vier Mächten allein überläßt. Infolgedessen bin ich der Meinung, daß diese Frage des zukünftigen Status auf jeden Fall an einen Tisch gehört, an dem wir Deutsche mit dabei sein müssen. Wenn man trennen muß zwischen diesen Verhandlungen und den Verfahrensverhandlungen, die überhaupt erst an diesen Tisch führen sollen, dann sehe ich schlechterdings nicht, wie man diese Frage des zukünftigen militärischen und politischen Status unter deutscher Beteiligung anders placieren soll als in einer solchen Modalität, wie ich sie vorgeführt habe.

Im übrigen erlaubt sich der Bundestagspräsident selbstverständlich kein einziges inhaltliches Wort über den Status. Wenn Sie wissen wollen, was ich persönlich dazu meine, dann können Sie das feststellen, indem Sie die Thesen nachlesen, die ich in meinen Reden seit zwölf Jahren vertrete und vor wenigen Tagen in Köln noch einmal wiederholt habe.³⁸ Die These, die ich unablässig gegen Gollwitzer³⁹ und andere Leute vertrete, geht dahin, daß Freiheit, Frieden und Einheit die Rangordnung der Werte sei, an der die deutsche Politik unabwiegend orientiert werden müsse.

Was wird mir hier unterstellt? Daß ich die Geschäfte der Sozis mache, das hat Herr Guttenberg jetzt in München gesagt. Er hat die Unverschämtheit gehabt zu sagen, daß ich die Regierungserklärung der Sozialdemokraten abgegeben hätte. Herr Wenger hat erklärt⁴⁰, daß ich die Bundesrepublik sozusagen sturmreif machen wolle, damit sie sich einem Friedensdiktat von Chruschtschow unterwerfe. Der Herr Außenminister hat die „Neue Zürcher“ in einer – ich kann nur sagen – fatalen, bedauerlichen Weise zitiert und etwas daraus gelesen, was die „Neue Zürcher“ nicht gesagt hat.

37 „Stuttgarter Zeitung“ vom 3. Juli 1961.

37a Sir Alexander Frederick Douglas-Home (geb. 1903), brit. Politiker (Konservative Partei); 1960–1963 Außenminister, 1963–1964 Premierminister.

38 Möglicherweise die Rede auf dem CDU-Bundesparteitag am 24. April 1961 „Was ist des Deutschen Vaterland?“ (ACDP I-210-075/1).

39 D. Dr. Helmut Gollwitzer (1908–1993), Professor für evangelische Theologie; 1957–1975 FU Berlin. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 345 Anm. 29.

40 „Rheinischer Merkur“ vom 7. Juli 1961: „Ein Präsidentencoup“; darin: „... Preisrätsel: Wer will Adenauer die Unterschrift unter das aufladen, was Chruschtschow den ‚deutschen Friedensvertrag‘ nennt?“

Status ist hier ein *Terminus technicus*, der nichts anderes meint – ob Sie nachher Stachelbeeren, Himbeeren, Äpfel oder Birnen sagen – (*Adenauer*: Das ist doch zu dumm!) Ich lasse mich nicht in dieser Weise ...

Adenauer: Sie haben gesagt, Herr Guttenberg habe die Unverschämtheit begangen ... Das ist ein Wort, das nicht hierher gehört.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, jetzt will ich mal was sagen. Ich bin hierhergekommen in der Entschlossenheit, mich in christlicher Demut zu behüten. (*Zuruf*: Christliche Klugheit ist auch eine Tugend!) Aber vor allem Tapferkeit!

Herr Guttenberg hat gesagt, Brandt hätte sich nicht so geäußert, wenn Präsident Gerstenmaier nicht vorher eine Regierungserklärung für die SPD abgegeben hätte. Das finden Sie nicht eine schamlose Beleidigung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU? Wenn Sie davon nicht abrücken ...

Adenauer: Beleidigung ist etwas anderes als Unverschämtheit.

Gerstenmaier: Glauben Sie jedenfalls nicht, daß mit mir ein einziger Mensch in dieser Weise umspringen kann. Ich halte das für eine Unverschämtheit ersten Ranges. Ich will in diesem Stadium nicht von den Rechten Gebrauch machen, die mir zustehen. Ich sehe in diesen Äußerungen eine ganz schamlose Verleumdung. Guttenberg hat gesagt: Der Mann ist außenpolitisch völlig untragbar, der muß fallen. Das können Sie inzwischen in der „Times“ nachlesen.⁴¹ So macht man die CDU stark, so macht man's richtig!

Was heißt Status? Es gibt einige denkwürdige Äußerungen des Bundestages bzw. der Bundesregierung, die dazu etwas sagen. Ich meine, daß der Status, der uns verpflichtet, jedenfalls solange der Generalvertrag mit seinem Art. 7 in Kraft ist, der ist: „eine Verfassung für Gesamtdeutschland“ – ich zitiere jetzt den Art. 7 Abs. 2 – „ähnlich wie die Bundesrepublik sie besitzt, für ein wiedervereinigtes Deutschland, das in die europäische Gemeinschaft integriert ist“.

In der Entschließung der CDU/CSU, der ich allerdings nicht zu folgen vermag, Herr Bundeskanzler, vom 25. März 1958⁴² wird der Friedensvertrag, wenn auch das Wort nicht erwähnt wird, zitiert. Es heißt da: „Das ganze deutsche Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze erwartet, daß auf der kommenden Gipfelkonferenz die deutsche Frage erörtert und einer Lösung nähergebracht wird.“ Sie erinnern sich, daß die Russen sich damals halsstarrig sträubten, die Deutschlandfrage zu erörtern. Deshalb habe ich dort vorgeschlagen, dann solle man doch „Friedensvertrag“ daraufschreiben. Das war ein Vorschlag zur Methode. Die CDU-Fraktion hat damals beschlossen zu erklären, „daß auf der kommenden Gipfelkonferenz die deutsche Frage erörtert und einer Lösung nähergebracht wird“. Es heißt dann weiter: „Der Bundestag ersucht die Bundesregierung, sich dafür mit allen Kräften einzusetzen.“ Zum Schluß, Herr Kollege Barzel, heißt es: „Der Bundestag bekräftigt seine Überzeugung,

41 „The Times“ vom 7. Juli 1961: „Bundestag President's speech embarrasses Dr. Adenauer. Bipartisan policy unwelcome in election year“.

42 Sten.Ber. 3. WP Bd. 40 S. 1169 Anlage 10/Umdruck 41.

daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit einer europäischen Sicherheitsordnung die dringendste Aufgabe der deutschen Politik ist.“

Meine Damen und Herren, wenn das nicht eine inhaltliche Beschreibung, mindestens eine intentionale Beschreibung dessen ist, was man Status heißt, dann weiß ich es nicht. Mindestens diese intentionale Beschreibung eines gesamtdeutschen Status halte ich heute nicht mehr für haltbar. Ich glaube nicht, daß die europäische Sicherheitsordnung das alleinige Anliegen ist. Ich halte die atlantische Gemeinschaft für nötiger.

Ich habe mir auch nicht erlaubt, in dieser Erklärung zu sagen, was Macmillan oder einige andere ausgeführt haben, daß über die Zukunft Deutschlands die vier Mächte zu verhandeln hätten. Ich habe auch nicht vom europäischen Sicherheitssystem gesprochen, wie ich das unter Berufung auf diese Entschliebung des Bundestages hätte tun können. Ich habe mich darauf beschränkt zu sagen, daß über den militärischen und politischen Status Klarheit geschaffen werden soll. Ich meine damit, daß ein Friedensvertrag – ich meine das auch heute noch – in der Tat einem wiedervereinigten Deutschland eine maximale Klarheit geben müßte vor dem russischen Ultimatum, daß er ihm vor allem eines garantieren müßte: Die Integrationsfreiheit. Das zu sagen, wäre eine inhaltliche Aussage gewesen, die dem Bundestagspräsidenten in keiner Weise zusteht.

Der Herr Bundeskanzler hat in Zweifel gezogen, ob der Bundestagspräsident überhaupt berechtigt war, in dieser Weise zu votieren. Der Deutsche Bundestag hat am 1. Oktober 1958 in Berlin einstimmig eine Entschliebung angenommen⁴³, in der es heißt: „Der Deutsche Bundestag erklärt seine Bereitschaft, jede Verhandlung zu unterstützen, die die Wege zu einem solchen Willensentscheid des deutschen Volkes, sobald eine Vereinbarung der vier Mächte diese Möglichkeit erschlossen hat, ebnet.“ Ich behaupte, daß das exakt das ist, was ich in meiner Rede als das Verfahren bezeichnet habe, über das sich die vier Mächte einigen müßten. „Jede Verhandlung zu unterstützen, ... sobald sich die vier Mächte über das Verfahren geeinigt haben.“ Was habe ich eigentlich getan, als die Sätze, die Intention dieser Entschliebung hier aufzunehmen, allerdings in einer Sprache und Form, die versuchte, genau dem Rezept des gesamtdeutschen Ausschusses und des Vertreters der Bundesregierung gerecht zu werden: „... unsere Gedanken um den Friedensvertrag stärker von der positiven Seite offensiv herausstellen“. Ich finde, daß das im übrigen auch ganz gut gelungen ist.

Ich will nichts mehr zu meiner eigenen Linie sagen. Ich frage mich, was jetzt geschehen kann. Da muß ich sagen, ich bedaure, daß sich einige Herren haben provozieren lassen. Selbstverständlich habe ich weder Einfluß darauf, noch sitze ich im Rat der Götter oder der SPD. Schließlich muß man damit rechnen, daß in Wahlzeiten – wie wir das auch tun – die SPD versucht, überall Wasser auf ihre Mühlen zu bekommen. Die SPD hat es für richtig gehalten, in einer für den Bundestagspräsidenten – wenn ich bedenke, daß ich eine kleine, bescheidene, politisch

43 Sten.Ber. 3. WP Bd. 42 S. 2424–2428.

eigene Existenz führe – nicht gerade sehr bequemen Weise aus dieser Sache Kapital zu schlagen. Die eigene Partei hat in einigen führenden Köpfen versucht, dann entsprechend dagegen Stellung zu nehmen. Ich kann weder das eine noch das andere verhindern.

Ich sage nichts dazu, daß der Bundeskanzler es für richtig gehalten hat, im Blick auf die SPD am Samstag vor acht Tagen in Frankfurt eine eingrenzende Bemerkung zu machen. Ich finde diese Bemerkung, man solle nicht zu extensiv auslegen, noch zurückhaltend. Ich hätte vielleicht noch etwas mehr gesagt. Ich hätte vielleicht auf der Linie geantwortet, auf der sich der Bundesinnenminister geäußert hat. Der Herr Innenminister hat vollkommen richtig erfaßt, daß inhaltliche Aussagen nur an zwei Punkten gemacht worden seien und daß ein Friedensvertrag die materielle und die formelle rechtliche Bereinigung der aus dem Krieg resultierenden Streitfragen bringen müsse, einschließlich der Reichsgrenzen.

Man kann natürlich auch das fallenlassen. Dann stehen wir da mit unserem Appell an das Selbstbestimmungsrecht. Da frage ich mich, ob es sehr eindrucksvoll ist im Westen, wo wir doch immerhin mit kritischen Ohren zu rechnen haben, und in der non comitted world, die allmählich in der UNO einen ganz schönen Block darstellt, wenn wir nur mit dem Selbstbestimmungsrecht in der alten Form kommen: Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Wir stehen heute noch uneingeschränkt zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Ich bin heute noch der Meinung – obwohl ich es nicht für richtig und sehr klug halten würde, das in diesem Zusammenhang zu sagen –, daß die Auffassung des Herrn Außenministers, freie Wahlen zuerst, von meiner Erklärung gedeckt wird. Wenn die vier Mächte in ihren Verfahrenserörterungen übereinkommen, mit den freien Wahlen zu beginnen, dann können wir das nur von ganzem Herzen begrüßen.

Die Situation, die der gesamtdeutsche Ausschuß nach meiner Überzeugung richtig erfaßt hat, ist im Augenblick die, daß wir seit einigen Jahren – ich will nicht sagen, mit dem Rücken an der Wand stehen – vor der Tatsache stehen, daß Rußland unablässig auf die Welt eintrommelt mit dem Verlangen einer Vorleistung des Westens, mindestens der Deutschen, die Teilung Deutschlands zu akzeptieren. Was Sie auch immer gegen Wehner sagen wollen, in dieser Rede vor dem gesamtdeutschen Ausschuß hat er gesagt, daß die Hauptaufgabe in diesem Augenblick sei, das Unberechtigte dieses Vorleistungsverlangens der Russen vor der ganzen Welt madig zu machen. Damit hat er recht. Ich sehe nicht ein, warum unseren Leuten ein Vorwurf gemacht werden soll, daß sie dem zugestimmt haben.

Wenn das so ist, wenn wir uns dem mit Aussicht auf Erfolg stellen wollen, dann hat es keinen Zweck, wenn wir den Eindruck erwecken, als ob diesem russischen Vorleistungsverlangen unsererseits ein Vorleistungsverlangen entgegengesetzt werden soll, das die Russen zur Kapitulation zwingt. Um diese Sache heranzukommen, das war das Schwierige bei der Abfassung der Erklärung. Ich habe es getan, so gut ich es konnte. Kritik ist immer berechtigt. Man kann immer noch etwas dazulernen.

Nur sind in dieser Diskussion Töne gefallen, die mir nicht gefallen, Töne – wenigstens bei einigen innerhalb der Parteiführung –, von denen ich mich ernsthaft frage: Cui bono? Auf jeden Fall, was Sie auch immer tun und immer sagen, möchte ich dringend bitten, mich nicht als eine Art Überläufer oder als einen Mann anzusehen, der eigentlich schon immer suspekt war. Wenn ich so etwas höre, dann betrachte ich das – ich sage es noch einmal – als eine infame Verleumdung. Ich werde daraus entsprechende Konsequenzen ziehen.

Adenauer: Zwischen Herrn von Brentano und mir hat heute morgen vor Beginn dieser Besprechung zu diesem Zweck eine Unterredung stattgefunden. Wir waren dabei übereinstimmend der Auffassung, diese Sache hier nicht zu einem Scherbengericht über Herrn Gerstenmaier werden zu lassen, sondern möglichst über seine Extratouren hinwegzugehen und dafür zu sorgen, daß die Propaganda der Partei im Wahlkampf jetzt die gleiche Richtung und die gleiche Festigkeit bekommt. Das war der Zweck unserer Zusammenkunft hier. Darum habe ich mich auch entschlossen, Sie so kurzfristig hierher zu bitten. Ich habe nämlich aus verschiedenen Bundesländern gehört, daß dort infolge der Vorgänge im Bundestag eine Verwirrung über unsere außenpolitische Haltung eingetreten sei.

Ich bedaure die Rede von Herrn Gerstenmaier, die er soeben gehalten hat, von Herzen, weil er mich dadurch zwingt, Ihnen die ganzen Tatsachen zu unterbreiten, die eine Rolle gespielt haben.

Ich glaube, daß nicht alle von Ihnen um die Anfrage der FDP wissen. Die FDP hat eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt. Ich habe sie übrigens erst flüchtig gelesen; ich denke, daß wir sie ebenso flüchtig beantworten. Das geht die FDP überhaupt nichts an. Das Wesentliche dieser Anfrage ist, ob die CDU/CSU hinter der Erklärung des Bundestagspräsidenten stehe, die er am Schluß der Sitzung abgegeben habe. Ich sage jetzt schon, daß es für mich darauf nur eine Antwort gibt: Nein! Weiter sage ich nichts als: Nein.

Nun hat die ganze Frage durch die Ausführungen des Herrn Kollegen Gerstenmaier ein Licht bekommen; das mich geradezu zwingt, noch einige Worte zur Berichtigung zu sagen.

Ich habe Herrn Gerstenmaier einen kurzen Brief geschrieben.⁴⁴ In diesem Brief habe ich ausgeführt, daß sein Verfahren gegen die Verfassung verstoße, daß die Bundesregierung das Recht habe, ehe Entschließungen gefaßt oder bekanntgegeben werden, dazu zu sprechen. Diese Möglichkeit haben wir nicht erhalten. Wir sind von den wesentlichen Teilen der Erklärung des Herrn Bundestagspräsidenten im Bundestag vollkommen überrascht gewesen. Der Herr Bundestagspräsident schloß, nachdem er diese Erklärung abgegeben hatte, mit den Worten: „Die Sitzung ist geschlossen.“ Ich habe den Herrn Bundestagspräsidenten, als wir dieser Tage darüber gesprochen haben, gefragt: Wissen Sie eigentlich, daß der Bundeskanzler das Recht hat nach der

44 Vom 8. Juli 1961 (ACDP I-210-017/1).

Verfassung, zu fordern, daß der Bundestag einberufen wird? Der Bundestagspräsident weiß ferner, daß die Vertreter der Bundesregierung jederzeit das Wort bekommen müssen.

Was ist hier geschehen, meine verehrten Damen und Herren? Die Presse hatte die Rede. Darauf bekamen wir sie auch, und zwar während der Sitzung an dem Freitag. Die Rede hat der Bundestagspräsident, wie er am Donnerstag nachmittag Herrn Krone und mir gesagt hat, am Donnerstag vormittag fertiggestellt. Ich hatte gebeten, den Bundestagspräsidenten sprechen zu können, weil ich hören wollte, ob er und was er eventuell zu der Depesche sagen wollte, die Ulbricht an den Bundestagspräsidenten und gleichlautend an mich gerichtet hat. Wir waren also zusammen bei Herrn Krone.

Daß ausgerechnet eine Äußerung von mir, die bei dieser Gelegenheit gefallen sei, ihm den Anlaß gegeben hätte, seine Rede in der Richtung umzuarbeiten, das ist wirklich schwer glaubhaft, und zwar einmal, weil die Rede perfekt vorlag.

Gerstenmaier: Das ist gar nicht wahr!

Adenauer: Sie haben die Rede dagehabt, und Sie haben gesagt, Sie hätten sie an dem Morgen von 8 bis 11 Uhr gemacht.

Gerstenmaier: Das ist gar nicht wahr!

Adenauer: Ich war nicht allein mit Ihnen; es haben das auch andere gehört.

Ich habe dann gefragt: „Beabsichtigen Sie, auf diese Depesche Ulbrichts einzugehen?“ Darauf hat er mir erklärt: „Das beabsichtige ich nicht. Ich habe mit Politik nichts zu tun. Die Richtlinien der Politik haben Sie zu bestimmen, und daran halte ich mich.“ Das hat er bei der Besprechung ausdrücklich gesagt.

Er hat dann Dr. Krone und mir – Herr Höcherl kam noch dazu – einige Sätze, völlig aus dem Zusammenhang genommen, vorgelesen. Wir beide haben gesagt: „Das sind gute und klangvolle Sätze.“ Er hat uns nichts gesagt von Wehner, er hat uns nichts gesagt von Gradl, und er hat uns auch nichts von den Ergebnissen gesagt, zu denen er in seiner Rede kommt. Das wäre doch der Augenblick gewesen – am späten Nachmittag des Donnerstag –, um sowohl dem Vorsitzenden der Fraktion wie mir, dem Bundeskanzler, etwas darüber zu sagen. Das hat er nicht getan. Das möchte ich sehr nachdrücklich hier feststellen.

Ich bleibe dabei, Herr Bundestagspräsident, nach meiner Meinung haben Sie das Grundgesetz in dieser Sache nicht beachtet.

Gerstenmaier: Diese Sache werden Sie zurücknehmen!

Adenauer: Die werde ich niemals zurücknehmen!

Gerstenmaier: Ich werde den Bundestag einberufen! Dann werden Sie noch etwas hören! Ehe ich mir hier Verfassungsbruch vorwerfen lasse! Ich lasse an diesem Punkt nicht rütteln! Das werden wir sehen!

Adenauer: Der gesamtdeutsche Ausschuß unter Führung des Herrn Wehner ist also die maßgebende Quelle für den Herrn Bundestagspräsidenten gewesen. Es scheint ihm gar nicht der Gedanke gekommen zu sein, daß doch der Auswärtige Ausschuß, der Bundesaußenminister und letztlich der Bundeskanzler diejenigen Quellen sind, die hier maßgebend sein müssen. Wo kommen wir hin, wenn jemand, der an so prononciert

Stelle steht wie der Bundestagspräsident, in den gesamtdeutschen Ausschuß geht und sich dort legitimieren läßt!

Ein Zweites! Der Herr Bundesminister Lemmer hat im Kabinett⁴⁵ ausdrücklich bestritten, daß er Ausführungen von Ihnen zugestimmt habe. Er hat ausdrücklich erklärt: Auf Ihre Frage, ob in der Abschlußrede etwas von Berlin gesagt werden solle, habe er geantwortet: „Es ist gut, wenn Sie in Ihrer Abschlußrede einen Gruß des Bundestages an Berlin richten.“ Das hat Herr Lemmer im Kabinett ausdrücklich gesagt. Herr Lemmer hat in keiner Weise – auch das möchte ich hier betonen – auch nur anklingen lassen, daß nach seiner Auffassung der gesamtdeutsche Ausschuß der für diese so hochpolitischen Fragen zuständige Ausschuß sei.

Dann ist es interessant, daß in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 21. Juni in einem Artikel – Herr Wehner wird als Quelle für diesen Artikel zitiert – alles das drinsteht, was wir später bei Schluß des Bundestages in der Erklärung des Herrn Bundestagspräsidenten zu hören bekamen.

Der Ältestenrat, auf den sich der Herr Bundestagspräsident bezieht, hat – meine Damen und Herren, die Sie nicht im Parlament sind – nicht einmal das Recht, durch Abstimmungen etwas festzulegen. (Zuruf: Sehr richtig!) Wie der Herr Bundestagspräsident dazu kommt, sich vom Ältestenausschuß hier legitimieren zu lassen, das ist mir restlos unverständlich. Herr Bundestagspräsident, Herr Krone und ich waren am Donnerstag am späten Nachmittag mit Ihnen zusammen. Sie haben uns von alledem nichts gesagt. Jetzt leiten Sie Ihre Legitimation aus Besprechungen im gesamtdeutschen Ausschuß und aus Besprechungen im Ältestenausschuß her. Meine Damen und Herren, ich überlasse es Ihnen, daraus Folgerungen zu ziehen. Ich brauche die Folgerungen gar nicht auszusprechen.

Nun zu dem, was Herr Rasner über das *plein pouvoir* gesagt hat! Ich nehme an, daß dazu der Kollege Krone noch etwas zu sagen hat. Solange Herr Rasner mir gegenüber das nicht bestätigt hat, möchte ich bei der Vorsicht, die Herr Rasner doch immer befolgt, glauben, daß sich der Herr Bundestagspräsident dabei wohl verhält hat.

Nun hat Herr Kollege Gerstenmaier gesagt, ich hätte ausgeführt – wahrscheinlich werde ich das auch getan haben, das entspricht meiner Meinung –, man müßte eine Panik vermeiden, aber man müßte die Bevölkerung über den Ernst der Lage aufklären. Das habe ich aber nicht gesagt, damit der Herr Bundestagspräsident das in seiner Schlußansprache besorge. Daran habe ich nicht im Traum gedacht. Das war bei einer allgemeinen Besprechung zwischen ihm, Herrn Kollegen Krone, Herrn Höcherl und mir über die ganze Situation. Daß ausgerechnet er darauf kam, aufgrund meines Ausspruchs zu diesen Feststellungen zu kommen, überrascht mich ganz außerordentlich.

45 Vermutlich am 21. Juni 1961.

Die europäische Sicherheitsordnung ist doch etwas völlig anderes als ein Status der Bundesrepublik oder Deutschlands. Jedes politische Kind weiß doch, daß der Status der Bundesrepublik in den zwölf Jahren der Auseinandersetzung, die wir hinter uns haben, eine Einschränkung der Souveränität der Deutschen bedeutete, während eine europäische Sicherheitsordnung ein Vertragssystem oder etwas Ähnliches darstellen soll, dem alle europäischen Länder einschließlich des europäischen Teils von Sowjetrußland sich unterwerfen. Bei einer europäischen Sicherheitsordnung würden wir genau im selben völkerrechtlichen Status sein wie alle anderen europäischen Länder. Aber bei einem Status, der unsere militärische Situation festlegt, sind wir auf dem Status wie Österreich; das allerdings werden wir nach meiner Auffassung niemals akzeptieren.

Ich komme zurück zum Ausgangspunkt, den ich Ihnen eben dargelegt habe. Herr Dr. Krone hat sich zu Wort gemeldet und Herr von Brentano. Vielleicht wird auch noch der eine oder andere sich zu dieser ganzen Sache zu Wort melden.

Tatsache, meine Freunde, ist – das ist mir von Herrn Dufhues und Herrn Johnen bestätigt worden, die neulich bei mir waren⁴⁶ –, daß sich eine Unruhe, eine Beunruhigung und eine Unklarheit infolge dieser Schlußerklärung in unserer Wählerschaft zeigt, und die muß beseitigt werden.

Der Herr Bundestagspräsident fühlt sich verpflichtet, wenn Herr Wehner für die sozialdemokratische Fraktion etwas sagt, und er wertet das nicht etwa als einen Ausspruch des Herrn Wehner. Das hat er nämlich nicht gesagt; er hat nicht gesagt: Der Herr Wehner hat mir gesagt, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit sei, alle Verpflichtungen aus NATO zu erfüllen. Er hat etwas anderes gesagt. Ich war gar nicht gefaßt darauf, daß wir so auf die Einzelheiten eingingen. Deshalb habe ich den Text nicht hier. Nach meiner Erinnerung hat er gesagt – die Erinnerung ist klar und sicher, ich war nämlich in dieser Parlamentssitzung, als ich das hörte, geradezu wie vor den Kopf geschlagen, weil ich an unsere Wahlen dachte und mir sagte, was soll das bedeuten, wenn von so autoritativer Stelle so etwas erklärt wird –, daß alle Parteien in diesem Saale entschlossen seien, die Verpflichtungen gegenüber NATO zu erfüllen. Es hat mir wirklich einen Schock gegeben, daß vom Sessel des Bundestagspräsidenten aus so etwas erklärt wurde.

Sie haben ja nachher die Artikel gelesen, die daraufhin in der „Welt“ gestanden haben „Endlich ist der Bogen geschlagen – die Sozialdemokratie tut jetzt mit“. Sie haben ja auch die Artikel in anderen maßgebenden Zeitungen wie z.B. der „Frankfurter Allgemeinen“ gelesen. Darin müssen auch Sie, meine Damen und Herren, eine wirkliche Gefährdung für unsere Wahl sehen.⁴⁷ Um die beiseite zu schaffen, sind wir jetzt hier zusammengekommen.

⁴⁶ Wahrscheinlich am 6. Juli 1961 (TERMINKALENDER).

⁴⁷ Vgl. „Die Welt“ vom 1. Juli 1961 („Ein Manifest; SPD stellt sich hinter Gerstenmaier“); „Die Welt“ vom 5. Juli 1961 („Ein Stück Gemeinsamkeit“); FAZ vom 1. Juli 1961 („Stimme der Nation“); FAZ vom 6. Juli 1961 („Brandt gegen Zensur und für Bundestagspräsidenten“). – Weitere Pressestimmen zur Rede vom 30. Juni 1961 in ACDP I-210-075/1.

Noch ein Wort zu Herrn Luchsinger! Herr Luchsinger hat viel schärfer schreiben wollen. Er ist von uns davon abgehalten worden, so scharf zu schreiben. Er hat schreiben wollen, daß Sie für ein neutralisiertes Deutschland einträten; das könne man daraus ersehen.

Gerstenmaier: Dann hätte er gelogen. Das wäre gegen alles Recht und gegen alle Wahrheit geschrieben gewesen. Unerhört so etwas!

Adenauer: Darum handelt es sich ja nicht. Ich sage nur: Wir haben Herrn Luchsinger davon abgehalten.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, ich warne Sie. Ich lasse mich so nicht behandeln.

Adenauer: Ich weiß gar nicht, was mit Ihnen los ist.

Gerstenmaier: Ich weiß es sehr genau. Glauben Sie doch nicht, daß Sie ...

Adenauer: Sie haben Luchsinger angegriffen, darauf habe ich gesagt ...

Gerstenmaier: Das habe ich nicht getan. Es ist gar nicht wahr, daß ich das getan habe. Kein Wort davon ist wahr.

Krone: Ich habe mich sehr bei Luchsinger eingesetzt, daß er ordentlich geschrieben hat.

Gerstenmaier: Das ist doch seine Pflicht!

Adenauer: Wir alle haben uns bei Luchsinger dafür eingesetzt, damit er das, was er ursprünglich schreiben wollte, nicht geschrieben hat, weil uns daran liegt, diese ganze Sache im Interesse unserer Partei möglichst geräuschlos und intern zu erledigen. Es scheint allerdings, daß die Ausführungen des Herrn Kollegen Gerstenmaier die Sache ungemein erschweren.

Krone: Meine Damen und Herren, Sie können sich vielleicht ein Bild machen, was in den letzten Tagen hier in Bonn los war. Meine Ausführungen von vorhin dienten dazu zu erreichen, daß wir am Ende unserer Vorstandssitzung wieder einen gemeinsamen Weg für die Wahl gefunden haben. Auch das, was ich jetzt sage, dient diesem Ziel.

Wir standen vor der Frage: Was soll der Bundestagspräsident am Schluß der vier Jahre sagen? Er soll einen Bericht geben und ferner den Willen des Bundestages dokumentarisch zum Ausdruck bringen, daß wir für Berlin stehen gegen die Drohungen von Moskau. Ganz in dem Sinne hat mich auch Herr Gradl informiert, als er mich fragte, und nicht eine Nuance mehr. Das wäre richtig und ordentlich gewesen und hätte auch dem Ganzen gedient.

Die Rede, Herr Kollege Gerstenmaier, die Sie gehalten haben, geht darüber hinaus. Sie können sich darauf berufen, daß im gesamtdeutschen Ausschuß – das wußte ich nicht – von den Mitgliedern und, wie Sie sagen, vom gesamtdeutschen Minister der Friedensvertrag als Forderung herausgestellt worden ist. Ich habe soeben dem Herrn Bundeskanzler schon gesagt, daß diese Forderung hinsichtlich des Friedensvertrages auch in anderen Köpfen unserer Fraktion eine Rolle gespielt hat. Wir sollten uns künftig rechtzeitig zusammensetzen. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Das ist hier nicht genügend geschehen. Ich bekenne mich da selber schuldig.

Aber, Herr Kollege Gerstenmaier, ich hatte Sie gebeten, daß zwischen Ihnen und – weil Herr von Brentano nicht da war – dem Staatssekretär⁴⁸ ein Gespräch darüber stattfinde.

Von Brentano: Ich war bis Mittwoch mittag da!

Krone: Das Gespräch ist nicht zustande gekommen; das bedaure ich. Ich mußte annehmen: Wenn die beiden Stellen, Auswärtiges Amt und Bundestagspräsident, sich unterhalten, kommt die Erklärung richtig raus.

Herr Kollege Gerstenmaier, das mit den drei Punkten, was Sie angeführt haben, ist in dem Beschluß des gesamtdeutschen Ausschusses auch nicht enthalten. Die drei Punkte über den Status und über das, was der Friedensvertrag inhaltlich bedeuten soll, und – was ich sehr begrüße – die starke Betonung des Punktes drei war nicht besprochen worden.

Kaum war die Rede vorbei, kam Herr Luchsinger an und sagte: Was geht da vor? Wenn der Bundeskanzler sagte, er habe sich wirklich einschalten müssen, so kann ich das von mir aus nur bestätigen. Ich habe Herrn Luchsinger sofort sagen lassen, daß er, wenn er die Rede des Kollegen Gerstenmaier so interpretiere, wie er es vorhatte, sie falsch interpretiere. Ich wollte vermeiden, daß in der „Neuen Zürcher“ etwas Derartiges stand. Das haben wir erreicht. Dadurch kam diese Meldung zustande, die Sie vorgelesen haben, daß diese Rede vielleicht Anlaß gebe – nicht bewußt und gewollt –, daß solche Überlegungen wieder angestellt würden.

Lieber Freund Gerstenmaier, das eine möchte ich noch sagen: Als Sie dem Bundeskanzler, Herrn Höcherl und mir den Inhalt dieser Rede vortrugen, da war meines Wissens von diesen drei Punkten nicht die Rede. Das hätten Sie uns sagen müssen; da wäre es noch früh genug gewesen, diese drei Punkte mit Ihnen zu besprechen, und Sie wären sicher der Meinung gewesen, lassen wir sie raus.

Ich fühle mich verpflichtet, das auszusprechen, weil Sie mir gesagt haben, Sie hätten uns das gesagt. Ich bin mir nicht bewußt, daß das geschehen ist. Ich kann nur sagen, hätten wir das so verstanden, wie es uns dann in den Punkten zwei und drei von Ihnen gesagt worden ist, dann hätten wir Ihnen bestimmt widersprochen. Denn die Erörterung der Statusfrage liegt heute m.E. völlig daneben.

Das Letzte! Ich glaube, Sie sind doch mit uns der Meinung, daß eine Rede, wie Sie sie vor ein paar Tagen gehalten haben, nicht in die Atmosphäre paßt, die wir heute vom Westen aus wünschen. In eine Zeit, wo wir uns auf die Abwehr des russischen Vorstoßes gegen Berlin vorbereiten, paßt eine solche Erörterung einfach nicht. Solche Überlegungen sind vielleicht später möglich. Jene Kräfte, die bei uns und drüben die Neutralisierung wollen, haben durch Ihre Rede Auftrieb bekommen. Ich halte das für einen Mißbrauch Ihrer Rede. Aber das Bild, das wir von unserer Fraktion aus bieten müßten und m.E. immer noch bieten, wird gestört werden. Subjektiv mögen Sie meinen, Sie hätten recht gehandelt. Subjektiv können Sie darauf hinweisen, daß das auch in früheren Erklärungen der Fraktion gesagt worden ist und daß das, was von

48 Dr. Karl Carstens (vgl. Anm. 20), seit Juli 1961 ständiger Vertreter des Bundesaußenministers.

anderen Parteien herausgelesen werde, böswillig sei. Ich glaube, Sie müssen heute mit uns einer Meinung sein, daß das, was da gesagt worden ist, nicht richtig ist. Ich würde Sie geradezu bitten, daß Sie sich von dem, was andere aus Ihrer Rede rauslesen wollen, öffentlich distanzieren. Das wäre eine sehr gute Lösung dieser Frage.

Von Brentano: Ich will mich kurz fassen und nur noch etwas zur Berichtigung sagen. Ich glaube, ich habe mich so verhalten, wie man es nur erwarten kann. Das Recht, lieber Herr Gerstenmaier, Ihnen einen Brief zu schreiben, werden Sie mir sicherlich nicht verwehren. In diesem Brief habe ich gesagt – ich wiederhole es –, daß ich der Meinung war und bin: Man kann mit der Bundesregierung nicht so umgehen, daß man eine Erklärung anhört, deren Inhalt man nicht kennt, deren Inhalt man beim Hören nicht billigt und bei der man dann nicht die Möglichkeit hat, eine Antwort zu geben. Ich habe Ihnen sofort gesagt: Sie haben hier gegen die Verfassung gehandelt. (*Zuruf Gerstenmaier.*) Bitte, seien Sie nicht so arg empfindlich. Ich stelle hier fest – Sie können dem nicht widersprechen –, daß hier eine Erklärung abgegeben worden ist und die Bundesregierung nicht das verfassungsmäßige Recht hatte, ein berichtigendes Wort zu sagen.

Ich habe Ihnen meine Bedenken geäußert. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich nicht begreifen kann, wie hier festgestellt werden kann, daß dieses Haus einig sei in der Erfüllung der Verträge. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß Sie nicht Motivforschung zu treiben haben. Ich bin aber nicht der Auffassung, daß der Bundestagspräsident verpflichtet sei, jede Erklärung als ernst zu nehmen und sie in diesem Sinne wiederzugeben. Es hat auch keinen Sinn, daß, wenn in einem Parlament zwölf Kommunisten sitzen und sagen, wir sind treue Anhänger der Verfassung, man sich diese Erklärung zu eigen macht und auf die Motivforschung verzichtet. Ich habe Ihnen meine Bedenken vorgetragen, weil ich glaube, daß eine erhebliche Verwirrung entstehen wird, und sie ist in der Tat entstanden.

Ich habe Ihnen weiter gesagt, daß ich mich zunächst nicht gegen den Gedanken des Friedensvertrages als solchen äußern will. Aber wir bitten und beschwören unsere Alliierten, jede Initiative zunächst sorgfältig mit uns abzustimmen. Wir wehren uns gegen jede isolierte Initiative. Wir werden vorstellig, wenn wir etwas von isolierten Initiativen erfahren. Wir haben die Konsultation jetzt so ausgebaut, daß isolierte Initiativen nicht mehr sichtbar werden. In dem Augenblick, wo Herr Mansfield⁴⁹ – immerhin der Vorsitzende der demokratischen Fraktion im amerikanischen Senat – eine etwas eigenwillige Erklärung abgegeben hat, haben sofort auf Bitten des Auswärtigen Amtes das State Department und die Demokratische Partei erklärt, daß sie damit nichts zu tun haben. Es ist nicht zuletzt auf unsere Initiative

⁴⁹ Michael Joseph Mansfield (geb. 1903), amerikanischer Politiker; 1952–1976 Mitglied des amerikanischen Senats (Demokrat), 1961–1977 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Senats. – Am 14. Juni 1961 schlug Mansfield im Senat vor, ganz Berlin zu einer international geschützten Freien Stadt zu machen (AdG 1961 S. 9160).

zurückzuführen, wenn jetzt Außenminister Dean Rusk⁵⁰ entsprechende Gespräche geführt hat.

Ich habe Ihnen geschrieben: Ich halte es für denkbar unglücklich, wenn hier eine derartige Initiative im Namen des ganzen Deutschen Bundestages vorgetragen wird, von der man annehmen muß, daß sie von der Bundesregierung gedeckt sei. Ich weiß nämlich nicht, ob die Alliierten in diesem Zeitpunkt überhaupt den Wunsch haben, eine solche Initiative zu entwickeln. Wir sollten nicht vorprellen, insbesondere dann, wenn wir unsere Verbündeten immer wieder bitten, nicht im Alleingang zu handeln.

Darf ich das Ihnen nicht sagen? Darf ich nicht sagen, daß ich mit der Formulierung über den Status nicht einverstanden bin? Ich glaube, niemand von uns kann in Anspruch nehmen, mit der Unfehlbarkeit des Papstes *ex cathedra* zu sprechen. Jeder von uns hat das Recht, gegen eine Formulierung, die öffentlich auch in seinem Namen vorgetragen worden ist – ich gehöre auch dem Bundestag an –, etwas zu sagen. Ich habe das nicht in der Öffentlichkeit getan. Ich habe das sorgfältig in einem Brief getan. In dem Brief habe ich meine Überlegungen motiviert. Es ist auch nicht gut, wenn man als Beispiel ein etwas ungenaues, aus dem Zusammenhange herausgerissenes Zitat kritisiert. Ich habe vielleicht ein wenig flüchtig zitiert. Ich habe diese Formulierung zügig niedergeschrieben. Sie wissen ja, wie solch ein Brief entsteht. Ich habe ihn noch am Samstagmorgen diktiert, bevor ich nach Rom geflogen bin⁵¹. Wenn Sie an dieser Formulierung Anstoß nehmen, dann bin ich gerne bereit, das noch präziser zu schreiben. Ich bin nicht so empfindlich.

Mir geht es hier um das Interesse und um die Einheit der Partei. Wir brauchen diese Einheit in den außenpolitischen Fragen. Wenn die Christlich-Demokratische Union es nicht mehr fertigbringt, eine einheitliche Auffassung nach außen vorzutragen, wie soll man annehmen, daß unsere Alliierten begreifen, was wir wollen? (*Beifall.*) Darum geht es, um nichts anderes, lieber Eugen Gerstenmaier. Mir geht es wirklich darum, diese Diskussion dazu zu benutzen, diese Einheit wiederherzustellen. Ist es so schwer, wenn man vielleicht einmal etwas zuviel gesagt hat, das in einer maßvollen Form zu korrigieren?

Ich glaube nicht, daß der Hinweis auf das Wortprotokoll ausreicht. Das Wortprotokoll enthält sieben Seiten von Wehner, zwei Seiten allgemeine Bemerkungen von Lemmer und die Fragestellung, die Sie wiedergegeben haben, von Herrn Gradl, ob der Ausschuß nicht der Meinung sei, daß sich der Vorsitzende mit dem Bundestagspräsidenten in Verbindung setzen solle. Ist das eine hinreichende Legitimation, um im Namen des gesamten Bundestages außenpolitische Erklärungen abzugeben? Verstehen Sie nicht mein Anliegen, wenn ich Sie bitte, daß, bevor solche Erklärungen abgegeben

50 Dean Rusk (geb. 1909), 1952–1960 Präsident der „Rockefeller Foundation“, 1961–1969 amerikanischer Außenminister. – Zu den erwähnten Konsultationen vgl. AdG 1961 S. 9210 und 9227–9230.

51 Tagung der Außenminister der sechs EWG-Staaten am 10. Juli in Rom (AdG 1961 S. 9214).

werden, auch der Bundesaußenminister gefragt wird? Ich habe z.Z. die Verantwortung dafür. Ich werde gefragt und muß draußen unseren Standpunkt vertreten. Machen Sie es mir bitte nicht so schwer. Es geht wirklich um ein gemeinsames Anliegen. Sonst hätte ich Ihnen nicht geschrieben, und sonst säßen wir hier nicht in diesem Kreise zusammen. Es geht nicht darum, die Dinge hochzuspielen oder ein Scherbengericht über Sie abzuhalten. Wir wollen nur zu einer Einheit kommen, die wir in der heutigen außenpolitischen Situation nötig haben. (*Beifall.*)

Kopf⁵²: Wir müssen die Wahlen gewinnen, wir können sie nur in Eintracht gewinnen. Wir müssen daher unsere heutige interne Auseinandersetzung in diesem Zeichen führen. Ich möchte drei Bemerkungen machen, eine zur Form, eine zur Sache und eine zur weiteren Behandlung.

Was die Form angeht, so ist ja festgestellt worden, daß es sich bei der Erklärung des Herrn Bundestagspräsidenten um eine Erklärung persönlicher Art gehandelt hat. Aber diese Erklärung ist unter Umständen abgegeben worden, die der Öffentlichkeit und der Presse den Eindruck vermittelt haben, daß es sich um eine mit den Fraktionen abgestimmte Erklärung handelt. Daß das nicht der Fall ist, ist uns bekannt; das ist gerade der Gegenstand unserer Erörterung.

Es hat eine vierfache Abstimmung gefehlt: Erstens die Abstimmung mit den Alliierten – es handelte sich ja um wesentliche Fragen der Außenpolitik –, zweitens die Abstimmung in der Bundesregierung, drittens die Abstimmung mit der Fraktion und viertens die Abstimmung mit dem Auswärtigen Ausschuß, der auch zuständig war, denn das Thema der Erklärung ging über das Sachgebiet des gesamtdeutschen Ausschusses weit hinaus und gehört in das Sachgebiet des Auswärtigen Ausschusses. Der Auswärtige Ausschuß ist nicht gefragt worden, auch sein Vorsitzender ist nicht gefragt worden.

Zur Sache! Es ist genügend geklärt worden, worin unsere Bedenken bestehen. Ich möchte durchaus zugeben, daß die Erklärung als Ganzes – abgesehen von den Sätzen, die wir beanstanden müssen – nicht der Größe und der Würde entbehrt. Es ist ein sehr wesentlicher Gesichtspunkt eingeführt worden, daß jede Verhandlung nur dann überhaupt ins Auge gefaßt werden könne, wenn sie nicht eine Präjudizierung bezüglich der Spaltung Deutschlands zum Inhalt habe. Das ist ein sehr wesentlicher Gesichtspunkt, dafür sind wir Herrn Gerstenmaier dankbar.

Es bleiben die Bedenken bestehen, die sich vor allem auf das letzte Drittel, aber auch auf andere Abschnitte beziehen. Diese Bedenken sind vierfacher Art.

Ich erwähne erstens die Frage des versteckten Dissenses in der Angelegenheit der Behandlung. Über diesen Punkt haben der Herr Bundeskanzler und Herr von Brentano bereits gesprochen; ich brauche dazu nichts zu sagen. Es wurde der Eindruck erweckt, als bestünde Einigkeit. Sie besteht nicht. Es ist schädlich für unseren Wahlkampf, eine Einigkeit vorzuspiegeln, die effektiv nicht gegeben ist.

52 Dr. Hermann Kopf (1901–1991), Rechtsanwalt; 1949–1969 MdB (CDU), 1960–1969 Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Der andere Punkt betrifft die Frage, ob überhaupt über Berlin als isolierten Komplex verhandelt werden soll. Ich finde die Formulierung nicht sehr glücklich. In der Erklärung heißt es, „daß nicht allein die Frage Berlins, seines zukünftigen Status und der Sicherung seiner Verbindungswege dabei zur Diskussion gestellt werden sollen, sondern die Deutschlandfrage als Ganzes“. Es soll neben der deutschen Frage als Ganzes dann auch die Frage Berlins behandelt werden. Wir sind bisher mit den Alliierten der Meinung gewesen, daß über den Status von Berlin überhaupt nicht verhandelt wird. Im jetzigen Moment die Möglichkeit einer Verhandlung über Berlin einzuräumen, halte ich taktisch für nicht besonders klug.

Zweitens die Frage der Verhandlung im allgemeinen und die Frage der Friedensvertragsverhandlung im besonderen! Die Frage der Verhandlung im allgemeinen kann nur gemeinsam mit den Alliierten gelöst werden. Hier bedurfte es einer genauen Kenntnis darüber, was besprochen worden ist, inwieweit seitens der Alliierten überhaupt eine Geneigtheit besteht, im jetzigen Moment eine Verhandlungsbereitschaft anzuerkennen.

Was die Friedensvertragsverhandlung angeht, so scheint es mir auf jeden Fall nicht glücklich zu sein, von unserer Seite aus im jetzigen Moment Friedensvertragsverhandlungen zu forcieren. Der Gedanke des Friedensvertrages spielt seit Jahren eine Rolle. Dabei ist zu beachten, daß wir und die Russen unter dem Begriff „Friedensvertrag“ etwas ganz anderes verstehen. Die wollen gar nicht ein juristisches Protokoll haben, die wollen nicht ein Dokument haben. Was wollen die Russen? Sie wollen, daß in Form eines solchen Dokumentes das jetzt gespaltene Deutschland und die Bundesgrenzen befestigt und verewigt werden.

Was wollen wir, und was will auch der Bundestagspräsident Gerstenmaier? Vor fünf Jahren wollte der Bundestagspräsident, als er den Gedanken des Friedensvertrages in die Debatte warf, etwas ganz anderes. Er wollte auf diesem indirekten Wege die Wiedervereinigungsprobleme zur Diskussion stellen. Das war damals mindestens erwägenswert, vielleicht nicht unbedenklich, aber erwägenswert. Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß dieser Weg nicht beschreitbar war.

Der russische Friedensvertragsentwurf sieht vor, daß die ganze Wiedervereinigungsfrage ausgeklammert wird. Ihre Lösung soll den sogenannten beiden deutschen Staaten überlassen werden. Ich glaube, daß die bisherige Erfahrung uns gelehrt hat, daß dieses damals vielleicht vertretbare Ziel, auf dem Umweg über Friedensvertragsverhandlungen die Wiedervereinigung zur Diskussion zu stellen, auf diesem Wege nicht erreichbar ist. Wenn wir das einsehen, dann bestehen sehr große Bedenken, von uns aus die Friedensvertragssache zu forcieren. Sonst könnte eine Summe von Ansprüchen über uns hereinbrechen.

Letzter Punkt: Über die Frage des Status ist viel gesprochen worden. Es ist leider so, daß gewisse Ausdrücke ihre terminologische Festlegung erfahren. Das gilt auch für die Frage des militärischen und politischen Status. Dieser Ausdruck kommt von Erler und Wehner und anderen Herren der SPD. Im letzten Jahr hat sich dieser terminologische Begriff gefestigt und kristallisiert. Man hat sofort die

Assoziation, daß mit diesem terminologisch gefestigten Ausdruck die Vorstellungen vom Disengagement usw. verbunden sind.

Ich glaube nicht, daß es glücklich ist, einen derartigen Bestandteil des sozialdemokratischen Programms, und zwar des verflochtenen sozialdemokratischen Programms, in eine außenpolitische Erklärung mit aufzunehmen, die sich in diesem Teil nicht auf das Verfahren, sondern auf den materiellen Inhalt des Friedensvertrages bezog. Das sind die sachlichen Bedenken.

Was tun wir, wie regeln wir die Angelegenheit? Wir müssen die Wahlen gewinnen und müssen eine Regelung treffen, die uns am meisten Aussicht bietet, daß unsere Partei ohne jeden Schaden aus dieser Auseinandersetzung hervorgeht. Wir können zwei Dinge tun. Wir müssen sie sehr sorgfältig überlegen.

Entweder schwören wir alle einen Eid, daß wir über alles, was hier gesprochen worden ist, kein Sterbenswörtchen verlauten lassen.

Zweite Möglichkeit: Wir interpretieren. Man kann interpretieren, man darf unter keinen Umständen desavouieren. Man kann die sehr positiven Elemente in der Erklärung des Bundestagspräsidenten hervorheben und durch eine geeignete Interpretation noch einmal zu unserer Auffassung machen. Das hat das Berliner Abgeordnetenhaus in drei Sätzen getan⁵³, die ganz glücklich formuliert sind. Man kann auch andere Formulierungen finden. Wenn man sich für die Form der Interpretation entscheidet, müßten m.E. folgende Gedanken zum Ausdruck kommen: Erstens, daß unser weiteres Vorgehen nur gemeinsam mit den Alliierten erfolgen soll; zweitens, daß der Friedensvertrag nur mit einem Deutschland geschlossen werden kann, mit dem auch der Krieg geführt worden ist – Zitat aus der Rede von Gerstenmaier –; drittens, daß keine Verhandlung mit einer Vorentscheidung belastet wird, die die Teilung Deutschlands verewigt; viertens müßte eine Stellungnahme zu der Berlin-Frage in der Form eines geschlossenen Resistenzwillens zum Ausdruck kommen; fünftens müßte die Frage der Selbstbestimmung angesprochen werden. Ich glaube, daß es möglich wäre, das zum Ausdruck zu bringen. Ich habe den Text von Herrn von Brentano gesehen; es ist ein recht guter Text.

Man muß sich grundsätzlich entscheiden, ob man die Angelegenheit als intern für uns erledigt ansehen will, um damit unsere Geschlossenheit nach außen zu erhöhen, oder ob es richtig ist, die Form einer geeigneten Interpretation zu wählen, in der die positiven Gesichtspunkte der Rede des Herrn Bundestagspräsidenten mit den Absichten und den Zielen unserer Bundesregierung verbunden werden.

Gerstenmaier: Ich bedanke mich, Herr Kopf, für Ihre Vorschläge.

Militärischer und politischer Status ist ein Terminus technicus, der wie viele andere Termini technici benützt wird, benutzt werden darf, ohne daß dem Mann, der ihn benutzt, unterstellt wird, daß er damit bestimmte Vorstellungsgehalte – wie es hier

⁵³ Vgl. die Entschließung beider Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses zur deutschen Frage vom 6. Juli 1961 (Sten.Ber. Berliner Abgeordnetenhaus 3. WP S. 217f.); vgl. auch Entschließungen der Berliner CDU in DUD Nr. 124 vom 3. Juli 1961 S. 4f.

geschieht: SPD-Vorstellungsgehalte – übernimmt. Ich empfinde diese Unterstellung als ehrenrührig. (*Zuruf*: Das tun die andern doch!) Nein, das geschieht auch bei uns. Herr von Guttenberg hat das öffentlich erklärt ... (*Zuruf*: Ist nicht da!) und hat hinzugefügt: Der Mann muß abgesetzt werden. – Ich werde mir überlegen, ob ich das noch zum Gegenstand einer Erörterung mache. Für dumm verkaufen lasse ich mich nicht.

Der Herr Bundeskanzler hat die Bemerkung gemacht, hier seien Folgerungen zu ziehen, die er gar nicht erst auszuführen brauche. (*Zuruf*.) Es seien Folgerungen zu ziehen, die er nicht auszuführen brauche. Ich weiß nicht, worauf sich das bezieht. Ich bin jetzt allmählich mißtrauisch; eine Sache, die mir nicht liegt.

Zu dem, was der Herr Bundeskanzler hinsichtlich des Verhaltens seines Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen ausgeführt hat, möchte ich folgendes sagen: Ich gönne meinem Freund Ernst Lemmer alles Gute. Ich bin weit davon entfernt, irgendeinen in einer solchen mißlichen Situation an meine Seite zu ziehen. Ich stehe ganz allein. Ich bin bereit, diese Sache durchzustehen. Ich appelliere nicht an Hilfsbataillone. Ich appelliere nicht an Unterstützung, gar nicht! Hier steht ein Mann für sich alleine. Er ist bereit, diese Sache auszufechten. Infolgedessen will ich gar nicht auf Herrn Lemmer irgend etwas ablasten; das ist gar nicht meine Absicht.

Aber so kann man es wieder nicht machen, wie Sie es jetzt gemacht haben. Ich will sagen, daß ich mit Herrn Lemmer kein einziges Wort – weder vor noch nach dieser Sache – gesprochen habe. Die Erklärung, die Herr Lemmer im Kabinett offenbar abgegeben hat, steht in einem solch evident schreienden Gegensatz zu dem Wortprotokoll einer Sitzung, an der ich gar nicht teilgenommen habe – ein amtliches Protokoll, auf das ich nicht den mindesten Einfluß genommen habe –, daß sich darüber jedes weitere Wort erübrigt.

Dann wurde gesagt: Das war nur der gesamtdeutsche Ausschuß; warum haben Sie sich nicht mit dem Auswärtigen Ausschuß in Verbindung gesetzt, der zuständig ist? – Der Bundestagspräsident kann sich nicht einfallen lassen, eine Qualifizierung dieser Art zwischen Ausschüssen und Abgeordneten einzuführen. Der gesamtdeutsche Ausschuß ist für Berliner und gesamtdeutsche Fragen ohne weiteres zuständig. (*Von Brentano*: Aber nicht für Außenpolitik!) Lassen Sie mich mal zu Ende reden.

Von Brentano: Ist der Friedensvertrag Außenpolitik?

Gerstenmaier: Der Friedensvertrag ist eine Sache, die Deutschland betrifft. (*Zurufe*.) Wollen Sie dem gesamtdeutschen Ausschuß verbieten, zu dieser Sache das Wort zu nehmen? (*Zuruf*: Er ist nicht kompetent! – *Weitere Zurufe*.) Schreien Sie alle, meine Herren, das beeindruckt mich weiter nicht. Sagen Sie alle, daß Sie dagegen sind. Besser wäre, wenn man mich überzeugen würde, statt mir zu unterstellen – was immer wieder geschieht –, daß ich z.B. den Begriff „Status“ mit sozialdemokratischen Vorstellungen fülle und damit diesen sozialdemokratischen Vorstellungen nachträglich – wie jemand gesagt hat – höhere Weihen verschaffe.

Herr von Brentano hat von den isolierten Initiativen gesprochen. Ich kann nur sagen, ich bin auch jetzt nicht überzeugt, daß diese Darbietung eine isolierte Initiative Deutschlands war. Es hat sich vielmehr um eine Bemerkung gehandelt, die im übrigen

vorsichtigerweise – das haben selbst meine schärfsten Kritiker bis jetzt offensichtlich noch nicht bemerkt –, damit ja um Gottes willen hier nicht das Haus in Anspruch genommen werde, mit den Worten „Ich glaube“ eingeführt wurde. Vorausgeschickt wurde, daß das nicht der Augenblick sei, in dem Modalitäten verhandelt werden sollten. Dann heißt es: „Ich glaube aber, daß es das Gebot der Stunde ist, daß über das Verfahren zu einem Friedensvertrag mit Deutschland eine Einigung zwischen den Westmächten und Sowjetrußland herbeigeführt wird.“ Ich behaupte, daß dieser Satz exakt in der Entschließung des Bundestages vom Jahre 1958 steht. Das ist also von den einmütigen Erklärungen des Bundestages vom 1. Oktober 1958 gedeckt.

Die Frage, über die man sich natürlich unterhalten kann und über die zu diskutieren sicher interessant ist, geht dahin, ob es eigentlich positiv oder negativ ist – was Herrn von Brentano offenbar besonders geärgert hat –, wenn man sagt, daß dieses ganze Haus jede Art von politischer Bewegung in dieser Richtung nur vor dem Schutzschirm der NATO und den bestehenden NATO-Verträgen zu machen für möglich hält. (*Von Brentano*: Das hat mich nicht geärgert!) Aber das andere hat Sie geärgert, und daß dieses ganze Haus willens sei, die NATO-Verträge auf das Pünktlichste zu erfüllen. (*Von Brentano*: Das halte ich für schädlich! – *Lücke*: Das ist auch schädlich! – *Weitere Zurufe*.) Herr Kollege Lücke – damit ich mal einen anderen Partner habe –, was wollen Sie damit sagen? (*Zuruf*: Sehr leichtgläubig! – *Weitere Zurufe*.) Von einem bestimmten Amt ab – als schlichter Fußsoldat würde ich das nicht als Vorwurf ansehen – ist das ein schwerer Vorwurf, wenn man jemandem sagt, er sei leichtgläubig.

Adenauer: Wenn Sie Herrn Wehner so glauben!

Gerstenmaier: Ich war jedenfalls der Meinung – dieser Meinung bin ich noch bis zur Stunde –, daß es die Position der Bundesrepublik nicht schwächt, sondern stärkt, wenn der Bundestagspräsident für das ganze Haus sagen kann, es sei sich darüber einig, die eingegangenen Verträge auf das Pünktlichste zu erfüllen. Das halte ich objektiv nach wie vor für eine positive Aussage im Interesse Deutschlands. (*Zuruf von Brentano*.)

Das ist, was mich so in Ihrem Brief geärgert hat. Sie haben mir drei Seiten lang vorgehalten, was die Sozis alles verbrochen haben, so, als ob ich der Spiritus rector der Sozis in den letzten zehn Jahren gewesen sei. (*Von Brentano*: Um Sie zu überzeugen! – *Weiterer Zuruf*: Der ist überzeugt!) Nein, ich lasse mir das nicht gern unterstellen, (*Zuruf*: Das hat niemand unterstellt!) weder daß ich leichtgläubig bin, noch daß ich leichtfertig – das ist der andere Vorwurf – hier gehandelt habe. Das lehne ich strikte ab. (*Zuruf*: Gutgläubig!) Gutgläubig? Na, schön!

Nun ist gesagt worden, daß das eine Gefährdung für die Wahl sei. Ich muß sagen, das verstehe ich noch am ehesten. Hier ist das, was auch mir natürlich nicht gefallen hat bei der Reaktion der SPD, nicht im Bundestag, sondern am Tage danach in ihren Parteorganen⁵⁴. (*Zuruf*.) Ich werde tun, was ich für richtig und notwendig halte.

⁵⁴ „Vorwärts“ vom 5. Juli 1961: Die Antwort ist erteilt. Die SPD steht zu Gerstenmaiers Erklärung.

Wenn der Bundeskanzler sagt, daß er jetzt Konsequenzen ziehen wolle, dann kann ich nur empfehlen: Tun Sie das, und tun sie es möglichst schnell. (*Zuruf*: Völlig mißverstanden! – *Weber*: Was heißt das?) Das frage ich den Herrn Bundeskanzler. (*Zuruf*: Logische Konsequenzen!)

Ich will mich gar nicht dazu äußern, wie die Regierung auf die FDP-Anfrage reagieren soll. Eine Sache verstehe ich trotz allem nicht, den Vorwurf, daß die Bundesregierung keine Möglichkeit gehabt hätte, dazu etwas zu sagen. Ich verstehe, daß sich die Bundesregierung natürlich in einer Situation gesehen hat, daß sie gesagt hat: Sollen wir jetzt unter diesem Eindruck, während die alle klatschen, schnell einen Zettel raufschicken: „Der Herr Bundeskanzler oder der Herr Bundesaußenminister wünscht das Wort“? (*Zuruf*: Das hätte noch gefehlt!) Die Möglichkeit bestand. Der Bundestagspräsident hätte ohne Zweifel der Bundesregierung sofort das Wort gegeben.

Ich bin auch jetzt noch der Meinung, daß das jederzeit geschehen kann. Vor allem wird der Brief, den der Herr Bundeskanzler geschickt hat – er hat mich heute morgen erreicht⁵⁵ ...

Adenauer: Er ist gestern angekommen!

Gerstenmaier: Ich bin heute nacht um halb 3 Uhr von Saarbrücken zurückgekommen.⁵⁶ Als ich den Brief auf meinem Schreibtisch gefunden habe, habe ich mich noch einmal eine Stunde hingesetzt und das Material durchgesehen, weil es mir so ungefähr schwante, was kommen würde. Heute morgen bin ich zu meinem Bedauern vom Herrn Oberstaatsanwalt noch etwas früher aus dem Bett gejagt worden. Er wollte etwas wegen einer anderen Sache, die er z.Z. behandelt, wissen.⁵⁷ Sie wird in einiger Zeit wahrscheinlich soviel Aufmerksamkeit erregen, daß etwas kleinere Fische wieder in den Hintergrund geraten. Deshalb bitte ich auch um Nachsicht, daß ich etwas zu spät gekommen bin. Heute morgen war meine Absicht, ganz pünktlich da zu sein, um kein Wort von der Diskussion zu versäumen.

Die Frage ist jetzt: Was wollen Sie tun? Ich muß eigentlich diesen Brief seiner Vorwürfe wegen zum Gegenstand einer Erörterung im Ältestenrat machen. Ich werde mir vorbehalten müssen, daraufhin den Bundestag einzuberufen.

⁵⁵ Vgl. Anm. 44.

⁵⁶ Gerstenmaier hielt am 10. Juli eine Ansprache auf dem Deutschen Naturschutztag in Saarbrücken (ACDP I-210-075/2).

⁵⁷ Termin um 9.45 Uhr bei OStA Drügh und OStA Dr. Ernst Kirschbaum (1905–1991) zum „Fall Grolman“ (Terminkalender Gerstenmaier ACDP I-210-030 und -031). Am 14. Juli 1961 stellte der Wehrbeauftragte General a.D. Helmuth von Grolman aus persönlichen Gründen den Antrag, ihn mit sofortiger Wirkung aus seinem Amt zu entlassen, dem Gerstenmaier entsprach (DATENHANDBUCH I S. 918). – Helmuth Otto Wilhelm von Grolman (1898–1977), Offizier und Politiker; 1954–1955 Staatssekretär im niedersächsischen Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1959–1961 erster Wehrbeauftragter des Bundestages.

Es ist mir völlig klar, daß auch der Herr Bundeskanzler das Recht hat, ebenso wie die Mitglieder des Bundestages, den Bundestag einberufen zu lassen. Ich glaube, daß der Bundestagspräsident, wenn er noch einen Funken Respekt vor seinem Amt hat, sich zu diesem Brief sowieso äußern muß. Die Vorwürfe sind nämlich sehr weitgehend.

Adenauer: Wollen Sie den Brief nicht einmal verlesen, damit die Herren ihn kennen?

Gerstenmaier: Wollen Sie es nicht tun?

Adenauer: Nein.

Gerstenmaier: „Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident! In der letzten Sitzung des zu Ende gehenden Bundestages haben Sie über die übliche Schlußansprache hinaus längere Ausführungen über die schwebenden außenpolitischen Fragen gemacht. Diese Ausführungen mußten in weiten Kreisen als nicht in Übereinstimmung ...“

– und das ist der Punkt, Herr Bundeskanzler –

„mit der Entschließung des Bundestages vom 1. Oktober 1958 und der darauf fußenden Politik der Bundesregierung verstanden werden. Selbstverständlich hat der Bundestag das Recht, zu schwebenden außenpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Zu den fundamentalen Regeln eines demokratischen Parlaments gehört es, daß der Bundesregierung – ihrer Verantwortung entsprechend – nicht die Möglichkeit einer Stellungnahme genommen wird. Wenn der Präsident des Bundestages, wie Sie es getan haben, in einer Schlußansprache derartige sehr wichtige politische Ausführungen macht, ohne daß der Bundestag einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat und ohne daß die Bundesregierung ihre Stellungnahme zu solch wichtigen Themen vor dem Parlament und damit vor der Öffentlichkeit klargelegt hat, so steht dieses Verfahren nach der Auffassung der Bundesregierung und nach meiner persönlichen Auffassung nicht mit dem Grundgesetz und der sich darauf aufbauenden Geschäftsordnung des Bundestages in Einklang. ...“

Ich finde, daß dieser Brief den Bundestagspräsidenten deshalb zwingt, das Haus damit zu befassen, weil er Bemerkungen enthält, mit denen ich mich unter keinen Umständen einverstanden erklären kann und einverstanden erklären werde, daß nämlich meine Ausführungen nicht mit der Entschließung des Bundestages vom 1. Oktober 1958 übereinstimmen. Sie haben den Satz zwar vorsichtig formuliert. Der Brief ist so formuliert, daß sich möglichst kein Häkchen darin findet. Meine Frage an Sie wäre: Gehören Sie auch zu den weiten Kreisen, von denen hier die Rede ist? – „Diese Ausführungen mußten in weiten Kreisen als nicht in Übereinstimmung mit der Entschließung des Bundestages vom 1. Oktober ...“

Adenauer: „... und der darauf fußenden Politik der Bundesregierung verstanden werden.“

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, das konzediere ich jederzeit freimütig. Ich habe auch nicht gesagt, daß ich mit Politik nichts zu tun habe. Ich habe nur gesagt, der Partner des Mannes, der sich als Regierungschef fühlt, ist der Bundeskanzler. Der Bundeskanzler ist der Mann, der die Richtlinien der Politik bestimmt.

Adenauer: Das haben Sie nicht gesagt. Sie haben gesagt, Sie hätten mit der Politik nichts zu tun.

Gerstenmaier: Ich habe gesagt, der Partner ist hier der Bundeskanzler und nicht der Bundestagspräsident. Sie brauchen sich gar nicht auf eine solche Entschliebung des Bundestages berufen. Sie können sich auf Art. 65 des Grundgesetzes⁵⁸ berufen. Ob man sich in Übereinstimmung mit dieser Entschliebung befindet oder nicht, das halte ich für eine politisch wünschenswerte Sache, aber nicht für eine Frage der Verfassungsmäßigkeit. Der Bundeskanzler ist durch den Art. 65 des Grundgesetzes gedeckt.

Was in dem ersten Teil des Satzes gesagt worden ist – daß diese Ausführungen in weiten Kreisen als nicht in Übereinstimmung mit der Entschliebung des Bundestages vom 1. Oktober 1958 angesehen würden –, das kann der Bundestagspräsident, wenn er noch einen Funken Selbstachtung hat, sich unmöglich sagen lassen. Deshalb wird er zu seinem Bedauern eine Klärung herbeiführen müssen. Ich bleibe dabei, daß alles, was ich gesagt habe, jedes einzelne Wort, von der Entschliebung vom 1. Oktober 1958 gedeckt ist. Wenn Sie das bestreiten, dann wollen wir das in einer öffentlichen Debatte im Bundestag diskutieren. (*Zuruf:* Ach Gott!)

Adenauer: Ich hatte vor, Ihnen vorzuschlagen, daß wir, wenn Herr Gerstenmaier gesprochen hat, zu einem anderen Punkt der Tagesordnung übergehen und dann einen kleinen Imbiß nehmen. Danach sollten wir dann auf die Angelegenheit zurückkommen mit dem Ziel, sie so aus der Welt zu schaffen, daß für unsere Partei kein Schaden entsteht. (*Beifall.*)

Gerstenmaier: Mir möglichst auch nicht!

Adenauer: Lieber Herr Gerstenmaier, stellen Sie sich bitte nicht auf eine Stufe mit der Partei; das sage ich Ihnen ganz offen. Und diese Drohung, deswegen den Bundestag einzuberufen – jetzt vor der Wahl –, um festzustellen, ob die Erklärung mit dem damaligen Beschluß des Bundestages übereinstimmt, das kann doch nicht ernstgemeint sein, Herr Gerstenmaier. (*Weber:* Wahnsinn! – *Weiterer Zuruf:* Das kann doch nicht Ihr Ernst sein!)

Gerstenmaier: Nehmen Sie Ihren Brief zurück, dann ist die Sache erledigt.

Adenauer: Ich denke nicht daran.

Gerstenmaier: Ich lasse mir nicht einseitig alles anlasten ohne Gegenwehr.

Adenauer: Sie können mir ja darauf antworten. Sie können mir schreiben.

Gerstenmaier: Na schön, Herr Bundeskanzler, gut.

⁵⁸ Art. 65 GG: Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung.

Adenauer: Ich weiß gar nicht, was Sie wollen. – Meine Herren, ich möchte dann nur eins feststellen, weil das auch für die Entschließung notwendig ist, die wir zu fassen haben. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU war mit dieser Erklärung überhaupt nicht befaßt worden, geschweige denn, daß sie ihre Zustimmung dazu gegeben hat. Deshalb war es, glaube ich, auch nicht zutreffend, daß Sie von der Zustimmung des ganzen Hauses sprachen. Stellen Sie sich doch einmal das Bild in unserer Situation im Bundestag vor. Der Präsident hat diese Rede mit großer Emphase vorgetragen. Soviel ich weiß, war der erste, der auf ihn losstürzte und ihn beglückwünschte, Herr Wehner.

Gerstenmaier: Carlo Schmid und der Fraktionsvorsitzende der CDU; dann kam allerdings Herr Wehner.

Adenauer: Carlo Schmid ist auch schon was.

Von Brentano: Wird überkompensiert von Heinrich Krone!

Krone: Danke schön.

Adenauer: Zu der Frage, wie wir aus der ganzen Sache herauskommen, möchte ich noch folgendes sagen: Ich glaube, daß Sie gar nicht ahnen, wie schwierig die Verhandlungen mit unseren westlichen Partnern sind; da haben Sie keine Ahnung von. Sonst würden Sie in diesem Augenblick das tun, was auch ich mir vorgenommen habe: schweigen, nach außen schweigen, nach innen wirken, aber jetzt nicht tönen. Das letzte kann nämlich einen Schaden anrichten, auch in bezug auf die Verhandlungen mit unseren Westpartnern, von dem Sie gar keinen Begriff haben. Wenn wir jetzt etwas tun müssen, dann müssen wir unsere Westpartner davon überzeugen, daß die Mehrheit des Bundestages und daß die Regierung geschlossen ist; nichts anderes müssen wir tun.

Ich bitte und beschwöre Sie, Herr Gerstenmaier, stellen Sie jetzt mal alles Persönliche zurück. Aber glauben Sie mir das eine: Ich bin in der größten Sorge über das, was bei den Verhandlungen unter den Westpartnern herauskommt. Sobald wir nur den Anschein erwecken, als wenn wir mit der Sozialdemokratie übereinstimmen, werden wir, sage ich Ihnen, abgeschrieben. Denn die Sozialdemokraten haben doch in den vergangenen zwölf Jahren den anderen genügend gezeigt, was sie wollen.

Es liegen nur noch zwei Wortmeldungen vor, von Herrn Fricke und von Herrn Blumenfeld. Sollen wir nicht eine Pause eintreten lassen ... (*Zustimmung*) und die Fenster und Türen aufmachen, mal an die frische Luft gehen, damit der Dunst aus den Köpfen herauskommt? (*Zustimmung.*) Herr Fricke und Herr Blumenfeld, sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren? – Dann unterbrechen wir die Sitzung auf eine halbe Stunde.

Pause

Adenauer: Meine Damen, meine Herren, in einem Nebenzimmer sitzen Herr Schröder, Herr Kopf und Herr Gerstenmaier, um ein Schlußcommuniqué abzufassen. Was dabei herauskommt, weiß ich nicht.

STAND DER VORBEREITUNG UND RICHTLINIEN FÜR DEN BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Adenauer: Ich würde vorziehen, es möglichst kurz zu machen. Das Wesentliche ist mir, daß eine gemeinsame Linie für die ganze Wahlpropaganda festgestellt wird. Das ist für mich das einzig Entscheidende, damit diese Unsicherheit, die tatsächlich einzureißen drohte, nicht wesentlich weiterfrißt.

Lassen Sie mich nun ein Wort zur FDP sagen. Die FDP betreibt in verschiedenen Ländern eine konfessionelle Hetze, die sehr übel ist. Es wurden mir genannt die Länder Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bayern und Baden-Württemberg. Nach meiner Meinung müssen wir der FDP wirklich mal gründlich die Meinung sagen. Ich habe das schon seit einiger Zeit getan. Wir müssen die FDP angreifen, erstens wegen der konfessionellen Hetze, die wirklich gemein ist, und zweitens, weil sie uns Schwierigkeiten zu machen versucht, wo sie nur kann. Sie hat neulich diese landwirtschaftliche Anfrage eingebracht, die wir, glaube ich, ganz gut abgewehrt haben.⁵⁹ Aber jetzt wieder diese dumme Frage, ob wir hinter der Regierung des Bundestagspräsidenten stünden. (*Zuruf:* Hinter der Regierung? – *Große Heiterkeit.*) Hinter der Erklärung! (*Zuruf:* Das war eine Freudsche Fehlleistung des Herrn Bundeskanzlers! – *Erneute Heiterkeit.*) Ich kann nur sagen, das kam intuitiv.

Doch lassen Sie mich weiter folgendes sagen: Der Wahlkampf der SPD geht nie gegen die FDP, und der Wahlkampf der FDP geht nie gegen die SPD. Nun habe ich aus einer, wie ich glaube, zuverlässigen Quelle vor einigen Wochen gehört, daß zwischen Herrn Brandt und der FDP Besprechungen gewesen seien⁶⁰, wobei die FDP sich bereit erklärt hat, zusammen mit der SPD eine Regierung zu bilden, falls es ausreicht. Mit anderen Worten: Wenn die FDP die Wahl hat zwischen uns und der SPD, geht sie mit der SPD. Das habe ich mir neulich auch in Würzburg und in Stuttgart⁶¹ erlaubt zu sagen. Herr Haußmann in Stuttgart ging darüber hoch, sehr hoch. Es hat auch seine Wellen geschlagen bis zu einem Besuch des Herrn Mende bei ihnen. Aber Mende hin, Mende her – Vertrauen, wer Vertrauen will. Das geht mich alles nichts an.

Ein Sozialdemokrat, der meinem Gewährsmann das gesagt hat, hat hinzugesetzt: Sehen Sie mal, was wir bieten können. Wenn die FDP mit der CDU geht, dann ist das Wirtschaftsministerium durch die CDU blockiert, da kann kein FDP-Mann hin. Das Verteidigungsministerium ist durch die CDU blockiert, da kann auch kein FDP-Mann hin. Wenn die SPD mit der FDP eine Regierung bildet, dann kann die SPD das Wirtschaftsministerium und das Verteidigungsministerium anbieten; die SPD kann also viel mehr geben als die CDU. – Was dieser Mann gesagt hat, ist durchaus richtig.

Wenn Sie weiter die Verhältnisse innerhalb der FDP – soweit wir sie überschauen – überlegen, dann ist die Sache doch so: Ein Drittel der FDP-Fraktion, wie sie in Bonn

⁵⁹ Kleine Anfrage der Fraktion der FDP (BT-Drs. Nr. 2790 vom 7. Juni 1961).

⁶⁰ Vgl. Nr. 17 Anm. 31 sowie Anm. 25.

⁶¹ Kundgebung des RCDS in Würzburg am 6. Juni 1961, Empfang der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Stuttgart am 22. Juni 1961 (TERMINKALENDER).

ist, ist ohne weiteres für ein Zusammengehen mit der SPD, ein Drittel ist ohne weiteres dagegen; dann liegt die Entscheidung doch bei dem mittleren Drittel, und wenn dem mittleren Drittel noch so lockende Sachen vorgehalten werden – wer weiß, meine Damen und Herren, ob die dann nicht zugreifen.

Ich glaube, man sollte auch der FDP sehr nachdrücklich sagen: Ihr redet doch immer von einer späteren Koalition. Herr Mende hat, ich weiß nicht, welche Erklärungen abgegeben. Aber wenn Sie diese Erklärungen genau durchlesen; dann werden Sie – auch in der letzten Erklärung Mendes – einen Vorbehalt sehen, (*Zuruf*: Natürlich!) der ihm auch eine andere Entscheidung ermöglicht. Es würde von uns, wie ich glaube, ganz falsch sein, auf die FDP Rücksicht zu nehmen. Die steht im Feuer, und wir müssen auf sie schießen. Was da rauskommt, müssen wir abwarten.

Höchst bedauerlich ist, daß die FDP ganz außerordentlich stark von der Wirtschaft unterstützt wird. Die Wirtschaft ist da so dumm, meine Damen und Herren. Die Wirtschaft sagt so – nicht die gesamte Wirtschaft, aber diejenigen, die die FDP unterstützen: Wenn die CDU/CSU allein die Regierung bildet, dann wird der sogenannte linke Flügel innerhalb der CDU/CSU zu stark; folglich darf sie nicht allein die Mehrheit haben, sondern die FDP muß hinzukommen, damit dann eine Mehrheit da ist. Und dann kann die FDP dafür sorgen, daß der sogenannte linke Flügel der CDU/CSU nicht so stark wird. Aus diesen Erwägungen heraus geben sie der FDP viel, viel Geld. Wir können das natürlich nicht hindern. Wie sollten wir das? Aber ich glaube, wir sollten doch noch einmal mit Herrn Berg darüber sprechen. Ich habe sowieso eine Besprechung mit Herrn Berg⁶², und Sie müssen diesmal dabeisein. Wir brauchen mehr Geld. Es sieht mit dem Geld – Sie werden das gleich hören – bei uns sehr knapp aus. Gegenüber der SPD und der FDP sieht es sicher schlecht aus. Schließlich müssen bei dieser Wahl – wie bei jeder Wahl – natürlich auch die Geldmittel vorhanden sein, wenn man siegen will.

Zimmer: Ich bin sehr dankbar, Herr Bundeskanzler, daß Sie dieses Thema in dieser Art angesprochen haben, und ich möchte sagen, daß ich von beiden Richtungen her, vom sachlichen und vom personellen her, zustimme. Wir haben in der letzten Woche im Bundestag unter anderem zwei große Gesetze verabschiedet, das Sozialhilfegesetz⁶³ und das Familienrechtsänderungsgesetz⁶⁴. Als nicht unmittelbar Beteiligter habe ich der ganzen Diskussion über diese beiden Gesetze beigewohnt. Die Diskussion ist von unseren Damen und Herren m.E. hervorragend geführt worden, und in der Sache haben sich unsere Damen und Herren glänzend durchgesetzt. Der Niederschlag in der Presse nachher war verheerend. Die ganz ausgezeichneten Ausführungen – entschuldigen Sie, wenn ich nur einige herausgreife – von Frau

62 Am 24. Juli 1961 mit Pferdmenes, Berg, Abs, Dr. Stein und Globke (TERMINKALENDER).

63 Bundessozialhilfegesetz vom 30. Juni 1961 – BGBl I 1961 S. 815.

64 Gesetz zur Vereinheitlichung und Änderung familienrechtlicher Vorschriften (Familienrechtsänderungsgesetz) vom 11. August 1961 – BGBl I 1961 S. 1221.

Schwarzhaupt und von Herrn Rollmann⁶⁵ bei dem einen Gesetz haben die SPD zum Kochen gebracht.⁶⁶ Sie sind aber ebenso wie die Ausführungen von Herrn Weber, die durchschlagend waren, in der Presse einfach nicht zum Zuge gekommen.

Ich habe heute morgen mit Herrn Süsterhenn vereinbart, daß wir die beiden großen Diskussionen exzerpieren und speziell für unseren Wahlkampf ausnutzen, um das Gesicht der FDP – in ihrer letzten weltanschaulichen Grundhaltung fast übereinstimmend mit der SPD – unseren Wählern vorzuführen. Wenn man gesehen hat, in welcher Weise sich die beiden Parteien bei den zwei genannten Gesetzen die Bälle zugeworfen haben, dann braucht man nicht mehr nach den Unterschieden zu fragen.

Ich will zur Sache nicht mehr äußern. Ich bitte nur dringend, daß diese Debatten für die Bundespropaganda ausgewertet werden. Da und dort mag man dann variieren; das ist eine Sache für sich. Ich werde das in meinem Wahlkreis ganz gründlich besorgen.

Meine Eindrücke bezüglich des Personellen bestätigen Ihre Auffassung, Herr Bundeskanzler. Da, wo ich den Herren begegne – dem Herrn Döring oder dem Herrn Achenbach neuerdings im Europarat, es gibt noch einige jüngere Herren –, frage ich mich: Wie könnten wir mit diesen Herren zusammenarbeiten, wenn wir überhaupt eine Koalition eingingen? Wie lange lassen diese Herren den Herrn Mende ruhig arbeiten? Herr Mende hätte schließlich die gute Absicht, mit einer Reihe anderer Kollegen eine gute Koalition zu machen. Die anderen Genannten blieben aber ein ewiger Unruheherd in der Fraktion der FDP. Ich habe mit Herrn Mende rein persönlich ein Gespräch über einige seiner Kollegen geführt; dabei hat er mir ganz unverblümt seine Meinung gesagt. Ich will nur sagen, die FDP in ihrer heutigen Zusammensetzung ist ein außerordentlich schwieriger Partner. Jetzt im Wahlkampf können wir nicht auf die sehr vernünftigen und positiven Elemente in dieser Fraktion Rücksicht nehmen. Wir müssen vielmehr unsere Position entsprechend dem Bild beziehen, das ihre radikale Front dargeboten hat, die sich jetzt nach vorne gespielt hat, vor allen Dingen in den Bundestagsdiskussionen. Ich glaube, wir müssen den Kampf nach dieser Seite hin sehr energisch führen.

Schmidt: Herr Bundeskanzler, Sie haben in der Frauen-Kundgebung den § 48 des Ehegesetzes sehr schlicht und einfach behandelt, gerade so, wie es christliche Frauen durchaus verstehen. Aber mit diesem Akzent würden wir z.B. in Gebieten, wo wir

65 Dietrich-Wilhelm Rollmann (geb. 1932), Jurist; 1953 Gründung des RCDS Hamburg und 1. Vorsitzender (bis 1956), 1956–1963 Landesvorsitzender der JU Hamburg und Mitglied des CDU-Landesvorstands, 1957–1977 CDU-Kreisvorsitzender Hamburg-Mitte, 1957–1960 MdHB, 1960–1976 MdB (CDU), 1968–1974 CDU-Landesvorsitzender Hamburg. – Memoiren in ABGEORDNETE 3 S. 297–408.

66 Elisabeth Schwarzhaupt zum Familienrechtsänderungsgesetz am 28. Juni 1961 in Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9459–9467; Dietrich-Wilhelm Rollmann zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes am 28. Juni 1961 in Sten.Ber. 3. WP Bd. 49 S. 9537–9543 (Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes vom 11. August 1961) – BGBl I 1961 S. 1193.

mit einer starken FDP zu rechnen haben – wie das im norddeutschen Raum oder bei uns in Wuppertal der Fall ist –, falsch ankommen. Wir sollten deshalb, Herr Zimmer, die Dinge auf dieser Linie nicht zu einseitig darstellen, so als ob es sich um ein christliches Eherecht handle. Daß der § 48 mit seinem objektiven Zerrüttungsprinzip kein christliches Eherecht ist, wissen wir. Deshalb sage ich immer, wir haben es hier mit einem aus der nationalsozialistischen Zeit überlieferten weltlichen Eherecht zu tun gehabt, an dem nun eine höchst weltliche Korrektur im Sinne des Minimums der Aufrechterhaltung der Ehe vorgenommen worden ist. Ich möchte nicht, daß in Verbindung mit diesem Eherecht etwa der Eindruck entstünde, als ob wir hier auf dem Wege des Kanonischen Rechtes wären. Es geht um Nuancen, und wir können leicht mißverstanden werden, weil die Presse nicht so objektiv berichtet. Es gibt durchaus einen redlichen und ordentlichen Weg zu sagen: Was wir in Deutschland haben, ist selbstverständlich kein christliches Eherecht, und wir werden auch kein christliches Eherecht in unserem Sinne in einer pluralistischen Gesellschaft durchsetzen können. Was wir hier getan haben, ist die Substantiierung eines Widerspruchsrechtes, das die Rechtsprechung völlig ausgehöhlt hatte, das nun wieder im Sinne des Schutzes der Frau eine Substanz erhalten hat. Damit sage ich das nicht so betont weltanschaulich, wie Sie das gestern vor den Essener Frauen ruhig sagen konnten. (*Zuruf*: Der Brief in der „Revue“⁶⁷!) Der Brief in der „Revue“ war ausgezeichnet. Den sollte man haben, er wäre ein wichtiges Propagandamittel.

In dem Propagandamaterial, das von der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt wird, sollte man die Betonung nicht so legen, daß andere wieder mißtrauisch werden und meinen, wir wünschten, ein christliches oder kanonisches Eherecht zu schaffen.

Adenauer: Ich glaube, ich habe gestern das Wort „christlich“ überhaupt nicht gebraucht. Ich habe nur gesagt, wo das Weltanschauliche in Frage kommt. (*Schmidt*: Das haben Sie gesagt!) Ich habe dann dargestellt, daß die FDP und die SPD unserer Weltanschauung gegenüberstehen. Dann habe ich den Brief aus der „Revue“ erwähnt. (*Schmidt*: Der ausgezeichnet ist!) Diesen ausgezeichneten Brief aus der „Revue“ müßten wir verbreiten.

Kraske: Ich möchte nur in einem Punkte widersprechen. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß es in dieser Frage eine regionale Differenzierung gibt. Ich habe mich während der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises in Hamburg⁶⁸ mit Leidenschaft gegen die gerade von unserer evangelischen Seite kommenden Bedenken gewandt, man könne so etwas nicht so schnell vor der Bundestagswahl noch verabschieden, und zwar wegen des Widerstandes einiger intellektueller liberaler Kreise.

Ich habe immer geglaubt – ich finde, die Entwicklung der jüngsten Zeit, nicht nur in Essen bei der Frauenversammlung, sondern überall, wo wir hinhören, bestätigt das –, daß das eine ganz dünne, überhaupt nicht relevante Oberschicht ist, während die

67 „Revue“ vom 9. Juli 1961 S. 5 (Leitartikel in Briefform).

68 Vom 1. bis 3. Juni 1961. – Akten in ACDP IV-001-013/2, -013/3 und -014/1. Berichte und Druck der Referate in „Evangelische Verantwortung“ vom Juni 1961 und Juli/August 1961.

Masse, ganz gleich wo, ganz gleich, ob katholisch oder evangelisch, mit Leidenschaft auf unserer Seite steht. Das letzte Beispiel für mich war dieser Artikel in der „Revue“. Es handelt sich ja nicht um einen Brief, sondern um den Leitartikel der „Revue“, der jeweils in Briefform gehalten ist. Nun kennen wir ja die Illustrierten. Wir wissen, der Schreiber eines solchen Leitartikels mag möglicherweise im innersten Herzen ganz anderer Meinung sein. Er schreibt das so, weil er weiß, daß in der Millionen-Leserschaft selbst der „Revue“, die wirklich eine ganz liberale Illustrierte ist, diese These, unsere These, gut ankommt. Ich glaube deswegen, daß wir das überall in der gleichen Form ganz stark herausstellen sollen und können, wie es der Herr Bundeskanzler gestern und schon neulich in Frankfurt unter fast noch größerem Beifall vor 20.000 Leuten der Jungen Union getan hat.

Dufhues: Es wurde eben gesagt, ein Drittel der FDP-Fraktion sei bereit, mit der SPD zu koalieren. Dieses eine Drittel bekommt noch Zuwachs aus den Ländern. Die FDP in Nordrhein-Westfalen hat auf der Reserveliste an sicherer Stelle erklärte Gegner einer Zusammenarbeit mit der CDU und Kräfte untergebracht, die maßgebend am Sturz der CDU-Regierung in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1956 mitgewirkt haben. Sie können das Mißtrauen gegen die FDP noch verstärken durch den Hinweis auf den Zuwachs, der aus Nordrhein-Westfalen – wahrscheinlich auch aus anderen Ländern – kommt. Ich könnte Namen nennen.

Wenn wir so differenziert argumentieren würden, wie unser Freund Schmidt es vorgeschlagen hat, dann weiß ich nicht, wie wir die Millionen Wähler gewinnen sollen, die allein mit einfachen Tatbeständen und klaren Grundsatzserkenntnissen gewonnen werden können. Darf ich sagen, daß mir die Ausführungen von Frau Steinke⁶⁹ vor den Frauen nicht gefallen haben? Man kann bei einem solchen Anlaß nicht über Einzelheiten sprechen.

Es kommt sehr gut an, wenn man die konfessionelle Hetze grundsätzlich zurückweist und wenn man als Verdienst der CDU in Anspruch nimmt, den Gegensatz der Konfessionen im Politischen überwunden und damit eine jahrhundertealte Tragödie beendet zu haben. Wenn wir auf die Einzelheiten eingehen, verlieren wir den Boden unter den Füßen. Es war wohl goldrichtig, wie Sie es angefaßt haben, daß Sie wieder aufs Grundsätzliche zurückgeführt und die Sicherung der Frau, die Sicherung der Mutter, die Sicherung der Kinder als das wesentliche Ziel der Änderung des § 48 herausgestellt haben. Das überzeugt und das gelingt.

Adenauer: Wir sind uns einig darin, einmal, daß der Kampf gegen die FDP genauso wie gegen die SPD geführt werden muß, (*Zuruf:* Natürlich!) zweitens, daß wir auf den weltanschaulichen Unterschied zwischen der FDP und uns Bezug nehmen, (*Zustimmung*) der sich gerade jetzt bei der Verabschiedung der beiden genannten Gesetze wieder gezeigt hat.

⁶⁹ Erika Steinke (geb. 1905), 1954–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), Bezirksvorsitzende der Frauenvereinigung der CDU Ostwestfalen, Mitglied des Landesvorstands der Frauenvereinigung.

Weber: Man kann das noch auf andere Gesetze ausdehnen, z.B. auf die Novelle zum Jugendwohlfahrtsgesetz⁷⁰.

Adenauer: Wir bitten also die Geschäftsstelle, dieses Propagandamaterial anzubieten.

Barzel: Ich möchte eine Bitte hinsichtlich des Propagandamaterials gegen die FDP vortragen. Die FDP bemüht sich sehr stark um die bäuerlichen Kreise. Unsere Menschen müssen etwas über die Agrarpolitik der FDP wissen und über ihre praktischen Abstimmungen im Außenhandelsausschuß, wo sie die Industrie und nicht die Landwirtschaft unterstützt hat, sowie über die Haltung der FDP im EWG-Parlament.

Adenauer: Haben Sie das Material in Arbeit?

Kraske: Wir haben Material in Vorbereitung ganz speziell zur Auseinandersetzung mit der FDP, und zwar erstens in personeller Hinsicht – welche Leute spielen eine Rolle –, zweitens in koalitionspolitischer Hinsicht – was hat die FDP nicht nur 1952 in Stuttgart und 1956 in Düsseldorf getan, sondern was hat sie jetzt im Frühjahr 1961 in unzähligen Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen getan – und drittens hinsichtlich der politischen Auseinandersetzung mit der FDP, insbesondere in den hier genannten Fragen, den weltanschaulich relevanten und den agrarpolitischen Fragen. Die FDP versucht nämlich, jetzt im Wahlkampf vor allem in den agrarpolitisch interessanten Gebieten Schwerpunkte zu bilden.

Heck: Man muß vor allem den außenpolitischen Unsinn dazunehmen, den sie jetzt auf ihrem letzten Parteitag⁷¹ erzählt haben. Es gibt sicher Wähler, die das letztmal die CDU gewählt haben, weil die FDP außenpolitisch an der Seite der SPD stand. Wir müssen die FDP wieder außenpolitisch in diese Front manövrieren.

Adenauer: Das Material gegen die FDP ist uns bis jetzt nicht so geläufig, wir brauchen da Hilfen. Es muß gezielt dagegengeschossen werden. Es besteht eine gewisse Gefahr, daß Wähler, die bisher uns gewählt haben und die nicht unserer Partei angehören, die FDP wählen, wenn wir uns nicht sehr, sehr auf die Hinterbeine stellen.

Vorhin fiel das Wort „Presse“. Die Presse sagt nichts. Ich muß sagen, unsere Presse ist ein wahres Unglück. Wir haben in Frankfurt am Sonntag vor acht Tagen, an einem glühendheißen Sonntag, diese wirklich großartige Kundgebung gehabt. Es waren 20.000 Menschen zum Teil von weit her mit Omnibussen herangefahren worden. Es war eine ausgezeichnete Versammlung. Was wurde berichtet? Nehmen Sie die Kölner „Rundschau“: „Adenauer spricht vor 20.000“⁷², und dann kommen

70 BT-Drs. 2226 vom 14. November 1960 (Gesetzentwurf zur Änderung und Ergänzung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes); Gesetz vom 11. August 1961 – BGBl I 1961 S. 1193.

71 Vgl. FDP, XII. ordentlicher Bundesparteitag der FDP vom 23. bis 25. März 1961 in Frankfurt/M., Bonn o.J.

72 „Kölnische Rundschau“ vom 3. Juli 1961 (Adenauer vor 20.000; „CDU-Politik hat zwölf Jahre lang Berlin gerettet“).

noch ein paar Worte. Damit war die Sache aus. In der „Frankfurter Allgemeinen“ war es ähnlich.⁷³ Ich habe dieser Tage einmal Journalisten hiergehabt⁷⁴ und habe mir das Vergnügen gemacht vorzulesen, was über diese Versammlung geschrieben wurde und was gleichzeitig – in der Kölner „Rundschau“ – über das Derby-Rennen berichtet wurde. Die Journalisten haben selber lachen müssen. Da stand z.B. folgender wundervoller Satz von einem Hengst: „Wie ein König schritt er daher.“ (*Heiterkeit.*)

Man versteht das nicht mit den Zeitungen und mit den Sportjournalisten. Ich habe neulich einmal Sportjournalisten hiergehabt.⁷⁵ Die waren durchschnittlich besser angezogen als die politischen Journalisten. Ich habe mich erkundigt und habe gehört, daß die besser bezahlt werden als die politischen Journalisten. Das ist so beschämend.

Ich sage immer: Sie brauchen ja gar nichts von unserer Partei zu sagen. Aber wenn wenigstens das Organisatorische gewürdigt würde, wenn wenigstens gewürdigt würde, daß 20.000 durchgehend jüngere Leute an einem solchen Nachmittag dahin kommen. Das zeigt doch, daß das deutsche Volk wieder ein großes politisches Interesse hat. Wenn die Leute wenigstens darauf hinweisen würden; da denken sie nicht dran. Es ist mit der Presse wirklich zum Verzweifeln. Ich weiß nicht, was wir da machen sollen.

Ich habe einmal CDU-Verleger hiergehabt. Sie waren gutwillig, nur einer hat mir gar nicht gefallen. Er sagte: Wenn wir etwas gegen die SPD schreiben, verlieren wir Leser. (*Zuruf.*) – Den meine ich nicht.

Weiß einer von Ihnen einen Rat, was wir mit der Presse anfangen? – Herr von Eckardt, Sie sind doch jetzt CDU-Kandidat! (*Heiterkeit.*)

Von Eckardt: Ich freue mich über diese Begründung, denn ich habe ja schließlich bisher noch nichts mit der Presse zu tun gehabt. (*Heiterkeit.*) Ich darf folgendes sagen: Die Grundumstände kann man nicht ändern. Die wirklich entscheidende Schwierigkeit der Wiedergabe – besonders bei großen Veranstaltungen – liegt in dem Zeitdruck. Es gibt gar keine Möglichkeit, auch für uns drüben nicht, den Sportjournalisten die Montagszeitungen wegzunehmen; jeden Sonntag ist etwas anderes los. Das gleiche gilt für alles, was freitags nach 15 Uhr passiert. Das ist weg, das kommt auch nicht wieder. Man muß sich den Verhältnissen anpassen und muß bei den Terminierungen darauf achten, daß man die Tageszeitungen bekommt. Man muß die Wochentage nehmen, an denen die Presse bereit ist, solche Sachen aufzunehmen. Das ist gerade jetzt im Sommer wichtig. Auf diesem Gebiet ist wahrscheinlich nichts anderes zu machen, alles andere ist ungeheuer schwer.

Adenauer: Das ist kein starker Trost. (*Zurufe:* Nein!) Sonntags sind die großen Veranstaltungen, daran ist nichts zu ändern. Wenn die Presse wenigstens das Politische anerkennen würde. Meinetwegen kann sie auch über Versammlungen schreiben, wo 20.000 SPD-Leute sind; die gibt es aber nicht. Könnte nicht jeder von Ihnen mal

73 FAZ vom 3. Juli 1961 („Adenauer greift die SPD an“).

74 Am 7. Juli 1961 – ADENAUER: Teegespräche 1959–1961. S. 534–539

75 Am 7. Juni 1961 (TERMINKALENDER).

Zeitungen ansprechen, die Ihnen nahestehen? Sie haben doch in Düsseldorf die „Rheinische Post“ und in Westfalen auch sehr maßgebende Zeitungen. Vielleicht könnten Sie einmal darauf hinwirken, daß die über solche wichtigen Angelegenheiten etwas mehr bringen. Am nächsten Sonntag haben wir in der Westfalenhalle diese große Kundgebung.⁷⁶ Hier sollte wirklich einmal darüber berichtet werden.

Von Eckardt: Sie, Herr Bundeskanzler, haben natürlich im großen und ganzen die überregionale Presse – die „Welt“ und die „Frankfurter Allgemeine“ usw. – im Auge. Sobald man sich die kleinere und mittlere Presse ansieht, ist die Sache vollkommen anders. Sie haben mich als Kandidaten angesprochen. Ich kann sagen, daß die beiden Cuxhavener Zeitungen nur über die Kandidatenwahl beinahe eine ganze Seite gebracht haben. Man sollte die Tatsache, daß die überregionalen Zeitungen etwas zersplittert sind, nicht zu sehr überschätzen. Die örtliche Presse bringt doch sehr ausführliche Berichte. Ich könnte da riesiges Material bringen.

Blumenfeld: Ich möchte in Ergänzung dazu etwas sagen. Ich glaube, man kann allgemein feststellen, daß die politischen Redakteure großer Zeitungen Wahlkampfveranstaltungen als etwas ansehen, worüber man die Nase rümpfen muß, ganz im Gegenteil zu der Erfahrung, die man in Amerika machen kann. Dort wird das, was Kandidaten im Wahlkampf sagen, von der Presse als interessante Aussage bewertet; das wird der Bevölkerung mitgeteilt. Bei uns ist es darum sehr schlecht bestellt. Bei uns sagt man, das ist Wahlkampf, das ist nur Propaganda. Das ist aber eine ganz falsche Grundeinstellung der Redakteure. Ich hätte mir beinahe den Scherz erlaubt und gesagt, wir sollten die Sportjournalisten zu unseren Veranstaltungen einladen; vielleicht berichten die über die politischen Veranstaltungen besser als die politischen Redakteure.

Das Ergebnis der Veranstaltung, zu der Sie, Herr Bundeskanzler, am 28. Mai in Hamburg waren, hat in Hamburg in der Presse einen großen Niederschlag gefunden. Ich habe Ihnen ja die Zeitungsausschnitte zugeschickt. Da wurde – im Sinne guter und nachdrücklicher Werbung – in den großen Zeitungen über die Veranstaltung berichtet. Es wurden nicht lange Auszüge von dem gegeben, was Sie gesagt haben, sondern es wurde die Atmosphäre und die Tatsache wiedergegeben, daß Sie jugendfrisch in die große Halle geeilt seien und es der SPD in einer Weise gegeben haben, die der einfache Mann begreift und die ihm eingeht.

Das ist, Herr Bundeskanzler, vielleicht mit einer Versammlung zu danken, die ich vor sechs Wochen mit der Hamburger Presse gemacht habe, wo ich mir erlaubt habe, diesen Redakteuren bezüglich ihrer naserümpfenden Tätigkeit im Blick auf den Wahlkampf die Leviten zu lesen. Ich möchte mir die Anregung erlauben, daß die Damen und Herren Abgeordneten da, wo es möglich ist, doch die entsprechende Presse mit den Redakteuren einladen und ihnen erklären, daß ein Wahlkampf wirklich die echte Aussage einer Partei und des Kandidaten ist und nicht nur „Propaganda“

⁷⁶ Offizielle Eröffnung des Bundestagswahlkampfes der CDU in der Dortmunder Westfalenhalle am 16. Juli 1961 (TERMINKALENDER); UiD Nr. 29 vom 20. Juli 1961.

oder „Wahlreden“, denen man nichts beizumessen braucht. Ich glaube, daß man dann eine Besserung sehen wird.

Adenauer: Wir wollen alles versuchen.

Weber: Ebenso jämmerlich sind die Wahlplakate. Die Frauenversammlung in Essen war großartig. Sie ist wirklich ohne Presse und ohne Wahlplakate vorbereitet worden. Es waren nur ein paar jämmerliche Plakate gehangen. Diese Wahlplakate waren nur minderwertig. Wenn die Frauen nicht aus sich heraus gekommen wären, wäre es ein Reinfall sondergleichen geworden. Weder die Presse noch die Wahlplakate haben den geringsten Einfluß auf die Bevölkerung ausgeübt. Wenn ich an die Wahl denke, dann wird mir schwindlig. Ich muß das mit aller Deutlichkeit sagen. Ich weiß nicht, wer hierfür verantwortlich ist.

Kraske: Ich glaube, gnädige Frau, Sie müssen dabei berücksichtigen, daß es wohl noch kaum je eine Versammlung dieses Umfanges gegeben hat, die erst acht Tage vorher hinsichtlich des Termines, der Reden und der Halle festgelegt worden ist. Wir mußten schätzungsweise 5.000 Frauen, die zu dieser Versammlung wollten, sagen: Es tut uns leid, wir haben nicht einmal mehr einen Stehplatz zu vergeben. Angesichts dieser Tatsache möchte ich scherzhaft sagen: Wenn es uns in der Zeit gelungen wäre, noch schneller zu arbeiten und noch bessere Plakate zu machen, dann hätten wir noch mehr nach Hause schicken müssen. (*Weber:* Die haben sich auf ihre Taschentücher gesetzt!) In der zur Verfügung stehenden Zeit war es einfach nicht möglich, eine weitere werbemäßige Vorbereitung zu betreiben. In acht Tagen ist nicht alles – einschließlich dem Druck von Plakaten – hinzubekommen.

Adenauer: Herr Gerstenmaier, Herr Schröder und Herr Kopf versuchen inzwischen, ein Schlußgebet fertigzukriegen. Meinen Segen haben sie noch nicht. Ich meine, wir müssen es erst einmal hören. Ich möchte ganz nachdrücklich sagen: Bei mir handelt es sich in der ganzen Sache darum, sicherzustellen, daß wir eine einheitliche Wahlpropaganda haben. Das ist für mich das Entscheidende. Alles andere ist für mich vorbei, ist in der Vergangenheit. Kritisieren kann man. Ich weiß nicht, ob Herr Gerstenmaier jetzt anders denkt. (*Zuruf.*) Sie glauben es nicht? Dann ist das eine schwere Sache – darüber müssen wir uns klar sein –, wie wir damit fertigwerden.

Daß die SPD unser Feind ist, sehen wir doch immer wieder. Sagen wir doch ruhig: Unser Feind. Was würden die mit uns Schlitten fahren. Wir wollen sie nicht totschiessen, wir wollen nur dafür sorgen, daß sie keinen Unsinn machen.

Wie ist es eigentlich mit dem BHE und der DP in Niedersachsen?

Fricke: Wir beraten heute nachmittag über die Lage bei uns weiter. Nach der allgemeinen Situation möchte ich heute zuversichtlich glauben, daß die drei Direktmandate nicht erobert werden. Es sind drei Kreise gefährdet. Wir hoffen, daß wir die Gefahr in diesen Kreisen gebannt haben.

Es kommt entscheidend darauf an, daß die Gesamtdeutsche Partei in den Ländern, in denen bisher der BHE stimmenmäßig noch eine Rolle gespielt hat – nicht nur bei uns in Niedersachsen, sondern auch in Bayern –, so geschwächt wird, daß die acht oder zehn Prozent, die sie hier erhält, nicht das Minus in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-

Pfalz, Saarbrücken oder Baden-Württemberg ausgleichen. Nach der Stimmung bei uns im Lande glauben wir, daß das gelingen müßte. Es müßte gelingen, sowohl die drei Direktmandate zu blockieren, als auch das Überschreiten der 5%-Grenze zu verhindern. Die Entscheidung fällt in den Zonengrenzländern; ich beziehe hier Schleswig-Holstein mit ein. Bisher hatten beide zusammen 18 % oder 16 %. Es muß gelingen, das zu halbieren.

Die Kommunalwahl hat gewisse Hinweise gegeben. In der Kommunalwahl hat die Deutsche Partei unstreitig 100.000 bis 120.000 Stimmen verloren, und zwar nicht nur – früher wurde diese Gefahr immer gesehen – nach rechts; der Zuwachs ist vielmehr bei uns zu verzeichnen. Niedersachsen und Bayern haben also bezüglich der Frage, ob die Gesamtdeutsche Partei die 5%-Grenze überschreitet, so etwas wie eine Schlüsselposition.

Krone: Ich habe von jemandem gehört, der in Goslar auf dem Parteitag der neuen Partei⁷⁷ gewesen ist, daß die dominierende Richtung in der neuen Partei der BHE sei und nicht so sehr Herr Schneider⁷⁸. Der Journalist sagte mir: Da droht der CDU eine ernste Gefahr; sie ist noch nicht genügend erkannt.

Ich habe ferner den Kreisvorsitzenden aus dem Wahlkreis von Herrn von Merkatz gesprochen.⁷⁹ Es sind da drüben noch eine Reihe von Bauern, die Ansehen genießen und die auch jetzt noch sagen: Wir gehören mit unserem ganzen Denken zur DP. – Die würden auch der neuen Partei ihre Stimme geben. Es kommt also darauf an, daß man diese Leute gewinnt. Dann würde man auch einen größeren Anhang von DP-Leuten gewinnen. Was ich gehört habe, war ernst. Wenn das so ist, muß man darauf Bedacht nehmen. Hinzu kommt, daß das zum Teil Wahlkreise sind, wo die DP bisher allein war. (*Zuruf:* Mit unserer Unterstützung!) Ja, die hatten aber die Organisation und die Agitatoren. Jetzt schleusen wir unsere Leute stärker ein.

Wenn das so ist, droht uns wirklich eine Gefahr, daß in drei Wahlkreisen von dieser Partei die Direktmandate errungen werden. Hinzu kommt, daß da, wo Herr von Merkatz kandidiert, auch Herr Schneider auftritt; der wird den Wahlkampf ganz trotzig führen.

Kraske: Wie Herr Dr. Fricke schon angekündigt hat, haben wir bezüglich dieser Fragen noch eine Besprechung. Es geht in Niedersachsen nicht nur darum zu verhindern, daß die Gesamtdeutsche Partei ins Parlament kommt – was an sich schon Aufgabe genug ist, denn das ist bei Lichte besehen für die Zusammensetzung des

77 Bundeswahlkongreß der Gesamtdeutschen Partei (GDP) vom 29. Juni bis 1. Juli 1961 in Goslar; bis 1962 Abkürzung DP-BHE, danach meist GDP/BHE, ab 1966 GPD/(BHE), die im April 1961 als Fusion von Gesamtdeutschem Block/BHE und Deutscher Partei entstanden war. Vgl. Ströss 2 S. 1460–1477.

78 Herbert Schneider (geb. 1915), 1952/53 Generalsekretär der DP, 1953–1961 MdB (DP), 1961/62 Vorsitzender der GDP, 1969–1972 MdB (CDU).

79 Wahlkreis Osterholz-Rotenburg-Verden (vgl. ACDP I-148-100 und -101) Nach CDU, Jahrbuch 1961 S. 94–97 hatte jeder der drei Kreisverbände einen Vorsitzenden. Mit welchem Krone sprach, läßt sich nicht ermitteln.

künftigen Bundestages viel entscheidender als die Frage, ob die FDP 1 % mehr oder 1 % weniger bekommt, was für die FDP auch schon sehr viel wäre –, sondern es geht hier noch um eine weitere Frage. Deswegen sind wir der Meinung, daß hinsichtlich dieser Wahlkreise bezüglich des Propagandamaterials und bezüglich der Reden ein großer Schwerpunkt gebildet werden muß. Nordniedersachsen ist bei diesen Bundestagswahlen das einzige Gebiet im ganzen Bundesgebiet, wo die CDU einem ganz neuen Stimmenreservoir gegenübersteht, und zwar einem Stimmenreservoir, das Hunderttausende von Stimmen zählt, nämlich den ehemaligen DP-Stimmen. Man kann das nur mit dem sprunghaften Zuwachs vergleichen, den die CSU zwischen 1953 und 1957 in Bayern durch die Integration der Wähler der Bayernpartei gehabt hat, oder mit der Entwicklung in Nordrhein-Westfalen bezüglich der ehemaligen Zentrumswähler. Deshalb sollte unsere ganze Aufmerksamkeit diesem Gebiet gelten. In allen anderen Teilen des Landes geht es darum, den Bestand zu halten und wenige Prozente dazuzugewinnen; mehr werden wir kaum schaffen. Hier geht es wirklich um große Zahlen, die sich nachher im Bundesdurchschnitt auszahlen.

Adenauer: Über diese Frage wird also nachher eine Besprechung stattfinden.

Fricke: Sie sollte schon in Hannover sein.

Von Brentano: Ich habe mich schon bereit erklärt, in Stade zu sprechen.

Stingl: Der BHE bzw. die Gesamtdeutsche Partei versuchen sehr stark, bei den Sudetendeutschen Boden zu gewinnen. Bei der letzten Wahl hat die überwiegende Mehrheit der Sudetendeutschen CDU gewählt. Jetzt wird eine unterschwellige Propaganda gemacht, Sie kennen die Parole: „Die CDU honoriert die Treue der Sudetendeutschen nicht; der Bundeskanzler geht zu den Schlesiern⁸⁰ und nicht zu den Sudetendeutschen.“ Dann die Sache mit Herrn Schütz⁸¹! Ich bitte, das nicht zu unterschätzen. Das sind immerhin zwei Millionen Leute und 800.000 Wähler. Seiboth, einer der Vorsitzenden der Gesamtdeutschen Partei, ist selber Sudetendeutscher und kann über die „Sudetendeutsche Zeitung“ usw. anders Einfluß nehmen als Bundesminister Seehofer. Sie kennen ja auch die Vorgänge in Ludwigsburg.⁸² Das hängt alles damit zusammen, daß sich die Leute an den Rand gestellt sehen und meinen: Uns honoriert man es nicht, wenn wir zur Partei halten.

Oberländer: Ich glaube nicht, daß die Gesamtdeutsche Partei die 5%-Grenze überschreiten wird. In Bayern hat sie jedoch in letzter Zeit ziemlich Zuwachs erhalten. Nun ist da allerdings eine Panne passiert. Auf der Landesversammlung wurde Herr

80 Adenauer sprach auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover am 11. Juni 1961 (Rede in StBKAH 02.23); vgl. auch BULLETIN vom 13. Juni 1961 S. 1021f.

81 Hans Schütz (1901–1982), 1949–1963 MdB (CSU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 353 Anm. 100.

82 In der Vorlage: Ludwigslust. – Auf der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 7. Mai 1961 in Ludwigsburg hatte Seehofer während einer Diskussion über die vom Sudetendeutschen Rat ausgearbeiteten Leitsätze kurzzeitig seinen Rücktritt als Sprecher der Landsmannschaft erklärt. Vgl. „Die Welt“ vom 8. Mai 1961 („Gewissenloses Spiel Hitlers“; Auseinandersetzung bei den Sudetendeutschen).

Leukert⁸³ als erster Vertreter der Vertriebenen auf einen völlig hoffnungslosen Platz gesetzt. Es wurden deshalb eine ganze Menge Briefe geschrieben: „Wenn bei 30 % Vertriebenen der erste Vertreter der Vertriebenen auf den Platz Nr. 18 kommt – er hat keinen Wahlkreis –, dann müßt ihr nicht erwarten, daß wir euch wählen.“ Das ist schade, weil wir gerade in Bayern einen ziemlichen Zuwachs hätten erwarten können. Wir haben heute morgen darüber wieder gesprochen. Ich habe mich auch mit Herrn Strauß rechtzeitig darüber unterhalten. Auf der Landesversammlung ist die Sache aber schiefgelaufen. Solche Dinge sind unangenehm. Man kann so etwas nur schwer wieder revidieren.

Kraske: In diesem Falle sollte darauf hingewiesen werden, daß die Besetzung der Wahlkreise sehr viel wichtiger ist als die Landesliste, auf der – nach dem Ergebnis von 1957 zu schließen – wahrscheinlich auch der Platz Nr. 8 nicht mehr gezogen hätte. Prinzipiell ist diese Frage natürlich lebenswichtig für uns. (*Stingl:* Gerade deshalb Vertriebene auf die Landesliste! – *Weitere Zurufe:* In vier Wahlkreisen in Bayern haben wir ja Vertriebene!)

Adenauer: Die Bayern haben die Aufstellung ihrer Landesliste abgeschlossen. Sie haben recht, dort werden nur ganz wenige Plätze auf der Landesliste gewonnen werden. Niedersachsen scheint wirklich das Entscheidende zu sein. Was macht eigentlich Herr Hellwege?

Fricke: Herr Hellwege gibt uns zunächst indirekt Unterstützung; er lehnt es ab, aus der DP-Fraktion auszutreten. Es ist die Frage, ob es opportun ist, daß er den Übertritt erklärt oder ob er sich auf seine Tätigkeit beschränkt, die er tatsächlich pro CDU ausübt. Ob man noch einmal bei ihm vorfühlt?

Adenauer: Mir wurde gesagt, daß Herr Hellwege in einigen Wahlkreisen ein ganz großes persönliches Ansehen hat und daß es ganz entscheidend wäre, wie er sich zu dieser Sache stelle.

Fricke: Ich habe schon vor dem Kölner Parteitag mit ihm gesprochen.

Adenauer: Hoffen wir auf Niedersachsen.

Gerstenmaier: Kandidiert er für uns? (*Zurufe:* Nein!) Dann ist es doch viel besser, er tritt zunächst nicht über.

Fricke: Ich werde mit ihm noch einmal darüber sprechen.

Adenauer: Nun haben wir am kommenden Sonntag die große Versammlung in Dortmund. Als Redner sind vorgesehen: zunächst Herr Minister Dufhues als Vorsitzender von Westfalen; dann hat Herr Meyers gebeten, auch einige Worte sprechen zu können. Ich glaube, das wird man auch tun müssen. Dann soll ich sprechen, Herr Erhard, Herr Krone und schließlich Herr von Hassel. Hoffentlich ist es nicht so heiß wie vor vier Jahren. (*Dufhues:* In welcher Reihenfolge?) Wie ich es eben

⁸³ Edmund Leukert (1905–1983), Mitbegründer und Vorsitzender des Hauptausschusses der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern, Bezirksobmann der Union der Vertriebenen in Oberbayern, 1953–1957, 1958–1961, 1962–1969 MdB (CSU).

genannt habe: Dufhues, Meyers, Adenauer, Erhard, Krone, von Hassel. – Wie lange soll die Sache dauern? (*Zuruf*: Nicht länger als zweieinhalb Stunden!) Herr Dufhues, wer organisiert das, macht das die Westfälische Partei? (*Dufhues*: Die Westfälische Partei im Einvernehmen mit Herrn Kraske! Es ist sehr gut vorbereitet! Die Plakatierung in Dortmund ist ausgezeichnet!) Die Hauptsache sind die Omnibusse.

Dufhues: Ich darf noch folgendes sagen: Wir haben einen Andrang wie bei noch keiner Veranstaltung dieser Art. Wir haben die großen Jugendorganisationen eingeladen, die eine Stimmung überbringen werden, die ausgezeichnet sein wird.

Adenauer: Bei diesem ganzen Tableau von Rednern muß jeder sehen, wie weit er kommt. (*Heiterkeit*.) Sie müssen immer – das ist meine Erfahrung – von der Stunde des Anfangs ausgehen. Wenn wir um 3 Uhr anfangen, kann die Sache ganz gut und wohl bis halb 6 Uhr dauern. Wenn wir um 4 Uhr anfangen, würde ich zweieinhalb Stunden nicht empfehlen. Was haben wir für eine Musik?

Dufhues: Eine Bergmannskapelle. Wir haben versucht, noch eine Tanzkapelle zu bekommen. Das ist aber auf Schwierigkeiten gestoßen.

Kraske: In Frankfurt hatten wir eine Blaskapelle und eine Tanzkapelle, das gab eine großartige Stimmung. Man kann das nur für die Zukunft als Beispiel nehmen, vor allem, wenn viele junge Leute da sind.

Adenauer: Wer hat denn noch eine Tanzkapelle zu vergeben?

Kraske: Es ist kein Platz da, es scheitert an dem Platz. Der Andrang ist so groß, daß in der Halle jeder freie Quadratmeter für das Aufstellen von Stühlen ausgenutzt werden muß. Als wir diese Anregung bekommen haben, war alles schon soweit fertig, so daß diese zweite Kapelle nicht mehr untergebracht werden konnte.

Burgbacher: Ich verstehe nicht, warum der Bundeskanzler nach der Begrüßung sprechen soll. Ich habe hier große Bedenken. Ich fürchte, daß die Stimmung und die Spannung bei den nachfolgenden Rednern sehr abfällt.

Adenauer: In Essen war das aber nicht so, als Herr Krone nach mir gesprochen hat.

Burgbacher: Es hat nur noch einer nachher gesprochen, die Damen haben vorher gesprochen.

Adenauer: Wie war es 1957 in Dortmund?

Kraske: Das letztmal haben noch Erhard und Arnold – Arnold vor Ihnen und Erhard nach Ihnen – gesprochen. Es gibt aber ein viel neueres Beispiel: Frankfurt; da haben nach dem Bundeskanzler Herr Erhard und Herr von Brentano sowie Herr Fay gesprochen. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, als sei die Sache auseinandergefallen, sondern bis zu dem Schlußwort von Herrn Fay war eine großartige Stimmung vorhanden, und es gab einen Riesenbeifall. Ich habe keine Bedenken bei diesem Ablauf.

Von Brentano: Herr Fay hat sich allerdings darauf beschränkt, fünf bis sechs Minuten zu sprechen.

Krone: Die Hauptredner sind der Bundeskanzler und Herr Erhard; die müssen eine halbe Stunde sprechen.

Blank: Ich habe das auch mehrfach mitgemacht. In Dortmund war das eine glänzende Sache. Auch jetzt wird die Westfalenhalle wieder ausverkauft sein wie bei einer Boxveranstaltung. Nun spricht der Bundeskanzler. Es wird eine Mordsstimmung geben. Er wird einen Riesenbeifall erhalten. Wenn nun der Bundeskanzler da steht, wird er angesichts der Stimmung nicht anders können als weiterzusprechen; er wird unter einer Stunde nicht hinkommen. (*Widerspruch.*) Dann haben wir aber immer noch zwei Leute hinterher. Ich glaube, wir sollten uns darauf beschränken, nicht mehr als drei Leute sprechen zu lassen.

Krone: Ich verstehe, was Herr Blank will. Ziehen wir daraus die Konsequenzen, und streichen wir Krone. (*Zurufe:* Nein!) Der Vorsitzende des Landesverbandes und auch der Ministerpräsident des Landes müssen sprechen.

Adenauer: Ich lege Wert darauf, daß der Vorsitzende der Bundestagsfraktion überall spricht. Das ist nötig. Die Fraktion hat eine ungeheuer große Verantwortung. Das muß man doch verstehen. Die muß nach vorne kommen. Sie müssen da sprechen.

Weber: Da ich zu einer politischen Versammlung nach Düsseldorf fahren muß, möchte ich gerne wissen, wann die Schlußandacht oder Friedensandacht kommen wird. Können wir nicht diese Debatte unterbrechen und hören, wie man sich geeinigt hat? Sie können sich doch denken, daß ich darauf sehr gespannt bin.

Adenauer: Ich möchte vorschlagen, daß wir es so lassen, wie wir es vorhatten. Wir beschränken uns alle etwas. Es kommt wirklich sehr auf die Temperatur an. Das kann kein Mensch vorhersehen.

Dufhues: Wären Sie einverstanden, Herr Bundeskanzler, daß Sie 60 Minuten sprechen?

Adenauer: Nein, ich kann mich kürzer fassen.

Dufhues: Ich würde vorschlagen, Herr Erhard 30 Minuten, Herr Krone zehn Minuten, Herr von Hassel fünf Minuten, Herr Meyers drei bis fünf Minuten.

Adenauer: Dann bleibt es also dabei. – Ich würde vorschlagen, daß uns jetzt die Bundesgeschäftsstelle sagt, was sie noch auf dem Herzen hat.

Kraske: Ich glaube, es hat wenig Sinn, jetzt einen Überblick über die technischen Einzelheiten und Daten und darüber zu geben, was an Plakatierung, Insertion und sonstigen Werbemitteln vorgesehen ist. Ich kann dazu zusammenfassend sagen, daß bei uns in der Zentrale die Vorbereitungen termingerecht laufen bzw. abgeschlossen sind. Die Auslieferung der Werbemittel an die Landesverbände und insbesondere an die Wahlkreise ist mit den Landesverbänden und den Kreisen abgestimmt; sie erfolgt pünktlich und rechtzeitig.

In diesem Zusammenhang habe ich allerdings eine Bitte. Wir haben bei den zurückliegenden Wahlkämpfen propagandistisch unter anderem deswegen gut und besser als unsere Gegner abgeschnitten, weil wir uns bis zum letzten Augenblick konzentriert haben und in der Vorwahlkampfzeit oder in der ersten Phase der Wahlkampfzeit die Nerven behalten haben. Wir wollen auch in diesem Wahlkampf mit einem massiven Einsatz von Werbemitteln – also mit optisch sichtbaren Werbemitteln,

Plakatierungen, Wahlillustrierten, Kandidatenbriefen usw. – erst in den letzten sechs Wochen herauskommen.

Wir erleben es aber doch, daß schon jetzt von Kreisverbänden, insbesondere von einzelnen Landesverbänden, dringende Bitten an uns gerichtet werden, ihnen die Plakate, Wahlillustrierten und was es sonst an Material gibt, vorher zu liefern, und zwar mit der ausdrücklichen Mitteilung, man wolle nämlich schon in der zweiten Julihälfte damit anfangen. Ich freue mich über den Eifer und den Fleiß, der daraus spricht, glaube aber, daß wir als Partei uns damit keinen Dienst erweisen. Wir sollten uns an die vorgesehenen Termine halten, und zwar vor allem aus einem Grund. Wir müssen davon ausgehen, daß heutzutage die Mobilität innerhalb des Bundesgebietes an sich schon sehr groß ist. Das gilt insbesondere für die Ferienzeit, wo die Norddeutschen nach Süddeutschland fahren und umgekehrt. Ich halte es nicht für gut, wenn man in einem Wahlkreis plötzlich den Wahlkampf auf 50 Grad, in einem anderen schon auf 90 Grad und in einem dritten erst auf 10 Grad erlebt. Die Partei muß in den letzten eineinhalb Monaten nach dem 1. August ein geschlossenes Bild abgeben.

Zur inhaltlichen Gestaltung des Wahlkampfes darf ich als Zusammenfassung der bisherigen Diskussionen und insbesondere nach einer eingehenden Besprechung, die wir gestern mit dem Bundeskanzler hatten, folgendes sagen: Wir haben, wie das immer bei der Vorbereitung des Wahlkampfes geht, im Laufe der zurückliegenden zwölf bis fast achtzehn Monate eine Fülle von Slogans entwickelt. Wir haben manche davon verworfen, wir haben manche wieder hervorgenommen. Wir haben insbesondere – noch mehr als in den früheren Wahlkämpfen – diese Slogans in den zurückliegenden zwei Monaten einem sehr sorgfältigen Test sowohl durch die normalen Mittel der Demoskopie wie durch ein spezielles Institut für Motivforschung unterzogen und haben uns die Ergebnisse dieser Tests zunutze gemacht.

Was sich – nicht als blindes Nachfolgen dieser wissenschaftlichen Ergebnisse – als die Summe unserer eigenen politischen Beurteilung und des Rates dieser Meinungsforscher und Werbepsychologen an formulierten Slogans herausgestellt hat, ist zunächst für die positive Werbung für unsere Partei folgendes. An der Spitze steht nach diesen Ergebnissen die Parole „Erfolg und Erfahrung – CDU“, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens einmal wird gesagt, „Erfolg und Erfahrung“ sind zwei Begriffe, die in dieser politischen Auseinandersetzung eine andere Partei nicht auf ihre Plakate schreiben kann. Man kann für die Wirksamkeit solcher Parolen fast eine Gleichung aufstellen. Für eine Partei sind diejenigen Parolen am wirksamsten, die am wenigsten verwechselbar und austauschbar sind, die am wenigsten allgemein gehaltene Versprechungen sind; denn die letzteren kann im Grunde jede Partei auf ihre Plakate schreiben. „Erfolg und Erfahrung“ assoziiert sich in den Augen der Betrachter so eindeutig mit der CDU – selbst bei SPD-Anhängern –, daß das überall die durchschlagendste Wirkung gehabt hat.

Diese Wirkung ist vor allem deswegen so stark, weil die Worte „Erfolg und Erfahrung“ eine Beruhigung und damit eine Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses

bringen. Dieses steht bei den Motivationen der Bevölkerung für die Wahlentscheidung zu diesem Zeitpunkt ganz zweifellos im Vordergrund. Wir haben also zunächst das Bedürfnis nach Sicherheit angesprochen. Im Zusammenhang mit der Befriedigung dieses Bedürfnisses entsteht das Bedürfnis nach Kontinuität. Hier bringt also der Slogan „Erfolg und Erfahrung“ die erforderliche Beruhigung, und deshalb sollten wir ihn an die Spitze stellen.

Daneben haben wir eine Reihe von Slogans entwickelt, die jeweils anfangen – Sie kennen sie zum Teil schon – mit „Auch morgen ...“. „Auch morgen ...“ soll im Unterbewußtsein den Anschluß an die erfolgreiche Wahlentscheidung vor vier Jahren, an die erfolgreiche Tätigkeit der Union in den letzten vier und letzten zwölf Jahren geben, und es soll außerdem etwas Zukunftsgerichtetes sein: „Auch morgen in Freiheit leben“, „Auch morgen in Frieden leben“, „Auch morgen sicher leben“, und das wird dann zusammengefaßt und überhöht im ausgesprochenen Angriff auf den Gegner: „Auch morgen keine Experimente“ oder in der ganz einfachen Form, die Ihnen von den Symbolplakaten der CDU von früher her bekannt ist: „Auch morgen CDU“. Das soll im Unterbewußtsein dem Wähler, und zwar gar nicht nur dem CDU-Wähler, klarmachen, daß er sich auch früher zur CDU bekannt hätte und daß das erst recht in dieser schwierigen, krisenhaften Zeit für die Zukunft gelten müsse.

Wir werden alles tun, um diese Slogans herauszubringen, wo immer es möglich ist, auf den Plakaten, insbesondere auf den Schriftplakaten, aber auch in der Insertion und den Wahlillustrationen.

Ich glaube jedoch, daß es wichtig ist – wenn wir das nicht täten, würden wir eine große Werbechance auslassen, die uns nicht einmal etwas kostet –, daß diese Slogans nicht nur auf dem Papier stehen, sondern daß in jeder Wahlrede, die in den nächsten zweieinhalb Monaten gehalten wird, diese Parolen gehämmert werden. Wir haben die großen Kundgebungen, die in den letzten sechs Wochen mit dem Herrn Bundeskanzler als Redner durchgeführt worden sind, immer unter eine dieser Parolen gestellt. Die Kundgebung der Jungen Union stand unter dem Zeichen „Auch morgen in Freiheit leben“, die Frauenkundgebung stand unter der Parole „Auch morgen in Frieden leben“, und der Herr Bundeskanzler und die Redner sind dann in ihren Reden meistens im Schlußwort darauf eingegangen und haben es wiederholt: „Denn wir wollen auch morgen in Freiheit leben.“ Ich glaube, nur so können wir erreichen, daß sich die CDU mit diesen zuversichtlichen zukunftsgerichteten Parolen im Bewußtsein der Bevölkerung so eng verbindet, wie das für einen erfolgreichen Ablauf einer Kampagne unerlässlich ist.

Die zweite Bitte, die sich daraus ergibt, ist an die Landesverbände gerichtet. Wir haben mit den Landesgeschäftsführern in den letzten Monaten darüber immer wieder gesprochen, und es war uns möglich, zu einer völligen Übereinstimmung zu kommen. Ich möchte die Bitte aber noch einmal wiederholen: Wir sollten uns in der Kampagne in der Werbung – jedenfalls außerhalb des Versammlungseinsatzes – auf wenige, aber gemeinsame Aussagen beschränken, und zwar im graphischen Bild und in der inhaltlichen Gestaltung, in der Diktion. Das soll nicht heißen, daß wir hier in der

Bundesgeschäftsstelle unter allen Umständen den Stein der Weisen gefunden hätten. Das wird in kaum einer Kampagne so sein, daß nicht irgendwo jemand ist, dem noch etwas Besseres einfällt. Wenn aber eine Werbung einigermaßen im Schwarzen sitzen soll, dann ist das wichtigste, daß sie wirklich überall multipliziert wird und daß sie sich nicht verzettelt. Die besten Einfälle, mit denen man die Werbung hier so und in einem anderen Ort anders ergänzt, führen eben doch zu einer gewissen Zerstreuung und damit zu einer Verminderung der Wirkung.

Wir werden uns im Verlaufe des Bundestagswahlkampfes einem erheblichen Ansturm gegnerischer Propaganda ausgesetzt sehen. Der Herr Bundeskanzler hat schon angedeutet, über welche Geldmittel die anderen Parteien verfügen. Nach den uns vorliegenden Informationen ist zu befürchten, daß die SPD einschließlich der zwei bis drei Millionen DM, die sie nach Expertenurteil in den zurückliegenden Monaten schon ausgegeben hat – wir haben vielleicht ein Achtel bis ein Zehntel davon ausgeben können –, im ganzen für ihre zentrale Werbung 30 bis 40 % mehr Geld hat als wir. Die Freien Demokraten haben in einer letzten Stellungnahme ihres Geschäftsführers behauptet, daß sie hofften, für den gesamten Wahlkampf etwa 10 Millionen ausgeben zu können, was ungefähr an das herankommt, was wir nach unseren bisherigen Planungen auszugeben beabsichtigen. Es kommen dann noch eine Reihe kleiner Parteien hinzu, deren Propaganda im allgemeinen bei der geringen Bedeutung dieser Parteien unverhältnismäßig groß ist. Auf den Wähler stürmt also wie immer in einem Wahlkampf eine Vielzahl von Motiven, von Symbolen ein. Damit er in dieser Inflation nicht ertrinkt, ist es um so wichtiger, daß die Kampagne der CDU auch äußerlich ein geschlossenes Bild bietet.

Wir haben z.B., um nur eines herauszugreifen, drei Anzeigen für die Tagespresse entwickelt, die wir in der letzten Woche von uns aus einschalten wollen. Nun besteht völlig berechtigterweise in den einzelnen Wahlkreisen immer das Bedürfnis, ein oder zwei Tage vor der Wahl mit einem Bild des Kandidaten, mit einer Aussage über den Wahlkreis in die Tagespresse hineinzugehen. Wir haben es 1957 erlebt, daß wir, von der Zentrale eingeschaltet, in einer örtlichen Zeitung eine große repräsentative Anzeige hatten, und unmittelbar über dieser Anzeige war eine halb so große, die der örtliche Kandidat mit dem besten Willen und großen Bemühungen aufgegeben hatte, die aber völlig aus dem Bild herausfiel.

Deshalb haben wir – da bitten wir nun die Landesvorsitzenden um ihre Unterstützung – bei den Wahlkreiskandidaten von vornherein bekanntgegeben, daß wir von der Bundespartei aus am Montag, Donnerstag und Samstag der letzten Woche in die Tageszeitungen gehen. Wir haben den Wahlkreisen drei verschiedene Anzeigenentwürfe geschickt, die in diese Serie hineinpassen, bei denen sie an einer bestimmten Stelle das Bild ihres Kandidaten einsetzen können. Diese Anzeigen werden aber dann genau wie die der Bundespartei erkannt werden und liegen in einer Linie als eine Wahlwerbung der Christlich-Demokratischen Union im ganzen. Hier also eine Bitte, daß wir uns wirklich möglichst alle an diese nun einmal eingeschlagene Linie halten.

Als nächstes eine besonders herzliche, wenn auch schwer zu erfüllende Bitte bezüglich des Rednereinsatzes. Der Rednereinsatz und seine Vorbereitung vor einem Bundestagswahlkampf ist erfahrungsgemäß das, was mich und mehr noch meine damit im einzelnen beauftragten Mitarbeiter die meisten Nerven kostet. Es macht sich kaum einer ein Bild, was 247 Wahlkreiskandidaten an Briefen, persönlichen Besuchen, Telefongesprächen und Protesttelegrammen mobilisieren können, um darzutun, daß sie nicht genügend Redner bekommen hätten.

Ich bitte deshalb wiederum insbesondere die Herren Landesvorsitzenden, sich klarzumachen, daß wir jenen 53 Damen und Herren, die sich uns für einen zentralen Rednereinsatz für den Bundestagswahlkampf zur Verfügung gestellt haben, insgesamt 560 Termine gegeben haben; bei 247 Wahlkreisen heißt das, daß im Durchschnitt nur zwei Termine auf einen Bundestagswahlkreis entfallen. Wir haben es trotzdem erreicht, im allgemeinen jeden Bundestagswahlkreis im Durchschnitt mit drei bis vier Rednern zu versehen, weil die zur Verfügung stehenden Damen und Herren sich zum großen Teil bereit erklärt haben, an einem Tag mehrere Veranstaltungen zu übernehmen. Aber weiter reicht diese Decke nun wirklich nicht. Wir tun unser Bestes, wir bitten aber die Wahlkreise insbesondere darum, nicht zu versuchen – auch nicht mit den besten Beziehungen –, dieses Programm nun durch Einzelabsprachen mit bestimmten Rednern durcheinanderzubringen, zwar zum Wohle des eigenen Wahlkreises, aber zum Schaden aller anderen Wahlkreise. Wir müssen eine gewisse zentrale Planung auf diesem Gebiet durchhalten, schon um beispielsweise solche Gebiete, wie sie vorhin erwähnt worden sind – Nordniedersachsen – schwerpunktmäßig besonders berücksichtigen zu können.

Wir müssen uns bei der Wahlkampfzubereitung immer daran erinnern, daß es bei unserem Wahlrecht in der Bundesrepublik in erster Linie darauf ankommt, Stimmen zu holen. Dahinter muß selbst die berühmte Frage der umstrittenen Wahlkreise zurücktreten. Es geht in erster Linie darum, was nachher an Stimmen hereinkommt; denn das macht das Gesamtergebnis aus.

Das liegt unserer Planung zugrunde, und dafür bitten wir um Verständnis, auch wenn keiner besonders zufrieden ist. Es ist eben bei diesen Möglichkeiten und bei dieser Zahl der Wahlkreise nicht jeder Wahlkreis so zu versehen, wie wir es uns eigentlich wünschten und wie es sich die Wahlkreise wünschten.

Über das Werbematerial im einzelnen brauche ich hier nichts zu sagen. Wenn Sie in den Landesverbänden Schwierigkeiten haben, dann wenden Sie sich in den nächsten Wochen bitte unmittelbar an uns. Wir werden zur Abstellung dieser Schwierigkeiten alles tun, wozu wir imstande sind.

Eine Bitte muß ich hier aber anschließen. Wir stehen mit unserer uneingeschränkten Arbeitskraft, mit aller Geduld und mit allen Ideen zur Verfügung. So, wie die Dinge liegen, wie die Verhältnisse zwischen der zentralen Planung und der regionalen Planung aufgeteilt sind, können wir Ihnen aber von hier aus nicht mit Geld zur Verfügung stehen. Denken Sie bitte daran, daß die Bundespartei die gesamte Plakatierung, die gesamte Herstellung der Filme, die gesamte Insertion, die

gesamte Vorbereitung der Fernseh- und Rundfunksendungen und noch eine Vielzahl von Dingen mehr finanzieren muß. Deshalb ist es leider nicht möglich, auch noch den Landesverbänden dieses umsonst zu liefern und jenes Geld in bar zu geben. Auch dafür bitten wir um Verständnis. Da sind uns Grenzen gezogen. Außerhalb dieser finanziellen Grenzen stehen wir Ihnen selbstverständlich vollauf zur Verfügung. (Beifall.)

Adenauer: Wird das Wort dazu gewünscht? – Dann kann ich das als Zeichen Ihrer Anerkennung nehmen.

Meine Damen und Herren, ehe wir auseinandergehen, möchte ich noch ein Wort zu dem Wahlkampf der SPD sagen. Der Wahlkampf der SPD ist einfach ein Trick. Sie wollen die amerikanischen Präsidentenwahlen kopieren, indem sie einen Mann, nämlich den Herrn Brandt, herausstellen. Sie wollen die Sympathie, die Berlin bei uns allen hat, benutzen, um den Regierenden Bürgermeister von Berlin entsprechend herauszustellen.

Ich glaube, man muß mehr als bisher betonen, daß Parteien gewählt werden und nicht ein Bundeskanzler. Eine andere Darstellung gibt ein ganz schiefes und falsches Bild. Das gilt für alle Parteien und Personen. Parteien werden gewählt, und die Parteien überdauern die einzelne Persönlichkeit. Und nicht nur das; wie die Parteien nachher im Parlament arbeiten, ist eine Voraussetzung dafür, daß ein Bundeskanzler Erfolg hat.

Nun Herr Brandt! Ich fliege morgen nach Berlin. Ich habe ihn, so gut das ging – man kann es nicht immer – geschont. Aber jetzt muß diese Schonung wirklich aufhören. Wir haben ihn wirklich geschont, so weit ich das überschauen kann. Mir hat er z.B. neulich vorgeworfen, daß ich die Tapferkeit der Berliner unterschätzte, die sie gezeigt hätten, als Berlin damals abgeschnitten war. Ausgerechnet da war Herr Brandt in norwegischer Uniform in Berlin. Ich finde es ein starkes Stück, daß er mir dann vorwirft, daß ich die Tapferkeit der Berliner während dieser Zeit nicht genügend würdige. (*Zurufe:* Bei der Berliner Blockade war er nicht mehr in norwegischer Uniform! – Hier müssen die Daten noch einmal genau geprüft werden! – *Stingl:* Seit 1947 ist er Verbindungsmann Schumachers gewesen!) Ist das ganz sicher? (*Hellwig:* Die Daten müssen noch einmal genau überprüft werden!)

Kraske: Er ist zum 1. Januar 1948 in den Dienst der SPD getreten. Herr Brandt hat aber bei seinen Angriffen auf Sie, Herr Bundeskanzler, die schweren Kämpfe in Berlin 1945 und die Jahre 1946 und 1947 erwähnt. Dafür gilt das, was soeben gesagt worden ist.

Hellwig: Bei der Spaltung Berlins war er noch nicht da.

Adenauer: Die Daten werden also noch einmal genau festgestellt. Jeder, der davon Gebrauch macht, muß sie genau wissen.

Ich meine, man sollte wirklich mehr auf diesen Wahltrick aufmerksam machen und die Leute ermahnen, daß sie sich die Parteien ansehen sollen, denen sie ihr Vertrauen schenken. Das ist von entscheidender Bedeutung, das muß dem deutschen Volk sehr klar gemacht werden.

Dann, glaube ich, werden Sie damit einverstanden sein, daß in all den Fällen, die Sie, Herr Kraske, erwähnt haben, nicht nur „CDU“, sondern „CDU/CSU“ gesagt wird. Die CSU wird nicht das gleiche tun. Aber das sind eben andere Verhältnisse. Denen kann man es nicht so übelnehmen, wenn sie uns nicht so sehr herausstellen. Ich meine, wir sollten die Hilfe, die die CSU uns im Bundestag geleistet hat – und das hat sie –, doch dankbar quittieren und sollten bei den Slogans immer „CDU/CSU“ sagen. Aber ich bitte um Ihre Äußerung dazu.

Kraske: Überall da, wo gesprochen wird und wo in durchlaufender Schrift geschrieben wird – z.B. bei Inseraten und im Fernsehen –, kann man „CDU/CSU“ sagen. Ich bitte nur, nach Möglichkeit eine Ausnahme zu machen, das ist die Plakatierung. Hier wirken nämlich die Buchstaben „CDU“ optisch als ein Block, als ein eingeführter Block, der sich auch auf dem Stimmzettel wiederfindet. Da würden wir die Werbewirkung einschränken, wenn wir „CDU/CSU“ sagten.

Adenauer: Wo wir können, wollen wir die CSU erwähnen. Es ist klar, daß die kleinere Partei etwas empfindlich ist und Wert darauf legt, daß ihre Verdienste, die sie unbedingt hat, gewürdigt werden. Die Bayern sind zwar etwas eigenwillig, aber innerhalb der Fraktion sind sie doch genießbar. Ich bitte, denken Sie einmal an den Reichstag, wo die Bayern ihre eigene Partei hatten und ihre eigene Politik machten. Dadurch haben sie dem Zentrum das Leben außerordentlich schwer gemacht. Das haben wir jetzt Gott sei Dank nicht mehr. Sie arbeiten jetzt in der Fraktion mit uns einträchtig zusammen. Das kann man wirklich sagen. Dafür wollen wir uns dankbar erweisen. – Sie sehen mich etwas lächelnd an! (*Barzel:* Ich habe gerade viel gelernt!) Das war aber in allem Ernst gesagt. Sie wissen gar nicht, wie das im Reichstag gewesen ist. Ich bin doch einmal beim Reichskanzler Brüning gewesen.⁸⁴ Da wurde gemeldet, daß der Ministerpräsident Held⁸⁵ anrufe. Brüning sagte: Wenn Ministerpräsident Held anruft, gehe ich nicht ans Telefon. Brüning und ich waren allein. So stand man damals gegeneinander. Da waren schwere Auseinandersetzungen im Reichstag zwischen dem Zentrum und der Bayernpartei. Das ist Gott sei Dank anders geworden, wenn sie auch manchmal etwas schwierig sind. Nun ja, die Schwaben sind auch schwierig. (*Heiterkeit.*)

Gerstenmaier: Den Bayern ist es erlaubt, obwohl sie uns halb Württemberg geklaut haben!

Adenauer: Lieber Herr Gerstenmaier, die Charakteristik der Württemberger, die ich vorige Woche von den Altbadenern gehört habe, war noch ganz anders. (*Heiterkeit.*)

⁸⁴ Am 11. März 1931 (Tageszettel Staatssekretär Pünder in BA, NL Pünder 44). – Dr. Heinrich Brüning (1885–1970), 1924–1933 MdR (Zentrum), 1930–1932 Reichskanzler. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 260 Anm. 31.

⁸⁵ Heinrich Held (1868–1938), 1907–1918 MdL (Zentrum), 1919–1924 (BVP), 1924–1933 bayerischer Ministerpräsident. – Klaus SCHÖNHOFEN: Heinrich Held. In: ZEITGESCHICHTE 1 S. 220–235.

Gerstenmaier: Wenn ich das rückblickend ansehe und die Situation im Bundesrat vergleiche, dann weiß ich gar nicht, ob das das Allerhellste war, was wir da gemacht haben.

Adenauer: Die Altbadener haben mir gesagt, wenn das wieder rückgängig gemacht würde, dann würde der Bund davon den Vorteil haben. Sie würden sehr viel bundestreuer sein als jetzt Baden-Württemberg. Sie waren bei mir.⁸⁶ Ich habe sie in Ruhe angehört. Sie wollen eine Abstimmung haben.⁸⁷ Wir werden mal im Kabinett darüber sprechen müssen.

Gerstenmaier: Der Krach zwischen Baden und Württemberg hat sich nicht gelohnt.

Adenauer: Ich habe dann gefragt: Wenn die Abstimmung gegen Sie ausfällt, werden Sie dann ruhig sein? Antwort: Ja, dann haben wir unser Recht gehabt, dann sind wir ruhig.

Gerstenmaier: Wann wollen sie das haben?

Adenauer: Nicht vor der Wahl.

Gerstenmaier: Hoffentlich auch nicht gerade mit der Wahl.

Adenauer: Nein, das auch nicht. Das Kabinett kann sich ja darüber nach der Wahl schlüssig werden.

Gerstenmaier: Für Stuttgart ist das unangenehm. Wir brauchen in Stuttgart die katholischen Stimmen Südbadens.

Adenauer: Die will ich nicht wegnehmen.

Gerstenmaier: Sie wollen sie für den Bund haben.

Adenauer: Sie wissen gar nicht, was ich will. Ich bin der Auffassung, daß man an dieser Sache nicht rühren sollte. Aber man muß doch, wenn die Leute zu einem kommen, prüfen – es liegen Rechtsgutachten so und so vor –, ob sie noch das Recht zu einer Abstimmung haben.

Gerstenmaier: Ich glaube, man muß ihnen das gewähren.

Adenauer: Das scheint mir auch. Deswegen habe ich das in der Schwebe gelassen. Das soll nicht vor den Bundestagswahlen sein. Ich habe gesagt, daß wir uns später damit beschäftigen werden.

Nun können wir uns vielleicht einmal dem Kommuniqué zuwenden. Herr Schröder, Herr Gerstenmaier und Herr Kopf haben sich bemüht, ein Kommuniqué fertigzustellen. Ich bitte Herrn Schröder, es zu verlesen.

Schröder: Ich möchte vorweg kurz folgendes sagen: Der Gedanke dieser Sache ist, das Positive unserer Zusammenkunft und unserer Aussprache von heute zu unterstreichen und nicht irgendeine Kontroverse neu aufzubringen. Wir wollen uns auch nicht mit einer alten Kontroverse beschäftigen. Wir wollen die Sache auf das

⁸⁶ Am 7. Juli 1961 (TERMINKALENDER).

⁸⁷ Diese fand erst am 7. Juni 1970 statt. In dieser Volksabstimmung wurde der Antrag auf Wiederherstellung des Landes Baden verworfen. Vgl. AdG 1970 S. 15547f. und WEINACHT S. 123–223; vgl. Akten in ACDP II-018.

Positive heben und über nichts anderes mehr sprechen. Der Text, den wir ausgearbeitet haben, lautet also:

„Der Bundesvorstand der CDU hat sich in seiner heutigen Sitzung ausführlich mit der außenpolitischen Lage beschäftigt. An der Sitzung, die von dem ersten Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer, geleitet wurde, nahmen u.a. die stellvertretenden Vorsitzenden, Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Dr. Krone und die Bundesminister Dr. von Brentano, Blank, Lücke, Dr. Schröder und Schwarz teil. Der Vorstand gelangte einmütig zu folgenden Feststellungen:

1. Alle für die Erhaltung von Frieden und Freiheit und für die Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands erforderlichen Entscheidungen werden wir im Einvernehmen mit unseren Verbündeten, insbesondere den Regierungen der drei Westmächte treffen. Sie haben eine besondere Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands im Deutschlandvertrag übernommen. Wir halten in Übereinstimmung mit dem Deutschlandvertrag daran fest, in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer freiheitlich demokratischen Verfassung zu schaffen, das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist.
2. Wir sind überzeugt, daß die Europäische Gemeinschaft ihrerseits der atlantischen Gemeinschaft bedarf, an deren weiterem Ausbau wir mitzuwirken entschlossen sind. Wir werden daher alles tun, um die Verteidigungskraft der atlantischen Gemeinschaft so zu stärken, daß sie jeder Bedrohung gewachsen ist.
3. Die CDU besteht auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk einschließlich der Sowjetzone einschließlich Berlins.“

Das sind die drei positiven Punkte.

Adenauer: Sie erwähnten zweimal die atlantische Gemeinschaft. Einstweilen heißt das noch nordatlantische Gemeinschaft.

Schröder: Das ist ganz richtig. Wir sollten hier vielleicht nordatlantische Gemeinschaft sagen. Die Gedankengänge sind etwas komplizierter. Ich bin auch Ihrer Meinung, daß wir lieber nordatlantische Gemeinschaft sagen sollten.

Krone: Wir sollten sagen, daß wir an unserer bisherigen Außenpolitik konsequent festhalten, damit jeder Zweifel, ob wir das nicht täten, ausgeschlossen ist. Wir sollten weiter sagen, daß wir darin die Gewähr unserer Sicherheit sehen. Ferner sollten wir ein aktuelles Wort von Berlin aufnehmen. Wir müssen auch an die denken.

Schröder: Wir haben uns auch das überlegt. Wir wollten, nachdem die anderen Dinge kontrovers waren, das herausbringen, worauf die Leute sehen: Deutschlandvertrag, Gemeinsamkeit mit den Alliierten usw. Wir haben dann am Schluß das Selbstbestimmungsrecht herausgestellt und wollten schließen mit dem Wort „Berlin“, damit Berlin einen besonderen Akzent erhielt. Der Bundeskanzler wird ja morgen in Berlin sein; er wird alle diese Dinge noch einmal neu sagen. Sie meinen, daß wir jetzt noch einen Satz für Berlin formulieren sollen, etwa dahin gehend, daß wir Berlins gedenken. Das ist doch im Rahmen dieser Erklärung eine bare Selbstverständlichkeit. Die Erklärung schließt doch mit Berlin.

Adenauer: Ich finde den Vorschlag von Herrn Dr. Krone richtig. Wir sollten auch irgendwo einen Satz anbringen, daß wir an der bisherigen Außenpolitik festhalten. Zweitens müssen wir etwas von Berlin reinbringen. Wenn wir von Berlin nichts reinbringen, wird sich jeder irgendwie politisch Denkende fragen, warum wir von Berlin nichts gesagt haben. Ich hätte auch gern die kontrollierte Abrüstung drin. Sie ist das Alpha und Omega der ganzen Politik. Friedensverträge haben keinen Sinn, wenn sich die Leute mit Abschußrampen gegenüberstehen.

Fricke: Vielleicht könnte man das am Schluß des zweiten Abschnittes sagen: „... daß sie jeder Bedrohung gewachsen ist, bis eine kontrollierte Abrüstung ...“

Adenauer: Da greifen Sie etwas vor. Bei einer kontrollierten Abrüstung, die in Stufen vor sich gehen wird, wird auch noch NATO usw. möglich sein.

Schröder: Sagen wir unter viertens folgendes: „Wir bekennen uns zur Notwendigkeit einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung.“

Gerstenmaier: Das sollten wir an den Anfang setzen. Da der Bundeskanzler mit der kontrollierten Abrüstung anfangen will, sollten wir das auch in der Systematik voranstellen. Wir sollten sagen: „Der Vorstand gelangte in Fortführung seiner Außenpolitik zu der Überzeugung, ... daß die kontrollierte Abrüstung ...“

Schröder: Dann müßte es so lauten: „Der Vorstand bekennt sich zur Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik und gelangte einmütig zu folgenden Feststellungen.“

Gerstenmaier: Sagen wir doch so: „... bekennt sich in Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik unverändert zu der Notwendigkeit der kontrollierten Abrüstung. Er gelangte weiter einmütig zu folgenden Feststellungen.“ Das andere sind dann die Details.

Barzel: Es muß „einstimmig“ heißen. Ich erinnere an eine Unterweisung, die wir einmal in der Fraktion bekommen haben.

Schröder: Ich würde sagen: „Der Vorstand bekennt sich in Fortsetzung der seitherigen Außenpolitik zu der Notwendigkeit der allgemeinen kontrollierten Abrüstung.“

Dufhues: Formulieren wir doch so: „... bekennt sich einstimmig zu der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung, zu der Notwendigkeit einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung und gelangte zu folgenden Feststellungen ...“ Und dann kommen die einzelnen Punkte.

Schmidt: Ich habe Bedenken, wenn wir hier von dem Selbstbestimmungsrecht für Berlin sprechen. Wir haben doch gerade festgelegt, daß wir an Berlin und seinem Status überhaupt nicht rütteln möchten.

Schröder: Ich möchte dagegen argumentieren. Die Formulierung ist so gewählt worden, um die Zone und Berlin mit zu umfassen. Es heißt ja: „... besteht auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk einschließlich der Sowjetzone einschließlich Berlins.“

Stingl: Sagen Sie nicht: „... einschließlich der Zone einschließlich Berlins.“ Man sollte aber einen Satz bezüglich der Bewahrung der Freiheit Berlins aufnehmen.

Krone: Das Recht der Alliierten auf Berlin!

Schröder: Das würde bedeuten, die ganze Berlin-Politik zu beschreiben. Das ist natürlich in einer solchen Erklärung nicht einfach.

Krone: Verpflichtung der Alliierten ...

Gerstenmaier: Es geht den Leuten allmählich auf die Nerven, wenn man sie immer nur an ihre Verpflichtungen erinnert.

Kraske: „... bekennt sich zur bisherigen Politik der Bundesregierung“, da ist doch die Berlin-Politik drin enthalten.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß uns Herr Schröder die Sache noch einmal vorliest.

Schröder: „Der Bundesvorstand der CDU hat sich in seiner heutigen Sitzung ausführlich mit der außenpolitischen Lage beschäftigt. An der Sitzung, die von dem ersten Vorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Dr. Adenauer, geleitet wurde, nahmen u.a. die stellvertretenden Vorsitzenden Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU Dr. Krone und Bundesminister Blank, außerdem die Bundesminister Dr. von Brentano, Lücke, Dr. Schröder und Schwarz teil. Der Vorstand bekannte sich einstimmig zu der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung, zur Notwendigkeit einer allgemeinen kontrollierten Abrüstung und gelangte zu folgenden Feststellungen:

1. Alle für die Erhaltung von Frieden und Freiheit und für die Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands erforderlichen Entscheidungen werden wir im Einvernehmen mit unseren Verbündeten, insbesondere den Regierungen der drei Westmächte, treffen. Sie haben eine besondere Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands im Deutschlandvertrag übernommen. Wir halten in Übereinstimmung mit dem Deutschlandvertrag daran fest, in Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten ein wiedervereinigtes Deutschland mit einer freiheitlich demokratischen Verfassung zu schaffen, das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist.

2. Wir sind der Überzeugung, daß die Europäische Gemeinschaft ihrerseits der nordatlantischen Gemeinschaft bedarf, an deren weiterem Ausbau wir mitzuwirken entschlossen sind. Wir werden daher alles tun, um die Verteidigungskraft der nordatlantischen Gemeinschaft so zu stärken, daß sie jeder Bedrohung gewachsen ist.

3. Die CDU besteht auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk.“

Adenauer: Ich würde vorschlagen, auch zu sagen, daß wir uns mit den kommenden Bundestagswahlen beschäftigt haben. Es muß doch gesagt werden, daß sich der Vorstand damit beschäftigt hat.

Schröder: Sagen wir also: „... ausführlich mit der Wahlvorbereitung und der außenpolitischen Lage ...“

Adenauer: Die Rechtsgrundlage wegen Berlin ist eine andere als die Rechtsgrundlage für die Wiedervereinigung. Hier tragen die kriegführenden Mächte – einschließlich Sowjetrußlands – eine besondere Verantwortung, während Sowjetrußland am Deutschlandvertrag nicht beteiligt ist. Wir müssen aber einen Satz wegen Berlin hineinnehmen.

Gerstenmaier: Es ist nur sehr schwer, die Berlin-Angelegenheit in einem Satz eindrucksvoll und sozusagen hieb- und stichfest zusammenzufassen. Das ist uns vorhin nicht gelungen; wir haben es versucht.

Kraske: Setzen wir es doch an den Anfang: „... bekennt sich zur Außenpolitik der Bundesregierung, insbesondere ihrer Berlin-Politik“.

Adenauer: Das ist nicht richtig. Die Außenpolitik ist in diesem Kommuniqué auf den Deutschlandvertrag gestützt.

Stingl: Machen wir einen besonderen Punkt: Jeder Angriff auf den derzeitigen Status Berlins wird im Verein mit den Alliierten zurückgewiesen werden.

Gerstenmaier: Das heißt Eulen nach Athen tragen. Wir müssen etwas sagen, was attraktiv ist. Das ist nicht attraktiv.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß wir noch einmal für einen kurzen Augenblick die Sitzung unterbrechen. Während dieser Zeit können die Herren in Ruhe eine Formulierung für diesen Satz ausarbeiten.

Pause

Gerstenmaier: Wir sind zu folgender Formulierung gekommen: „Zusammen mit unseren Verbündeten widersetzen wir uns jeder Bedrohung Berlins und jeder Einschränkung seiner Rechte. Wir bestehen auf dem Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk.“ (*Zustimmung.*)

Adenauer: Damit können wir die Sitzung schließen.

22

Bonn, 25. August 1961

Sprecher: Adenauer, [Bach], Barzel, Blank, Blumenfeld, von Brentano, Burgbacher, Dufhues, Etzel, Fricke, Gradl, [Gurk], von Hassel, [Heck], Frau Jochmus, Johnen, Kraske, Krone, Krüger, Lorenz, Meyers, Scheufelen, Schröder, Strauß, Süsterhenn, Frau Weber.

Politische Lage und Wahlkampf nach dem Mauerbau vom 13. August 1961.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 15.35 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie gekommen sind. Wir hielten es doch für richtig, drei Wochen vor der Wahl und nachdem die Dinge